

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. für das Haus, Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inzertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gemeinlichliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. Dienstag, den 8. Dezember 1908. Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur preußischen Verwaltungsreform.

Wie es heißt, wird zurzeit in allen Zweigen der preußischen Staatsverwaltung daran gearbeitet, durch übersichtlichere Gestaltung der Behörden, durch Dezentralisation und durch Vereinfachung der Geschäftsformen auf Erspareung von Ausgaben hinzuwirken und die Verwaltung den Anforderungen des Lebens in vollkommenerer Weise anzupassen.

Die preußische Verwaltung ist, von der städtischen abgesehen, noch brutaler und dabei doch widerspruchsvoller als das preußische Wahlrecht. So ist die Ausschließung der Gutsbesitzer aus den Dorfgemeinden eine Maßnahme, durch die der Gutsbesitzer in den Stand gesetzt wird, die Schul- und Armenlasten auf ein Minimum herabzudrücken und gleichzeitig die Grund- und Gebäudesteuern zu sparen. Diese kommunale Entlastung hindert ihn aber nicht, als „Amtsvorsteher“ die Polizeibefugnisse nicht nur über seinen Gutsbezirk, sondern auch noch über eine Anzahl der benachbarten Dörfer auszuüben. Dabei handelt es sich nicht selten um Ortschaften, die an kommunaler Energie bedeutenderes leisten als manche Kreisverwaltung. Um nur ein markantes Beispiel herauszugreifen: noch in den siebziger Jahren durfte Rixdorf, damals ein Ort mit 17 000 Einwohnern, keinen selbständigen Amtsbezirk bilden; die Polizeigewalt wurde einem Gutsbesitzer übertragen, dessen Gut man eigens zu diesem Zwecke mit Rixdorf zu einem Amtsbezirk vereinigt hatte. Aber schon die Tatsache, daß zu fast jedem Amtsbezirk, dessen Vorsteher ein Gutsbesitzer ist, mehrere Landgemeinden gehören, berechtigt auch heute noch zu der Auffassung, daß die Amtsbezirke nicht nach den gemeinschaftlichen Interessen benachbarter Orte gebildet sind, sondern nach der Person des Gutsbesitzers, den man zum Amtsvorsteher machen wollte, um in ihm ein Gegengewicht gegen die kommunale Selbstverwaltung der Landgemeinden zu haben.

Ja, die Selbstverwaltung! Von den Ministerien herab bis zum Amtsvorsteher ist man eifrig bestrebt, jede, auch die kleinste ihrer Lebensäußerungen zu unterdrücken. Und fast stets mit Erfolg. Denn abgesehen von der Tatsache, daß die zwei Millionen Preußen, die in den Gutsbezirken wohnen, nicht das geringste kommunalpolitische Recht haben, genügt schon die Ueberweisung der Polizeirechte an einen staatlichen Kommissar, um jede selbständige kommunale Tätigkeit einer Landgemeinde zu unterbinden. Und wenn dies nicht möglich ist, d. h. eine Landgemeinde oder Stadt selbst Polizeiherrschaft besitzt, dann ist es die nächsthöhere Instanz der Verwaltung, richtiger gesagt, die Verwaltungsbehörde Preußens, der Landrat, der einzugreifen hat. Der Landrat ist das eigentliche Charakteristikum der preußischen Verwaltung. Um die Ursache der sozialen, kulturellen und politischen Rückständigkeit Preußens zu bezeichnen, genügt es, diesen Titel zu nennen. Der Landrat ist schlechthin absolut. An ihm scheitert sogar der Wille der Krone. Wenn früher von dem friderizianischen Staate gesagt worden ist, dieser absolute Staat höre beim Kreise auf, d. h. die absolute Gewalt der Krone müsse hier der absoluten Gewalt des Feudalismus in den Kreisvertretungen weichen, so trifft dies heute mit der Einschränkung noch zu, daß an die Stelle des feudalen Kreistages der Landrat getreten ist. Das hat die Kanalrebellion bewiesen.

Diese Macht des Landrats beruht einerseits auf der Gewalt, die er als obere Polizeibehörde des Kreises besitzt, in dem Aufsichtsrecht über Stadt- und Landgemeinden, und andererseits in seinem Charakter als oberster Repräsentant der kommunalen Selbstverwaltung. Die eigenartige Entwicklung des preußischen Staates hat hier eine unglückliche Vermischung des englischen und des französischen Verwaltungssystems geschaffen: dort der Vordilemant, wenn auch von der Regierung ernannt, so doch nur ausführendes Organ des self-government in der Grafschaft — hier der Präsekt als reiner Regierungskommissar. Auch der Landrat war ursprünglich nichts als Vertreter seines Kreises, ein von den Ständen gewählter Beauftragter bei der kaiserlichen Regierung. Als sich aber während des dreißigjährigen Krieges der frühere Feudalstaat zur absoluten Monarchie entwickelte, der Monarch in den Kreisen einen Repräsentanten haben mußte, was lag da näher, als dieses Amt dem Landrat zu übertragen, der als Vertrauensmann der Stände doch einen gewissen Einfluß im Sinne monarchischer Interessen auf diese ausüben konnte. Dieses monarchisch-ständische Amt wurde dann bei der Reorganisation des preußischen Staates durch Stein-Gardenberg über die neuen Verwaltungskörperschaften gesetzt und durch die Interessenkämpfe in diesen der Inhaber auf die Seite seiner feudalt-reaktionären Klassenangehörigen gedrängt. Als Vertreter der Interessen des Grundbesitzes gegenüber der Regierung und den anderen Bevölkerungsschichten mußte er seine Macht nun dazu aus, die feudalt-ständischen Ideen in monarchischer Aufmachung in seinem Kreise zu verbreiten und jede Neuerung liberaler oder gar sozialistischer Tendenzen zu unterdrücken. Dabei ist ihm jedes Mittel recht, wenn es nur zum Ziele führt. Einen besonderen Ansporn zu dieser Tätigkeit erhalten die Landräte durch den Rückhalt, den die Regierung ihrer politischen Tätigkeit gibt. Die Protokolle des preußischen Landtages enthalten darüber so manche denkwürdige Äußerung von Regierungsvertretern

und Parlamentariern. So heißt es z. B. in einer Darlegung des Regierungskommissars Dr. Hahn vom 7. Februar 1886:

Die Einwirkung der Landräte ist allerdings das wichtigste Mittel gewesen, welches die Regierung benutzt hat, um den Einfluß in der vorher angeedeuteten Weise, nämlich zur Erhaltung der öffentlichen Meinung in ihrer Reinheit, auszuüben. Sie hat die Landräte durch ein an sie gerichtetes Zirkular geradezu aufgefordert, daß sie in ihren Kreisen sowohl bei den Urwahlen, als bei den Abgeordnetenwahlen offen und entschieden sich als Mittelpunkt der konservativen Partei gerieren sollten, daß sie in Gemeinschaft mit den anderweitigen konservativen Autoritäten des Kreises die konservative Partei sammeln und auf ein einziges Ziel hinführen suchen sollten. Sie hat den Landräten geradezu gesagt, daß der Einfluß, den sie bei dieser Gelegenheit üben, recht eigentlich ein Probierstein sein könne, in welchem Maße sie sich das Vertrauen des Kreises zu erwerben gewohnt haben.

Und diese Verfügung haben die Herren Landräte bis in die neueste Zeit befolgt und befolgen sie noch heute. Da aber das „Vertrauen des Kreises“ sehr schnell erworben werden muß — der Herr Landrat will nämlich bald in die höheren Verwaltungsstellen — so wird die regierungstreue Gesinnung eben mit den verwerflichsten Mitteln erzwungen. Wozu bearbeitet denn der Landrat auch Militär- und Steuerfachen, wozu erteilt er Wirtschaftskonzessionen durch den Amtsvorsteher, wozu widmet er als Aufsichtsbehörde dem Dorf, in dem schlecht gewählt worden ist, eine besondere Aufmerksamkeit? Er weiß, wenn er nicht den von der Regierung erwünschten Erfolg erzielt, ist es um seine Karriere geschehen.

Das Amt des Landrats ist der Kristallisationspunkt, um den sich die übrigen Verwaltungsbehörden eigentlich nur als Dekoration gruppieren. Da ist zum Beispiel die Selbstverwaltungsinstanz des Kreises, der Kreisaußschuß, der die Verwaltung führt und als Verwaltungsgericht fungieren soll. Ihm gehören sechs Mitglieder an — aber der Landrat ist Vorsitzender. Bei Stimmgleichheit gibt er also den Ausschlag. So kann es kommen, daß sich jemand beim Kreisaußschuß über den Herrn Landrat beschwert und der Herr Landrat selbst als Verwaltungsrichter weist die Beschwerde ab. Damit nicht genug. Zur Beschlussfassung brauchen außer dem Landrat nur zwei Mitglieder des Kreisaußschusses anwesend sein, Leute, die auf Grund der Akten des Herrn Landrats entscheiden. Wenn das nicht eine Karikatur auf die Selbstverwaltung ist, dann gibt es keine. Auch die erweiterte Kreisvertretung, der Kreistag, ist nur dazu bestimmt, um den landräulichen Absolutismus zu verdecken. Denn die Zusammensetzung bedingt, daß der Landrat fast stets eine Mehrheit hat, die aus den Grundbesitzern und den Vertretern der Landgemeinden sich zusammensetzt. Die ersteren stimmen aus Solidarität, die letzteren aus ihrem Abhängigkeitsgefühl heraus für den Kreisaußschuß und die Steuern, die der Landrat vorschlägt. Die städtische Opposition, wenn sie überhaupt vorhanden ist, kann mit ihren Vorschlägen gegen den Willen des Landrats nur in den seltensten Fällen durchdringen.

Die nächste Instanz über dem Landrat wird durch vier Glieder dargestellt: die Regierung, den Regierungspräsidenten (dem persönlich die wichtigsten Regierungsgefächte übertragen sind), und die Selbstverwaltungsorgane, über die dasselbe zu sagen ist, wie über die des Kreises: der Bezirksaußschuß und der Bezirkstag. Dieser Instanz vorgefetzt sind dann für die Provinz der Oberpräsident, für die Selbstverwaltung der Provinzialaußschuß, der Provinziallandtag und der Landeshauptmann.

Jeder dieser Instanzen ist ein Teil Verwaltungsarbeit zugewiesen, nicht eigentlich deshalb, um diese Arbeit auf mehrere Schultern abzuwälzen, sondern mehr aus historischen Gründen und aus Gründen verwaltungsrechtlicher Natur. Es entspricht dem Wesen des preußischen Verwaltungssystems, eine sorgfältig gegliederte Hierarchie zu besitzen und der sogenannten Symmetrie wegen auch dort Instanzen zu schaffen, wo sie absolut unnötig sind und den Gang der Geschäfte nur verlangsamen. Sowohl im Kreise wie im Regierungsbezirke genügt eine Stelle zur Erledigung der Geschäfte. Die Provinzialbehörden könnten gänzlich fortfallen, da sie nur dekorativen Rücksichten ihre Entstehung verdanken und die Provinzen heute durchaus kein selbständiges wirtschaftliches oder politisches Leben führen. Aber nein — lieber schafft man noch ein paar Instanzen mehr, als daß man den Gang der Verwaltungsgefächte erleichtert. So will es bisher der Geist der preußischen Bureaucratie.

Um die Befugnisse aller dieser Behörden zu regeln und gegenseitig abzugrenzen, war ein besonderes Gesetz neben dem allgemeinen Landesverwaltungsgefäch nötig, das Zuständigkeitsgefäch vom 1. August 1883, das am besten charakterisiert wird durch das Wort von Eugen Richter, daß bei der Vorbereitung dieses Gefeches niemand außer der Kommission es verstanden habe und in der Kommission vielleicht auch die Hälfte der Mitglieder nicht ganz. Diese Tatsache resultiert aus dem unnatürlichen Bestreben, das Prinzip der Selbstverwaltung mit dem der Staatsverwaltung zu verbinden und dabei eine Anzahl von Instanzen zu schaffen, die geeignet scheinen, die Willkür der landräulichen Verwaltung möglichst zu verdecken. Nur hat man sich dabei in die Nesseln gesetzt. Die Verwaltung ist durch den Fickzackgang der unzähligen Instanzen so schwerfällig geworden, daß allmählich die Verwaltungsbeamten selber darunter zu

stöhnen beginnen, daß sie der zum Teil unnützen Arbeit, die sie leisten, überdrüssig werden. Daher das Streben nach Vereinfachung des Geschäftsganges, nach Veseitigung überflüssiger Instanzen, nach Verminderung des Schreibwerks, nach Anpassung an die Anforderungen des Lebens.

Auch die Arbeiterchaft hat ein starkes Interesse an einer zeitgemäßen Verwaltungsreform; weniger aus wirtschaftlichen oder öffentlich-rechtlichen, denn aus politischen Gründen. Das jetzige System mit dem Landrat als Kristallisationspunkt hebt fast alle Errungenschaften der Stein-Gardenbergischen Gesetzgebung für das Bürgertum wie für die Arbeiterklasse auf. Solange der Landrat die Polizeigewalt besitzt, bleibt auch der unnatürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land bestehen, der die ostelbischen Provinzen zu sicheren Domänen des junkerlichen Feudalismus macht. Die „natürliche Autorität“ des Landrats gibt der Brille des Landbewohners die politische Färbung. Die vereinzelt Anhänger freierlicher Ideen müssen dem Absolutismus immer wieder ihre Reverenz bezeugen, wenn sie nicht wirtschaftlich vernichtet werden wollen. Das könnte anders sein, wenn die Interessen des Volkes im Kreise nicht durch den Landrat, sondern durch ein Organ wirklicher Selbstverwaltung vertreten würden, wenn der Vertreter der Selbstverwaltung nicht von der Regierung eingesetzt, sondern von den kommunalen Verbänden des Kreises gewählt würde. Freilich müßte eine Reform des Kreistagswahlrechts vorausgehen, das heute den Junkern und Junkerfreunden entscheidenden Einfluß einräumt. Auch im Kreise darf heute nicht mehr der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht einschlafen. Ferner müssen die Gemeinden und ihre Vertreter dem Einfluß des Landrats als polizeilicher Aufsichtsbehörde entzogen werden. Die heutigen Selbstverwaltungsglieder sind zu einem eigenen-kommunalen Leben viel zu klein. Nach dem Muster der rheinischen Bürgermeistereien müßten Bezirke gebildet werden, die sich teils mit den Grenzen der bestehenden Amtsbezirke decken, teils nach dem Bedürfnis diese erweitern und verengern würden. Die Verwaltung dieser Bezirke, die auch eigene Polizeigewalt haben, leiete dann ein gewählter Amtsbürgermeister, und über diesen und den städtischen Bürgermeistern stände der schon erwähnte Kreisbürgermeister, der unter der Aufsicht eines Ausschusses, kontrolliert vom Kreistage, die Verwaltungsgeschäfte zu erledigen hätte.

Auch die Grenzen der Kreise würden sich, um leistungsfähige Gebilde zu erhalten, erheblich verschieben müssen. Es schadet gar nichts, wenn zwei oder noch mehr Kreise je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen in einen einzigen neuen aufgehen. Das staatliche Interesse würde ein Regierungskommissar wahrnehmen können, der auf Grund der Verwaltungsvorschriften ein Einpruchs, aber nicht etwa ein Verbindungsrecht hat. Die Verbindung zwischen ihm und dem Ministerium stellt die Bezirksregierung her. Die zwischen den Privatpersonen und den Kommunen, oder zwischen verschiedenen Kommunen, oder zwischen Kreis und Regierung entstehenden Differenzen würden durch ein Verwaltungsgericht entschieden, das von der reinen Verwaltung, der es heute (Kreisaußschuß, Bezirksaußschuß) angegliedert ist, losgelöst und zu einer rein richterlichen unabhängigen Körperschaft umgewandelt wird.

So müßte, kurz skizziert, ein Verwaltungssystem aussehen, das dem Interesse des Volkes und vor allem dem der Arbeiterchaft zu dienen geeignet ist, das im Sinne der Thronrede den Anforderungen des Lebens in vollkommener Weise angepaßt ist. Jede andere Regelung wäre ein Stückwerk, das über kurz oder lang neue Hemmungen, neue Unzulänglichkeiten im Gang der Verwaltungsmaschinerie herberrufen muß.

Die preußische Verwaltungsreform ist ein ziemlich verwickeltes Problem, das sich in ein paar Spalten nicht auflösen läßt. Nicht weniger als alles ist an dem herrschenden System reformbedürftig. Es wird Aufgabe der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen im Landtage sein, allmählich ein neues demokratisches Gebäude der Verwaltungsorganisation aufzurichten zu helfen. Für heute galt es nur den wichtigsten Punkt des alten Systems zu zeigen, auf den unser Angriff gerichtet sein muß, den Hort aller Reaktion in Preußen, den Landrat. Solange der Landrat im Kreise gleichzeitig als Polizeiherr und als Vertreter des Volkes sein Wesen treibt, wird an eine Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse in Preußen nicht zu denken sein.

Gedämpfte Billow-Flötentöne.

Der Reichskanzler hat im Reichstag gesprochen, nicht über die Verfassungsfrage, nicht auch über seine Sparteorie, nur über auswärtige Politik. Aber in seiner Rede war nichts zu spüren von dem triumphierenden Geschmeißer, mit dem er sonst die riskantesten Fikzadereien der panzerfüstigen Welt-politik zu akkompagnieren pflegte. Es ging mit gedämpftem Flötenton, müde und matt; nur das schnarrende Arr seiner erkünstelten Rhetorik klang unharmonisch dazwischen wie ein Echo aus alten Zeiten.

Er gab sich stichtliche Mühe, nicht anzustößen — bei niemand. Seine Erwiderung auf die sozialdemokratische Kritik hielt sich in rücksichtsvollen Grenzen. Er behauptete, daß nirgends Deutschland mit seinen Interessen in den Hintergrund gedrängt sei, nicht in Ostasien, nicht in der Türkei.

nicht in Marokko. Ueberall können sich die Kugeln des Auswärtigen Amtes berufen auf die bekannten „guten Beziehungen“, die stets vorhanden sind mit allen den Mächten, mit denen man sich nicht gerade gegenseitig die Köpfe einschlägt. Aber das ist in keiner Weise eine Widerlegung der Tatsache, daß diese äußerlich guten Beziehungen nur mangelhaft das tiefenverfressene Mißtrauen verschleiern, das die pangerüstete Renommierpolitik bei allen fremden Völkern erzeugt hat, und daß heute schon der deutsche Handel im Auslande dadurch schwer benachteiligt wird.

Auch über die Nachweise des Genossen Scheidemann, daß die deutsche Diplomatie sich in Marokko schwere Blamagen zugezogen hat, huschte der Kanzler leicht hinweg und suchte dadurch die Situation zu reiten, daß er erklärte, die schiedsgerichtliche Regelung der Casablancafrage müsse doch das Herz aller Friedensfreunde mit Freude erfüllen. Der Gute vergaß ganz zu erwähnen, daß die deutsche Diplomatie sich aus ganz wichtigen Gründen gegen die schiedsgerichtliche Regelung „gesträubt“ hat. Gar nicht ging er ein auf die Anerkennungsaktion. Das war sehr vorsichtig, denn da hätte sich beim besten Willen nichts wegdeuteln lassen. Wie Scheidemann aus den Akten nachgewiesen hat, war von dem Staatssekretär v. Schoen dem französischen Vorkäufer die Zustimmung erteilt worden, daß das Deutsche Reich nicht zugunsten der Anerkennung von Nulens Hasid die Initiative ergreifen werde. Und doch ist das dann geschehen! Diesen Widerspruch aufzuklären, hat Bülow gar nicht versucht. Doch aufgehoben ist nicht aufgehoben. Es wird sich ja noch Gelegenheit bieten, den Herren v. Bülow und v. Schoen die Junge zu lösen.

Mit dem, was der Reichskanzler über die Absichten der deutschen auswärtigen Politik sagt, kann man glücklicherweise einigermaßen zufrieden sein. Keine Prahlerei mehr, daß man überall dabei sein müsse, wo es in der Welt einen Krawall gibt! Dagegen Eintreten für die Politik der offenen Tür für den deutschen und der übrigen Länder Handel in allen Weltteilen! Wenn's nur dabei bleibt!

Mit dem Dreibund steht es — nach Bülow — keineswegs schlecht. Italien und Oesterreich werden die gegenwärtige Versimmung überwinden, und für Oesterreich hat die deutsche Politik insbesondere die freundschaftlichsten Gefühle.

Die Balkanwirren werden voraussichtlich durch eine Konferenz geschlichtet werden. Die großen Mächte hätten keine Lust zum Krieg, und die kleinen, die wohl Lust hätten, könnten ihn nicht wagen. Uebrigens fand Bülow für die Aussichten der Konferenz die überraschend richtige Formel, entweder werde sie zum Kriege führen oder zum Frieden. Offenbar hat er diese Weisheit dem Godelshaus abgelauscht, von dem die Bauerregel sagt: Kräht der Hahn auf dem Mist, wird's gut Wetter, oder es bleibt wie's ist!

Das eine Gute klingt jedenfalls aus diesem Bekenntnis einer milden Seele heraus, daß zunächst keine pangerüstete Extratouren zu befürchten sind.

Voraus gingen der Kanzlerrede zwei Vlodreden. Graf Kanitz ließ deutlich erkennen, daß auch die konservative Partei die bisherige Selbstergehung für weltpolitische Zwecke nicht weiter wettmachen will. Er will an der Flotte sparen. Ob aber die Agrarier sich die neue Rami-Parole „Keine Klähne mehr!“ nicht wieder durch irgendwelche Zugeständnisse abhandeln lassen wollen, wird die nächste Zeit zeigen. Schließlich griff auch Graf Kanitz in den Materialien der „Sozialistischen Monatshefte“, um sich Waffen gegen die Sozialdemokratie zu holen. Das geht nun fast Tag für Tag so. Wurde Bernstein von Raumann zitiert, so läßt der Agrarphilosoph Kanitz der Abwechslung halber mal wieder Calver und Schippel aufmarschieren. Ob dies Spiel unserer Gegner nicht schließlich langweilig wird, da sie doch so gar keinen Eindruck auf die Sozialdemokratie damit erzielen?

Der zweite Vlodredner war Herr Wier. Der Clou seiner Rede war die Verlesung einer sorgfältig aufgesetzten Erklärung zur Rechtfertigung von Behmann-Hollwegs Verhalten beim Vereinsgesetz. Er erzielte jedoch mit dieser deringlichten Mohrenwäsche nur den Eindruck, daß der Herr Staatssekretär Mitschuldige hat. Man wird, wenn die Wierersche Erklärung im Wortlaute vorliegt, sie in aller Ruhe zu prüfen haben. Der Abrechnung wird sich niemand entziehen können.

Die Verhüllung der Geschäftsordnungs- und Verfassungs-Anträge.

Die auf 23 Mitglieder verstärkte Geschäftsordnungskommission trat Montag vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich über die geschäftliche Behandlung der Anträge auf Änderung der Verfassung und der Geschäftsordnung zu verständigen. Sehr bald trat zutage, daß die Mehrheit von einem derart brennenden Eifer nach gründlicher Beratung auch der einfachsten Dinge erfaßt worden ist, daß die beschlossene Verhüllung dieser Geschäftsordnungs- und Verfassungs-Anträge notwendigweise zu einer Verhüllung dieser brennenden Tagesfrage führen muß.

Die Sozialdemokraten gingen von der Voraussetzung aus, daß die Änderung der Geschäftsordnung auf Grund der unersetzten eingebrachten Anträge zum § 82, § 83 und § 84 sofort vorgenommen werden könne und müsse, da sie ausschließlich in der Hand des Reichstages liegt, während zur Änderung der Verfassung die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist und deshalb, aber auch wegen der weittragenden Bedeutung der Anträge, längere Zeit erfordert. Die Sozialdemokraten verlangten deshalb, daß zunächst die Kommission in die Beratung der Anträge auf Verbesserung des Interpellationsrechts eintrete, sie noch in dieser Woche zu Ende führe, so daß auch das Plenum noch vor den Weihnachtsferien in den ersten Tagen der nächsten Woche darüber beschließen könne. Dann könne im Januar sofort an die Verfassungs-Anträge herangegangen werden.

Genosse Singer empfahl in Begründung dieses Antrages noch, den freisinnigen Antrag Ablauf auf Vormahme einer gründlichen Revision der Geschäftsordnung überhaupt abzulehnen oder doch bis nach Erledigung der Verfassungsfragen zu vertagen, da eine solche allgemeine Geschäftsordnungsrevision ins Uferlose austuften würde. Wie gefährlich das sei, geht ja aus der Mitteilung des Vorsitzenden (Zund) hervor, der Direktor des Reichstages sei mit einer Sammlung von Materialien zur Geschäftsordnung beschäftigt, mit der er bis zum Herbst fertig zu werden hoffe.

In der Diskussion, die sich an den sozialdemokratischen Antrag knüpfte, bekundeten alle Parteien ein prinzipielles Interesse für die sozialdemokratischen Anträge zum Interpellationsrecht. Die Freisinnigen, Rationalliberalen und das Zentrum waren auch damit einverstanden, daß lese Anträge vorweg erörtert und

dann nach Beendigung der Kommissionsberatung sofort vor das Haus gebracht würden. Nur die beiden konservativen Fraktionen wollten davon nichts wissen. Sie verlangten, daß erst alle Geschäftsordnungs- und Verfassungsanträge gründlich durchberaten und erledigt würden, ehe das Plenum sich damit befassen solle. Vollständig auf dem Boden des sozialdemokratischen Vorgehens stellte sich nur der Vertreter der Polenfraktion Graf Bielzyński.

Geradezu rührend war es anzuhören, mit welcher heiligem Eifer die verschiedenen bürgerlichen Parteien Gründe über Gründe für eine gründliche Beratung herbeischleppten.

Gleich der freisinnige Dr. Müller-Meinungen warnte vor Ueberhastung. Nach den Ferien sei auch noch Zeit genug. Auch habe der Senatorenkonvent sich für die Vertagung Ende dieser Woche ausgesprochen. Während Herr Müller sonst sich im Prinzip für den sozialdemokratischen Vorschlag aussprach, so lag er doch vor, man solle an die Erörterung des Interpellationsrechts noch die Beschlußfassung über sonstige noch einzubringende Einzelanträge zur Geschäftsordnung anschließen. Herr Haußmann (Volkspartei), im Einklang mit Herrn Spahn (Z.), regte an, das Eintreffen des Herrn Gröber, der in Stuttgart mit Bearbeitung der württembergischen Geschäftsordnung sich befasse, für die Erörterung des Interpellationsrechts abzuwarten. Das sei aber vor Weihnachten nicht zu erwarten. Am eifrigsten für Gründlichkeit legte sich Herr v. Dirksen (fr.) ins Zeug, indem er Vorlegung der englischen und französischen Bestimmungen forderte.

Genosse Ledebour bekämpfte die Müllersche Anregung, da sie auf Umwegen die nach der Verfassungsfrage vorzunehmende Totalrevision der Geschäftsordnung doch wieder mit der Reform des Interpellationsrechts verquiden wolle. Den Ruf nach Gründlichkeit begegnete er mit dem Hinweis darauf, daß die Durcharbeitung der Verfassungs-Anträge gerade von denjenigen Fraktionen bewirkt sei, die sich jetzt aus Gründlichkeitsbedürfnis nicht getrauten, sofort zuzustimmen. Wenn es ernst mit der Sache sei, müsse sofort an die Arbeit gehen, damit das Interpellationsrecht noch vor Weihnachten verbessert werde.

Herr Koeren (Z.) redete darauf von genauer Präzisierung des Begriffs Interpellation und von den Gefahren des Mißbrauchs des Rechts, Anträge zu stellen, welche Bedenken der Genosse Singer als Beweis dafür anführte, wie durch Anhäufung von Bedenken es leicht sei, jede Tat zu hindern. Wozu erst historisches Material beschaffen? Es komme auf sofortige Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses des Reichstages an.

Bei der Abstimmung entschied sich das Haus zunächst dafür, in die Beratung erst am Freitag der ersten Sitzungswocde nach den Ferien (also nach sechs Wochen) einzutreten. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten und Polen.

Die Reihenfolge der Anträge soll aber die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene sein; über die Interpellationsanträge soll sofort nach der Kommissionsberathung ans Plenum berichtet werden. Hiergegen stimmten nur die 6 konservativen und Freikonservativen. Die beiden Antikemiten schloßen.

Dann brach der Gründlichkeitsdrang hervor in einem konservativen Antrage auf Verschaffung von ausgiebigem Material aus allen parlamentarischen Ländern. Genosse Ledebour verwahrte sich dagegen, da das nur auf eine neue Verschleppung hinauskomme, worauf der freisinnige Herr Gehling mit warmem Eifer erklärte, das sei ein unberechtigtes Mißtrauen Ledebours. Kein Abgeordneter habe eine Verschleppung gewünscht. Ledebour erwiderte, das Mißtrauen sei nur zu berechtigt, da die konservativen Blätter die Ueberweisung an die Kommission bereits als ein Begräbnis der Anträge gefeiert hatten. Die Motive zu ihrem Vorgehen hätten die Herren allerdings nicht angegeben; er könne deshalb nur sagen, daß die gesamten Einwendungen gegen die sofortige Erledigung tatsächlich auf eine Verschleppung hinausläufen. Herr Kretsch (L.): Das sei wohl nur eine Verschleppung im Ausdruck und was den Sozialdemokraten als „Verschleppung“ gelte, nannten er und seine Freunde „gründliche Beratung“.

Es wurde dann dem Berichterstatter für das Plenum Herrn Lind überlassen, ob er den Mitgliedern der Kommission „Material“ zugänglich machen wolle.

Sagt: Hinausschiebung der Kommissionsberatung um 6 Wochen!

Dernburg als Märchenerzähler.

Auf einem Festessen der Deutschen Kolonialgesellschaft hat Staatssekretär Dernburg wieder einmal eine seiner Verherrlichungsreden über die deutschen Kolonien gehalten und dabei auch nicht an Selbstlob gelpart. Der „Ehrliche Lokalanzeiger“ berichtet darüber:

„Der Staatssekretär . . . wandte sich dann den realen Verhältnissen des dortigen Gebietes zu. Die Diamantfelder, die man gefunden, seien viel reicher, als die Welt bisher geglaubt. Die Finanzen des Schutzgebietes seien den Wirnissen eines langjährigen Krieges zum Trost sehr gut. . . Er ging vom Jahre seines Amtsantrittes aus und zog folgende Bilanz: Im Jahre 1907 erforderte Ostafrika einen Zuschuß von 6 Millionen Mark, der 1908 auf 4 Millionen Mark herabsank und für 1909 auf 2½ Millionen Mark angelegt ist. Kamerun erforderte 1907 3 Millionen Mark, im nächsten Jahre 2 700 000 M. und begnügt sich für 1909 mit einem Zuschuß von 1 800 000 M. Südwestafrika hatte 1907 65 Millionen Mark erfordern, 1908 verlangte es 88 Millionen Mark und wird 1909 deren noch 18 Millionen Mark bedürfen. Aber immerhin auch hier ein rapider Rückgang in den Forderungen. Bei Neuguinea blieben mit 111 000 M. die Zuschüsse sich gleich. Bei den Marianen hatte 1907 das Reich noch 840 000 M. Zuschuß zu gewähren und für das kommende Jahr ist ein Uebererschuß von 82 000 M. zu erwarten. Samoa erforderte 1907 noch 180 000 M. und wird 1909 einen Uebererschuß von 68 000 M. gemahren. Als er in das Staatssekretariat eintrat, waren 75 Millionen Mark für die Kolonien erforderlich, und 1909 werden es nur noch 23 Millionen Mark sein. Und lasse man Südwestafrika aus dem Spiel, so habe das Deutsche Reich im kommenden Jahre für seine Kolonien im ganzen 5 Millionen Mark aufzuwenden. Der Staatssekretär erwähnte sodann, daß Südwestafrika eine Gemeinde- und Landverfassung erhalten hat, und daß er sich davon die reichsten Erfolge verspreche. Er berührte die Eisenbahnfrage und behandelte die Eingeborenenpolitik, die dahin geführt habe, daß ohne jede Erschütterung des Arbeitsmarktes jedes Unternehmen heute gewagt werden könnte. An der Spitze aller Kolonien händen jetzt tüchtige Männer, denen jedes Vertrauen entgegengebracht werden dürfe.“

Dernburg hat damit wieder einmal den Befähigungs-nachweis als Märchenerzähler abgelegt. Ein Glüd, daß ihn die Darmstädter Bank losgeworden ist, denn Bilanzen dieser Art hätte das Unternehmen sicherlich nicht lange ausgehalten!

Daß die Zahlen im einzelnen nicht stimmen, wäre noch nicht das Schlimmste, wenn wenigstens die Aufmachung im ganzen annähernd richtig wäre. Aber auch das ist nicht der Fall!

Dernburg renommirt damit, daß der Reichszuschuß für die Kolonien mit seinem Amtsantritt von 75 auf 23 Millionen herabgegangen wäre. In Wirklichkeit beträgt er nach dem Etatsentwurf für 1909 34½ Millionen, wozu noch

2 Millionen für Verzinsung der circa 60 Millionen Kolonialschulden kommen, die sich die Kolonien seit dem vorigen Jahre angelegt haben! Das sind bereits 36½ Millionen! Er würde aber gar 38,7 Millionen betragen, wenn nicht die 2 147 488 Mark, die bisher für das ostasiatische Marine-detachment durch Zuschuß für Kiautschou aufgebracht wurden, in dem Etat für 1909 auf den Marineetat übernommen worden wären! Der Zuschuß ist also gegenüber den 60,7 Millionen des Jahres 1908 nur auf 38,7 Millionen herabgegangen, hat sich also nur um 19 Millionen vermindert, nicht um 33 Millionen, wie Herr Dernburg — erzählte!

Und wie kam diese Verringerung des Reichszuschusses zustande? Durch Dernburgs geniale Vermaltung? Ach, nein! Ganz einfach dadurch, daß sich für Südwestafrika die Militärausgaben um fast 20 Millionen verringerten! Durch das Erlöschen des bei Dernburgs Amtsantritt noch nicht beendeten Krieges erklärt sich auch ganz allein die Herabminderung des Reichszuschusses gegenüber 1907! Gegenüber der Zeit vor dem Kriege hat sich der Zuschuß nicht vermindert, sondern seit 1903/1904 vielmehr um 1½ Millionen erhöht! Und wenn die Eisenbahnbauten, die früher im Kolonialetat in Erscheinung traten, jetzt nicht durch das famose System der Kolonialschulden verschleiert würden, würde die Erhöhung des Zuschusses noch eine ganz andere sein!

Wenn es mit den Dernburg-Diamanten ebenso steht wie mit den Dernburg-Zahlen, so können wir baldigt eine böse Minenpleite erleben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember 1908.

Eine Statüberschreitung in Samoa.

Im Etat des Schutzgebietes Samoa für 1906 wurden 1500 M. bewilligt für die Einriedigung eines Grundstücks beim Eingeborenenhospital in Apia. Beabsichtigt war die Herstellung eines Holzzaunes. Der Gouverneur Dr. Solf war jedoch der Meinung, daß ein Holzzaun nicht lange halten dürfte. Er ließ deshalb zur Umfriedigung ein eiserne Gitter aus Europa kommen, das nicht weniger als 10 350 M. kostete. Damit hat er die Bewilligung im Etat eigenmächtig um 8850 M. überschritten. Die Kolonialabteilung hielt ihn zur Erfahleistung an. Dr. Solf erstattete auch die eigenmächtig verausgabte Summe, aber unter Vorbehalt. Unterdessen hat die Kolonialverwaltung eingesehen, daß der eiserne Zaun doch zweckmäßiger sei, als der geplante hölzernen. Sie verlangt nun vom Reichstage, daß dem Gouverneur Dr. Solf der Betrag von 8850 M. rückerstattet wird.

Dieser Fall bedeutet ein Präjudiz für den Fall Liebert, der den Reichstag im Laufe der Kolonialberatungen beschäftigen dürfte. Abgeordneter v. Liebert hat als Gouverneur von Ostafrika gleichfalls Summen ausgegeben, die der Reichstag nicht bewilligt hatte. Aus bisher noch unbekanntem Grunde ist aber ein Erfah der eigenmächtig verausgabten Gelder nicht gefordert worden. Das soll jetzt nachgeholt werden, und man wird sich dabei auf den Fall des Dr. Solf beziehen können. Die Summe, für die Liebert haftbar gemacht werden muß, ist allerdings erheblich höher. Wenn nicht in dieser Weise konsequent verfahren wird, dann hürte die eigenmächtige Wirtschaft einzelner Kolonialbeamter überhaupt nicht auf.

Deutsch-portugiesischer Handelsvertrag.

Das Deutsche Reich hat am 20. November mit Portugal einen Handelsvertrag abgeschlossen, der beiden Staaten grundsätzlich die Weisbegünstigung zusichert. Eine Ausnahmestellung nehmen in Portugal Brasilien und Spanien ein. Der portugiesische Zolltarif ist, wie offiziös mitgeteilt wird, für die Dauer des Vertrages gebunden, mit Ausnahme einer Anzahl von Artikeln, bezüglich deren die Hölle bis zu einem vertragsmäßig festgelegten Betrag erhöht werden können, wofür dann andererseits die Hölle auf eine Reihe anderer, ebenfalls besonders aufgeführte Waren ermäßigt werden müssen. Deutschland hat dagegen Portugal das Zugeständnis gemacht, daß die Weinmarken „Port“ und „Madeira“ als Herkunftsbezeichnung im Sinne des deutschen Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen anerkannt und ihre Anwendung nur für Weine des portugiesischen Zoutgebietes und der Insel Madeira gestattet werden, sofern diese Weine mit Ursprungszeugnissen über die Höfen von Oporto und Zundhal ausgeführt sind.

Dr. Majestät Fackelzug.

Daß sich gewisse studentische Kreise, die den Offizieren das Spucken abguden, wie diese auch eine „besondere Ehre“ zugesagt haben, weiß man längst. Daß zu der „besonderen Ehre“ aber auch besondere Pflichten kommen, dürfte nicht jeder wissen. Vollends nicht, welcher Art die Pflichten eines solchen teutschen Studenten bisweilen sind. Ein Rundschreiben des Ausschusses der königl. akademischen Hochschule für die bildenden Künste gibt darüber nähere Auskunft. Es lautet wörtlich:

Dienstag, den 24. November 1908.

Euer Hochwohlgeborer!

Die Studentenschaft von Groß-Berlin plant einen Fackelzug zum 50. Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Der Gedanke dazu ging aus von dem Zentralausschuß einer Vereinigung von Vertretern der Ausschüsse sämtlicher Berliner königlicher Hochschulen.

Nach Maßgabe des alphabetischen Ringes hat unsere Hochschule im laufenden Semester den Vorschlag, wird also auch im Fackelzuge an erster Stelle stehen.

Es ist nicht nur nationale Notwendigkeit sondern auch Pflicht jedes einzelnen Studierenden sich persönlich an diesem Unternehmen zu beteiligen. — Vornehmlich aber die Tatsache, daß unsere Hochschule an der Spitze stehen wird, läßt es bedinglos als erforderlich erscheinen, daß eine allgemeine vollzählige Beteiligung Platz greift.

Am nächsten Sonnabend, den 28. November, 1/5 Uhr nachmittags, findet im Vortragssaal eine Versammlung statt, welche vornehmlich diesen Punkt auf der Tagesordnung hat.

Mit Hochachtung zeichnet

Der Ausschuß der königl. akademischen Hochschule

für die bildenden Künste.

Stempel. 1. Vorsitzender, Peter Vartoff. Ein Orden für den braven Vartoff erscheint uns nationale Notwendigkeit!

Frei ist der Wurf! Hurra!

Reichsländische Parlamentsarbeit.

Das Programm der reichsländischen Regierung, das sie dem Landesausschuß in der kommenden Session zur Beratung vorzulegen gedenkt, ist mehr als dürftig ausgefallen. Die dringend notwendige Steuerreform wird mit Rücksicht auf die Reichsfinanzreform abermals vertagt. Ein kommunalabgabengesech soll zwar geschaffen werden, doch auch hier hat der Reichsfinanzsekretär den eifrig-lotringischen Steuersuchern das Feld bereits abgegrast. Was er noch übrig gelassen, reicht nicht aus, den reichsländischen Gemeinden auf die Strümpfe zu helfen. Ohne Ein-

führung der progressiven Einkommensteuer mit Gemeindefürsorge geht es keineswegs, so sehr sich auch die Wohlfühlenden dagegen sträuben. Die Regierung kündigt denn auch für 1910 eine dementsprechende Vorlage an.

Weiter wird die längst versprochene Gehaltsaufbesserung für die Elementarlehrer angekündigt, sowie ein neues Vergütungsgesetz, ein Gesetz betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Universitätsprofessoren, ein Vogelzuggesetz und ferner außer einigen kleineren Vorlagen noch die endliche Einführung des Unterstützungswahnsinnesgesetzes in Elsaß-Lothringen.

Wahlrechtsverschlechterung.

Der Landtag des Großherzogtums Oldenburg hat das allgemeine, gleiche und direkte Landtagswahlrecht angenommen. Die Agrarier und die Ultramontanen versuchen nun, das Gesetz in der Weise zu ergänzen, daß das Pluralwahlrecht eingeführt wird, und zwar sollen die Haus- und Grundbesitzer eine Zusatzstimme bekommen. In der Kommission ist der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen zur Annahme gelangt.

Volkrechte und Bloßfreisinn.

Ueber das preussische Regiment und den Reichstag redete am Sonntag Dr. Theodor Barth in Köln in einer überfüllten Volksversammlung im Kristallpalast. Er führte unter anderem aus: Das persönliche Regiment hängt nicht zusammen mit der Person des gegenwärtigen Trägers der Krone, sondern liegt im System. Bismarck hat es großgezogen und bei der Volksvertretung das Gefühl ihrer eigenen Bedeutung für das politische Leben völlig unterdrückt. Auch die Kommunalverwaltungen haben ein gerüttelt Maß von Schuld an dem heutigen Vorkommen des Untertänigkeitsgefühls. Es gehört sich nicht, daß der Bürgermeister einer Millionenstadt sich wie der Portier eines vornehmen Hotels mit dem Hute in der Hand an das Brandenburger Tor stellt, um vor jedem Fürstchen oder Prinzlein seine Reue zu zeigen. Der Reichstag hat sich bei den letzten Debatten in keiner Weise seinen Aufgaben gewachsen gezeigt. Niemals war es notwendiger als jetzt, die in der Verfassung gegebenen realen Machtmittel anzuwenden, um die konstitutionelle Bewegung vorwärts zu bringen. Auch der König von England hat das Recht, genau wie der deutsche Kaiser und König von Preußen, seine Minister zu ernennen. Er ernannt aber keinen Minister, der nicht von vornherein das Vertrauen des Parlaments hat, weil das Parlament jeden anderen ohne Bewilligung der zum Regieren nötigen Geldmittel heimlich würde. Das ist das parlamentarische Regiment, das sich aus dem Steuerbewilligungsrecht entwickelt hat. Dieses Recht haben wir genau so, und wenn Volk und Reichstag wollten, hätten wir das parlamentarische Regiment am morgigen Tage genau so wie im englischen Unterhaus. Aber der Linkliberalismus hat sich als gänzlich unfähig zur Durchführung dieser alten liberalen Forderung erwiesen. Des linken Freisinns „Kampf“ gegen das persönliche Regiment begann mit einer Verbeugung vor dem Staatsmanne, unter dem all das Unheil der letzten Jahre geschehen, der der Repräsentant dieses Systems ist. Herr Wiemer hat ihm sein Vertrauen ausgesprochen. Der Träger der Krone würde sich nie so geföhrt haben, wenn das Volk es nicht gemollt hätte. Aber wie ist es anders möglich bei solch Speichelleckerei und Wagnisismus. Caesar war kein Reu, wenn nicht die Römer Schafe wären!

Es hat noch nie einen politischen Fortschritt gegeben, ohne daß er erzwungen worden wäre. Das sollte man bei der jetzigen „Neureform“ bedenken. Statt dessen redet Herr Müller-Reinigen, dieser große Staatsmann Mitteleuropas, von „Erpresserpolitik“. Auch in der äußeren Politik haben wir seit Jahren nichts als diplomatische Unfähigkeit und Mißgriffe erlebt. Fort mit Blaw! hätte es auch hier heißen müssen. Statt dessen ein Vertrauensvotum! Weshalb? Man war ja im Bloß, wo man bisher eine Ohrfeige nach der anderen bekommen hat. Der „schwarze Mann“, das Zentrum steht in der Edeleiden nicht trotz des Bloßes konservativ und Zentrum nach wie vor liberale Politik! Mit Ausnahme des Jählingers des Herrn Spahn, der nicht mehr im Vorzimmer des Reichstagslers steht, ist alles beim Alten geblieben. Wie will man auf diese Art die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen auch nur einen Schritt weiter bringen?

Der Redner besaß sich weiter mit der grundsätzlichen Ausschließung der Sozialdemokratie aus allen Verwaltungämtern; ein Sozialdemokrat könne nicht einmal zu dem geringsten Amt berufen werden, nicht mal Nachwächter werden. Eine ganze Dreimillionenpartei sei einfach bohlottiert. In keinem anderen Lande der Welt sei dieser verfassungswidrige Skandal möglich!

Der Fall Hoffmann-Kaiserslautern.

München, 7. Dezember. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)
Die „Münchener Post“ schreibt zu dem „Vorwärts“-Artikel vom Sonnabend: „Zerstörte Legende“:

„Wir finden, daß das Zentralorgan sich unnötig aufregt, indem es sich, obwohl im Reiche und in Berlin noch manches andere zu schaffen wäre, gerade jetzt in unschätzbaren Schulmeisterlüt. Wie der Fall Hoffmann zu bewerten ist und welche parteipolitischen Folgerungen daraus zu ziehen sind, darüber zu urteilen, wird der „Vorwärts“ schon den bayerischen Parteinstanzen überlassen müssen. Zunächst liegt noch gar kein endgültiger Entscheid vor. Wie der „Vorwärts“ weiß, ist gegen die Verfügung der Kreisregierung Beschwerde beim Ministerium eingelegt worden. Damit ist deutlich genug gezeigt, daß die Angelegenheit mit aller Energie ausgefochten werden soll. Wir halten es nicht gerade für weise, durch eine Aufregung nach dem Muster des „Vorwärts“ dem Minister Wehner und der Regierung die Stellungnahme zu erleichtern. Wir werden daher den Ausgang der Angelegenheit erst abwarten, ehe wir weiteres unternehmen. Die Aufregungen des „Vorwärts“ sind nicht dazu angetan, und aus dieser Auffassung zu bringen.“

Wir finden in dieser Abzanzelung, die uns unser Münchener Parteiblatt teilen läßt, kein Wort darüber, ob ihm bekannt ist, daß dem Volksschullehrer Hoffmann die Amtsentlassung angedroht war, falls er für die Sozialdemokratie kandidierte. Das aber ist der Kernpunkt der Sache, um dessen willen wir sie vorgebracht haben. Denn sowohl im Reiche und in Berlin auch zu schaffen ist, so erscheint und doch auch nicht ganz unwichtig, daß die Partei über den wahren Stand der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, die der Sozialdemokratie in Bayern zugestanden wird, richtig informiert werde. Die Drohung der bayerischen Regierung gegen den Volksschullehrer Hoffmann enthält die grundsätzliche Weigerung, der Sozialdemokratie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auf dem Gebiet des Schulwesens zuzugestehen. Und von dieser wichtigen programmatischen Handlung der bayerischen Regierung hat die Öffentlichkeit durch die bayerische Parteipresse bisher nichts erfahren.

Zu übrigen ist es uns nicht entfernt eingefallen, die bairischen Genossen zu schulmeistern oder uns in ihre Kompetenzen zu mengen. Aber es wird uns wohl noch erlaubt sein, die Ruhe in der bairischen Parteipresse etwas festhalten zu finden, wenn wir sehen, daß gleichzeitig die bairische Parteipresse den Fall des Lehrers Ködel, der nicht wegen sozialdemokratischer Gesinnung gemahnt wurde, mit aller gebotenen Schärfe erörtert.

Eine Besichtigung der Germanisierungspolitik.

Bekanntlich betreibt die Regierung ihre Germanisierung in den östlichen Landesteilen mit polnischer Bevölkerung nach wie vor mit großem Eifer und mit Unterstützung der evangelischen Kirche, was der katholischen Presse zu fortgesetzten Angriffen auf die Regierung und die evangelischen Geistlichen Anlaß gibt. Den letzteren wird ganz unverblümt der Vorwurf gemacht, daß sie die Germanisierung der polnischen Bevölkerung als Vorwand benutzen, um für die evangelische Kirche Propaganda zu machen und die Katholiken zu verdrängen. In einem Artikel vom 4. Dezember beleuchtet das katholische Blatt, die „Ermlandische Zeitung“ nun diese christliche Agitation und Germanisierungspolitik der preussischen Regierung in folgender Weise. Es heißt da unter anderem:

„In den letzten Jahren sind Tausende von Hektaren in den „gefährdeten“ Kreisen Neidenburg, Ortelsburg und Osterode von der Domänenverwaltung aufgekauft und werden auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Rentengutsbildung an deutsche (lies: evangelische) Bauern weiter vergeben. Eine lebhaftige Agitation ist dafür im Gange, daß die majurischen Kreise der Ansiedelungskommission unterstellt werden mögen, und verlockende Gutsbesitzer nähern den Polenkolon aus, indem sie die Regierung mit einem polnischen Käufer graulich machen, um so einen unverkäuflichen Kaufpreis für ihre verlotterte Wirtschaft herauszuschinden. Die Demoralisation, die dieses elende System im Gefolge hat, Denunziationen von Beamten, Lehrern, Gutsbesitzern, geschäftlicher und gesellschaftlicher Boykott usw. griffen in diesen Kreisen schon jetzt ebenso wie in Westpreußen und Posen. Trotzdem empfehlen evangelische Geistliche noch besonders, daß tüchtige Redner gewonnen werden sollen, die umherziehen, Protestantenversammlungen veranstalten und das deutsche Gewissen der Leute aufwühlend sollen, die jetzt noch nichts Schlimmes darin finden, ihr Grundstück, ihr Gut an einen Polen (lies: Katholiken) zu verkaufen.“

—
Nette Zustände!

Das Zentrum als Volkspartei.

Das Zentrum hat sich bei den letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus dazu verstanden, auch einige Arbeiterkandidaturen aufzustellen. Es sind dann in der Tat sechs katholische Arbeiter zum Landtag gewählt worden, davon zwei allerdings mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Stichwahl gegen die Nationalliberalen. Das Zentrum hat von diesen Arbeitervertretern, die seiner Landtagsfraktion angehören, ein großes Wesen gemacht, und sich als diejenige bürgerliche Partei herausgeschrien, die allein Verständnis habe für die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Was in Wirklichkeit die Arbeiter beim Zentrum zu bedeuten haben, zeigt die Zusammensetzung des jetzt eingerichteten Landesauschusses der preussischen Zentrumspartei. Diesem gehören an die Vorstandsmitglieder der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, unter ihnen ist kein Arbeiter; die preussischen Vorstandsmitglieder des Reichstagszentrums, unter ihnen ist ebenfalls kein Arbeiter; die Vorsitzenden der Provinzialauschüsse des Zentrums, auch hier kein Arbeiter, und endlich sieben hinzugewählte Mitglieder, darunter ebenfalls kein Arbeiter.

In der Organisation der preussischen Zentrumspartei haben also die Arbeiter nichts zu sagen. Dagegen sind in dem ultramontanen Landesauschuss vertreten vier Grafen, ein Freiherr, vierzehn Juristen, vier Geistliche, vier Fabrikanten und Kaufleute, ein Generaldirektor usw. So versteht das Zentrum die „Gleichberechtigung der Arbeiter“.

Zur Stärkung monarchischen Sinnes.

Die preussische Krone braucht Geld. Zu diesem Zwecke will sie sich einiger Schlösser im Rheinlande entledigen. Die schon seit langer Zeit nicht mehr von der Königsfamilie besucht oder benutzt werden, dafür aber in ihrer Erhaltung viel Kosten verursachen. Es kommen hier vor allem das Schloß Stolgensfeld bei Koblenz, das Schloß Benrath bei Düsseldorf und der Jägerhof in der leipziger Stadt in Betracht. Die „Admische Zeitung“ führt mancherlei Gründe gegen den Uebergang dieser Schlösser, deren Parks der öffentlichen Benutzung freigegeben sind, in privaten Besitz an, und meint dazu u. a.:

„Über alle diese Dinge hinaus beschäftigt uns ein anderer Gedanke, und dieser ist es, der vor allem diese Veräußerungen veranlaßt hat. Solche Schlösser, Paläste und Parks des Landesherren, mögen sie nie bewohnt sein, spinnen leise Fäden zwischen der Provinzbevölkerung und dem Monarchen in seiner Hauptstadt. Sie sind wahre Symbole, die immer wieder an das Vorhandensein des Monarchen erinnern und der Loyalität einen Wink geben. Die Rheinlande sind weit von Berlin, sie führten lange ein geographisch von Preußen losgetrenntes Dasein, bei der der Royalismus mehr oder minder eingeschläfert schien. Aber nach 1866 haben sich die Beziehungen zum Gesamt-Königreich immer inniger geknüpft. Es will uns nun gar nicht zweckmäßig erscheinen, diese erfreuliche und wichtige Wendung dadurch wieder abzuschwächen, daß man jene Fäden zerschneidet, die Symbole ihres Charakters entziehen und der Bevölkerung diese hübschen Beziehungen zum Königshaus nimmt.“

Das Blatt weist hin auf die neuerdings viel betonte Pflicht des Denkmalwesens und der Heimatspflege, auf das Streben von Staat und Gemeinde

„den Ritzbürgern den Wert ihrer geschichtlichen Bauten, ihrer Naturdenkmäler klar zu machen und ihnen die in unseren Tagen so sehr abgeklammerte Pietät wieder einzuflohen, in die Blätter des modernen Denkens wieder einmal die Anregungen geschichtlicher Phantasie zu bringen und damit auch eine gesunde Weimischung konservativen Denkens, das auch der freidenkende Mann, wenn er nicht ins Uferlose des Nihilismus gelangen will, nicht entbehren kann. Ist es da nicht sonderbar, wenn gerade die Krone gegen eine solche Stärkung des konservativen Sinnes sich betätigt.“

Die Geschichte der rheinischen Fürstenschlösser, die vorwiegend aus der galanten und üppigen Zeit des achtzehnten Jahrhunderts stammen, scheint und kaum geeignet zu sein, die Besucher von der Fürstlichkeit und Notwendigkeit der Monarchie zu überzeugen.

Eine Kundgebung für die Prager Studenten.

Gegen die nationalisierenden Exzesse in Prag nahm eine von circa 2000 Studenten und zahlreichen Professoren besuchte Versammlung Stellung, die Sonntag in der Philharmonie stattfand. Das Referat hielt der Jurist Boewenthal, der selbst in Prag Instruktor ausgeht war. In der Diskussion sprachen die Professoren Moethe, Ad. Wagner, Benz und v. Sigt. Dieser beantragte folgende Resolution:

„Wir, die am 6. Dezember mit ihren Professoren versammelte Studentenschaft der Stadt Prag sind mit Entrüstung den Vorgehens in Prag gefolgt, die in ihren Angriffen auf Professoren und Studentenschaft eine ernste Gefährdung deutscher Bildung und Kultur bedeuten. Wir erkennen als Pflicht jedes Deutschen an,

den Bedrohten Brüdern jenseits der Grenzen zu helfen. Wir fordern die Kommilitonen auf, zu diesem Zwecke möglichst zahlreich in den Verein für das Deutschtum im Ausland beizutreten. Wir beabsichtigen von dieser Resolution der deutschen Universität zu Prag Kenntnis zu geben zugleich mit dem Ausdruck unserer warmen Sympathie für die mannhaften akademischen Kämpfer für deutsche Bildung und Kultur gegen Massenhass und Fanatismus.“

Es ist natürlich, daß die deutschen Studenten sich gegen die Bedrohungen ihrer Kollegen in Prag entrüstet. Nur möchten wir wünschen, daß diese Abwehr des Chauvinismus sich nicht nur dann äußert, wenn ihn Slawen gegen Deutsche betätigen, sondern auch im umgekehrten Falle. Wir haben aber nichts davon gehört, daß eine große Studentenversammlung je gegen die Verfolgungssucht der preussischen Regierung den Polen gegenüber protestiert hätte.

Die „Münchener Post“ gegen Petersd.

München, 7. Dezember. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die erste Strafkammer des Landgerichts München I hat den Termin für die Beratung der im Münchener Petersprozess von der „Münchener Post“ eingelegten Berufung von Mittwoch, den 16. Dezember, auf Mittwoch, den 13. Januar 1909 verlegt.

Landtagsstichwahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am Montag unterlag bei der Landtagsstichwahl im Wahlkreis Stadtilm der Genosse Scholl mit 640 gegen 600 Stimmen, die auf einen Agrarier fielen.

Die Balkankrise.

Die österreichische Politik erlebt wenig Freude, seitdem Herr Lehrenthal die Dummheit begangen hat, die Okkupation Bosniens in eine Annexion umzuwandeln. Nachdem in der italienischen Kammer der Unwille über den „Bundesgenossen“ zum stürmischen Ausdruck gekommen und die Verkündung der italienisch-russischen Entente gerade wegen ihres gegen Oesterreich gerichteten demonstrativen Charakters so beifällig aufgenommen worden ist, nimmt jetzt auch Herr Iswolski, der russische Minister des Auswärtigen, in außerordentlich scharfer Weise gegen Oesterreich Stellung. Entgegen den österreichischen Erklärungen, wohl auch entgegen seinem eigenen früheren Verhalten erklärte er in einer Unterredung, er habe nie die Zustimmung zur Annexion gegeben. In Uebereinstimmung mit England, Frankreich und Italien sei Rußland der Ansicht, daß diese Frage vor eine europäische Konferenz gehöre. Selbst wenn diese die Annexion anerkenne, so würde Rußland für Kompensationen an die Balkanstaaten eintreten. Da nun Oesterreich sowohl die Diskussion über die Annexion als namentlich auch die Kompensationen ablehnt, so stehen die Aeußerungen Iswolskis in schärfstem Gegensatz zur österreichischen Politik, ein Gegenatz, der noch verschärft wird durch eine äußerst unfreundliche und in dieser Form sehr ungewöhnliche Kritik, die der russische Minister im einzelnen an dem Vorgehen seines österreichischen Kollegen abt. Ueberboten wird diese Kritik aber noch durch die Befehdigung, daß am österreichischen Hofe eine große kriegerische Partei bestünde, welche einen Konflikt mit der Türkei und Serbien herbeiführen wolle. Zum Schluß kündigt Iswolski an, daß ein formelles Bündnis Englands mit Rußland und Frankreich bevorstehe; es sei notwendig, da Deutschland die österreichische Balkanpolitik jetzt noch intensiver unterstütze.

Es ist kein Wunder, daß die Stellungnahme aller Mächte — Deutschland natürlich ausgenommen — gegen Oesterreich die Balkanstaaten und die Türkei in ihrem Widerstande nur bestärkt. Das führt vor allem Oesterreichs Handel, dem der faktische Boykott schwere Wunden schlägt und der trotz aller Vorstellungen des österreichischen Völkchens ungeschwächt fort dauert. Es taucht auch wieder die Nachricht auf, daß der österreichische Völkchens demnächst von Konstantinopel abreisen werde, wodurch das österreichisch-türkische Verhältnis sich neuerdings verschärfen würde.

Um so dringender wird es die Pflicht Deutschlands und Frankreichs, der beiden Mächte, deren Interesse vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens im nahen Osten ist, durch vermittelndes Eingreifen der drohenden Katastrophe vorzubeugen. Für die deutsche Politik wäre dies zugleich ein erster Schritt zu einer Annäherung an Frankreich, die auch aus tausend anderen Gründen wünschenswert wäre. Aber die deutsche Diplomatie scheint auch diese günstige Gelegenheit ungenützt vorübergehen zu lassen und nur darauf Bedacht zu nehmen, einen neuen Beweis für ihre Unzulänglichkeit zu erbringen.

Frankreich.

Eine Maßregelung.

Die französische Regierung hat den Admiral Gervin, den Chef des Mittelmeergeschwaders, seines Amtes entsetzt. Der Grund dafür ist, daß der Admiral in einem Interview verschiedene Mißstände über die Ausstattung der Schiffe mit Munition erörtert hatte. Die Regierung kann zwar die Richtigkeit der Aeußerungen nicht ableugnen, hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß der Admiral durch die öffentliche Erörterung die Disziplin verletzt hat. Das Vorgehen der Regierung findet aber in der Presse eine überwiegend ungünstige Beurteilung und wird auch in der Kammer zur Sprache gebracht werden.

England.

Das Scheitern der Unterrichtsbill.

London, 7. Dezember. In der Sitzung des Unterhauses von Premierminister Asquith die Unterrichtsbill formell zurück und gab hierbei dem tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Hoffnungen der Regierung auf Regelung der Unterrichtsfrage vereitelt seien. Redner wies ferner auf mehrere Schwierigkeiten, die sich in dieser Frage erhoben hätten, hin und gollte den Bemühungen Runcimans und des Erzbischofs von Canterbury warme Anerkennung. Ich habe nie, fuhr Asquith fort, eine schwerere Enttäufung erfahren, aber ich bedaure nicht den Versuch, der gemacht worden ist; es ist mir lieber, ihn gemacht und mich getäufcht zu haben, als den Versuch aus Furcht vor einem Mißlingen unterlassen zu haben.

Rußland.

Die Anleihe bewilligt.

Petersburg, 6. Dezember. Der Budgetauschuss der Duma beschloß in der gestrigen Sitzung nach vom Finanzminister abgegebenen Erklärungen, diesen Kreditoperationen bis zum Betrage von 450 Millionen Rubel zur Tilgung der fünfprozentigen Schatzscheine und zur Deckung des Fehlbetrages für außerordentliche Ausgaben im Jahre 1909 zu bewilligen.

Türkei.

Sultan und Parlament.

Konstantinopel, 6. Dezember. Jenigazetta kündigt an, der Sultan werde am 14. d. M. der Eröffnung des Parlaments beiwohnen und jeden dritten oder vierten Tag in der Sitzung anwesend sein.

Unterdrückte Menterei.

Konstantinopel, 6. Dezember. Eine Meldung der Jenigazetta aus Kocprulic besagt, daß Reserdisen am 8. d. M., trotz

Dem die Offiziere sich ihnen gewaltsam widersetzen, das Publikum gewaltsam aus dem dortigen Theater vertrieben haben. Am Tage darauf wurden die Reservisten in ihrer Kaserne umzingelt und überwältigt. Ein Offizier und sechs Mann wurden getötet, ein Offizier und acht Mann verletzt.

Haiti.

Der Einzug der Sieger.

Port au Prince, 5. Dezember. Ein Heer von 8000 Revolutionären zog heute früh unter Führung des Generals Simon in die Stadt ein. Die Truppen befanden sich in guter Ordnung. Die Bevölkerung brachte dem General Ouldigungen dar. Eine Abordnung des öffentlichen Sicherheitskomitees erbot ihm offiziell den Willkommensgruß des Volkes und übergab ihm den Regierungspalast.

Einberufung des Parlaments.

Port au Prince, 7. Dezember. Die Behörden von Haiti haben die Mitglieder des Parlaments einberufen. Man hofft, daß innerhalb 14 Tagen genügend Mitglieder eingetroffen sein werden, um die Wahl des Präsidenten vorzunehmen. Hierzu sind 24 Senatoren und 67 Abgeordnete notwendig. General Simon hat noch nicht seine Kandidatur zur Präsidentenwahl aufgestellt. Nachrichten aus dem Inneren berichten, daß die Einwohner den Sturz Nord's im günstigen Sinne aufnehmen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

In Aschaffenburg wurde neben vier Liberalen und sechs Zentrumskandidaten ein Sozialdemokrat gewählt.

Einen erfreulichen Erfolg erzielte die Sozialdemokratie in Ebersten bei Oldenburg i. Gr. Dort wurden zum ersten Male Sozialdemokraten als Gemeindevorteiler gewählt. Und zwar eroberten die Genossen von neun Mandaten sechs. Nur infolge der Bestimmung, daß zwei Drittel der Gemeindevorteiler Grundbesitzer sein müssen, sind noch drei bürgerliche Landwirte gewählt worden, andernfalls wären in den Gemeinderat, der aus 18 Mitgliedern besteht, neun Sozialdemokraten gewählt. Die sozialdemokratische Liste erhielt bei zirka 80prozentiger Wahlbeteiligung 371 bis 384 Stimmen, die liberal-agrarische bis 350 Stimmen. Dabei besteht hier in Oldenburg eine dreijährige Stanzzeit für die Wahlberechtigung.

Dolizellisches, Gerichtliches usw.

Einstellung des Verfahrens. Von der Görtlicher Staatsanwaltschaft war vor zirka einem halben Jahre wegen eines Artikels „Gardepflicht“, der von Soldatenmishandlungen und den Zuständen in den Garderegimenten handelte, Anklage erhoben worden auf Antrag des preussischen Kriegsministeriums. Es haben auch in der Sache verschiedene Vernehmungen stattgefunden, dann aber hörte man lange Monate nichts mehr davon, bis jetzt die Nachricht kam, daß das Verfahren gegen den Genossen Grösch eingestellt worden ist. — Die Görtlicher Staatsanwaltschaft hat bisher in ihren Preßfeldzügen gegen die „Görtlicher Volkszeitung“ nicht gerade viel Vorbeeren gesammelt.

Jugendbewegung.

Der Jugendlichenparagraf.

Die Breslauer Strafkammer hat nunmehr gegen zehn frühere and gegenwärtige Vorstandmitglieder der freien Jugendorganisation Geldstrafen von drei beziehungsweise sechs Mark verhängt, nachdem sie vom Schöffengericht freigesprochen worden waren. Sie sollen sich wider den Jugendlichenparagrafen des neuen Vereinsgesetzes infolgedessen verurteilt haben, als in den Mitgliederversammlungen in je einem Vortrage über die Gewerkschaftsbewegung und über Jugendlichung das politische Gebiet durch die Redner gestreift worden sein soll.

Gewerkschaftliches.

Au die gesamten Tabakarbeiter Deutschlands!

Der Ruhhandel beginnt! Der Reichstag hat in einer siebenstündigen Debatte über die neue „Reichsfinanzreform“ verhandelt. Bei der Debatte über die einzelnen Steuerprojekte dieser Reform schien es klar zutage zu treten, daß das Zigarren-Vanderolesteuer-Projekt bei den verschiedensten Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Konserativen, keine Zustimmung erlangen würde. Das Vanderolesteuergesetz dürfte wohl als gefallen zu betrachten sein. Selbst aber wenn dies Wahrheit werden sollte, dürfen die Tabakarbeiter Deutschlands sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben; denn anstelle des gefallenen Projekts, treten sofort einige neue andere, welche aber immer und immer wieder die von dem Tabak zu erzielende Mehreinnahme von 70 bis 80 Millionen und möglichst auch noch darüber hinaus zu bringen haben. Als solche neue Projekte sind von verschiedenen Parteien in Anregung gebracht: Zollerhöhung von 85 auf 150 M. pro Doppelgärtner. Ebenso auch eine Erhöhung der Inlandsteuer. Als drittes Projekt ist eine Rohstabak-Wertsteuer vorgeschlagen worden. Mag dieses oder jenes Projekt auf der Wildfläche erscheinen, wir müssen immer wieder das Gefagte wiederholen: Mag die neue Belastung des Tabaks einen Namen tragen, welche sie wolle, wir haben uns gegen jede neue Belastung zu wenden. Die Form derselben ist gleichgültig; die Wirkung auf unseren hungerigen Magen bleibt dieselbe. Die Regierung sucht trotz des eingeleiteten Ruhhandels die Vanderolesteuer durchzuführen, umso mehr, als sie durch Festhaltung an diesem Projekt die Ruhhändler zu größeren Zugeständnissen respektive Bewilligungen in eventuell in andere Formen zu drängen glaubt.

An die Tabakarbeiter Deutschlands richten wir die energische Aufforderung, an allen den Orten, wo die Agitation bis jetzt sehr wenig oder gar zu schwach betrieben worden ist, sich aufzuraffen, um mit uns vereint auch gegen die ferneren Projekte zu opponieren, damit dieselben um so sicherer zu Falle gebracht werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gefahr heute größer ist wie je zuvor. Mit dieser vergrößerten Gefahr muß unsere Arbeit, unsere Ausdauer in der Agitation gegen diese Vergewaltigung, den Ruin unserer Industrie bis zur höchsten Potenz gesteigert werden. Den letzten Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen bis in die dunkelsten Winkel hinein muß es klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht und wo ihr Platz ist. Jeder muß ein Agitator sein. An allen Orten, wo nur einigermaßen Tabakindustrie vertreten, wo bis jetzt noch keine Kommissionen gewählt worden, wo auch noch bis jetzt keine Protestversammlungen stattgefunden haben, ist dieses schleunigst nachzu-

holen. Dieserhalb müssen sich die Kollegen mit ihren Bezirksleitern, und zwar nur mit diesen, in Verbindung setzen. Tabakarbeiter Deutschlands! Den von uns schon angekündigten

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands

mit ihren Nebengewerben berufen Unterzeichnete hiermit zu Montag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr, nach Berlin.

In welchem Lokal der Kongress stattfindet, geben wir später genau an. In den Orten, wo Delegierte hierzu noch nicht gewählt sind, muß dieses jetzt nachgeholt werden und Geldsammlungen zur Bestreitung der Unkosten des Kongresses vorgenommen werden.

Der Reichstag hat die Reichsfinanzreformvorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern übertragen, welche wahrscheinlich am Freitag, den 11. Dezember 1906, mit dem Reichstag in die Weihnachtsferien geht, die bis zum 12. Januar 1907 dauern.

Kollegen! Diese Zeit müßt Ihr noch tüchtig zur Agitation und zur Abwehr des uns drohenden Ruins ausnützen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

H. A.: Wilh. Voerner
Berlin S. 42, Ritterstraße 15.

Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Metallarbeiter!

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß bei der Wahl eines Beisitzers für die engere Ortsverwaltung, welche am Sonntag stattgefunden hat, der Kollege Gutsche 3553 Stimmen, Kollege Wegner 5788 Stimmen erhielt. Kollege Wegner ist somit als Beisitzer gewählt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter!

In Budapest droht unseren Kollegen eine Aussperrung. Wir ersuchen den Zugang nach Budapest fernzuhalten. Jedes Arbeitsangebot nach dort bitten wir, uns sofort zu melden.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Ortsverwaltung Berlin.

Zirkus Schumann für Musiker gesperrt!

Im Zirkus Schumann ist 16 Musikern gekündigt worden. Am 7. November war von 12—4 Uhr Probe, von 7—11 Uhr Vorstellung. Nach dieser achtstündigen Arbeitsleistung sollten die Musiker noch zu einer Nachtprobe bleiben. Am Tage darauf waren zwei Vorstellungen. Das erschien den Musikern zu viel. 15 von ihnen blieben der Nachtprobe fern, worauf ihnen seitens der Direktion gekündigt wurde. Das Präsidium des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes warnt nun alle Musiker davor, vor Austrag des Konfliktes im Zirkus Schumann Engagement anzunehmen.

Deutsches Reich.

Gewerbegerichtswahlen in München.

München, 7. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Bei den Gewerbegerichtswahlen am Sonntag wurden neun Unternehmerrbeitsgeber gewählt, die vom Gewerkschaftskartell kandidiert wurden.

Das Ende des Streiks auf Saar und Mosel.

Durch Vermittelung des Bürgermeisters Colson von Neuland, wie und telegraphisch mitgeteilt, fanden am 4. Dezember längere Verhandlungen zwischen der Grubendirektion einerseits und den Organisationsvertretern Hausmann vom Verband und Effert vom Gewerksverein andererseits statt, die eine Grundlage schafften, auf welcher am 5. die Belegschaft gegen zwei Stimmen beschloß, am Montag wieder anzufahren. Durch den Unfall des Bergmeisters von Braunmühl am 1. Dezember mußte die Befahrung der Grube unterbrochen werden, die aber am 2. Dezember durch den Bergassessor Goebel in Gegenwart von fünf Arbeitswilligen und der Grubendirektion fortgesetzt wurde. Das Resultat wurde in einem längeren Protokoll niedergelegt. In diesem Protokoll wird offiziell ebenfalls jede direkte Lebensgefahr für die Belegschaft bestritten. Aber es wird zugegeben, daß im Flöz IV Oct 4 „manchmal“ mehr oder weniger Stidwetter angestanden haben, jetzt aber beseitigt seien. Auch, daß es noch an manchen Stellen gar hart nach Brandgasen riecht, aber eine Lebensgefahr nicht mehr besteht. An anderen Stellen seien Abdämmungsarbeiten vorgenommen, die Gefahren beseitigt. Im Flöz 21 bestehe „wechselnde Schlagwettergefahr“. An anderen Punkten sei der Brand abgedämmt. Stidgase treten noch im Flöz 26 heraus; jedoch ist man auch hier mit der Abdämmung beschäftigt. Es wird also verblümt zugestanden, daß tatsächlich die Gefahren bestanden haben, jedoch jetzt beseitigt seien, nur soll eine Lebensgefahr nicht bestehen, auch nicht bestanden haben. Die Reputation der Verwaltung wie der Bergbehörde mußten geteilt werden — durch Arbeitswillige.

In der Verhandlung offenbarte der Direktor, daß nicht alle Betriebspunkte belegt wurden, worauf ebenfalls zu schließen ist, daß es in diesen Betriebspunkten nicht sauber aussieht. Dann soll in Zukunft, sobald Gefahren auftreten, der Ort stillgelegt werden. Dieses Protokoll wie auch die Versicherung der Direktion bietet keine Garantie, daß wirklich alle Gefahren beseitigt sind, wie die ganze Befahrung mit Arbeitswilligen von den Streikenden für ziemlich wertlos gehalten wurde. Denn waren und sind die Zustände tatsächlich so, wie sie von der Befahrungskommission geschildert werden, konnte man auch Streikende zur Befahrung mit heranziehen. Aber für die Streikenden bestand keine Möglichkeit, das Gegenteil zu beweisen. Die Ereignisse haben ihnen jedoch recht gegeben, daß die Betriebsunsicherheit bestanden hat. Das noch zu bestritten, wird wohl kein ehrlicher Mensch wagen und so hoffen die Streikenden, daß gerade diese Ereignisse sowohl die Verwaltung wie auch die Bergbehörde veranlassen, doch mehr als bisher für die Betriebssicherheit zu sorgen.

Daß keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen, gestand die Direktion für die Streikenden von Schacht V ohne weiteres zu, jedoch wollte sie ihnen die wegen Kontraktbruch verfallenen sechs Schichten einhalten. Als die Organisationsvertreter jedoch kategorisch darauf bestanden, daß dieses Geld nicht eingehalten werden dürfe, andernfalls der Streik fortgesetzt werde, gab Herr Plake schließlich nach, wenn am 5. Schluß gemacht würde. Er sagte dabei über den enormen Schaden, den die Grubebesitzer durch den Streik hätten, scheint aber gar nicht einzusehen, daß er allein Schuld an dem Streik ist und auch daran, daß er so lange gebauert hat. Hätte er von Anfang an mit den Organisationsvertretern verhandelt, würde sich leicht eine Verständigung gefunden haben und der Schaden blieb erspart. Eine teilweise Stilllegung der Grube war nach Lage der Verhältnisse nicht zu umgehen; das hätte sogleich zugestanden und überzählige Mannschaften nach anderen Schächten verlegt werden müssen. Um das zu erreichen, muß erst 14 Tage der ganze Betrieb eingestellt werden. Lieber Tausende bezupulvern, lieber einen immensen Schaden anrichten, als den Herrenstandpunkt opfern. Denn nichts anderes stand hier mehr auf dem Spiel.

Für die anderen Schächte wurde bezüglich Maßregelung und Kontraktbruch dasselbe zugestanden und außerdem, daß zum Nachfüllen der Förderung keine Wagen mehr genommen, die Selbstfabrik nach der Arbeitsordnung durchgeführt werden soll. Auch das hätte ohne Hörgern sofort zugestanden werden können. Doch das Prinzip, „Perz im Hause zu bleiben“, duldet nicht, an streikende oder organisierte Arbeiter Zugeständnisse zu machen. Erst wenn die Rot zum

Nachgeben zwingt, gibt man schließlich solche Selbstverständlichkeiten zu und sucht über den Schaden, den man selbst angerichtet hat. Wann wird das deutsche Linienebenerium zu seinem eigenen Vorteil den Werksabsolutismus aufgeben? Wenn die Arbeiter sich einig sind!

Lohnbewegung der Münchener Brauereiarbeiter.

Die Münchener Brauereiarbeiter stehen vor einem harten Lohnkampf. Sie haben in einer am 25. September abgehaltenen Versammlung den am 27. Dezember dieses Jahres ablaufenden Tarif gekündigt. Eine Kommission wurde beauftragt, einen neuen Tarif für alle in der Brauerei beschäftigten Arbeiter auszuarbeiten und den Münchener Brauereibesitzern vorzulegen, was bereits am 9. November geschah. In diesem neuen Tarif wurden hauptsächlich eine Arbeitszeitverlängerung und eine mehrwöchige Lohnhöhung gefordert; denn die jetzt bezahlten Löhne in den Münchener Brauereien, namentlich die der Brauereihilfsarbeiter (die Stunde 28 Pf.), werden überall als Hungerlöhne bezeichnet. Man rechnete sicher darauf, daß die Herren Besitzer bei der diesjährigen Tarifverneuerung ein den heutigen Verhältnissen entsprechendes Angebot an Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverlängerung machen werden. Aber weit gefehlt. Am 20. November ließen sie durch ihren Syndikus der Organisation eine mit allerlei Ausreden gespickte, nichtsagende Antwort übermitteln, die seitens der Arbeiter kurz und treffend beantwortet wurde. Am nicht die ganze Bewegung auf die lange Bank zu schieben, wurde seitens der Arbeiter am 28. November das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Am 2. Dezember hat das Gewerbegericht Termin zur Einigungsverhandlung angesetzt. Bei dem Ansehen des Münchener Gewerbegerichts war man allseits der Meinung, daß die Herren erscheinen und daß dann eine Einigung zustande kommen werde. Während die Arbeiterkommission sich pünktlich auf dem Gewerbegericht einfand, ließ es der Geldsack und das Prokurentum der Herren nicht zu, dort zu erscheinen. Dagegen schickte der scharfmacherisch angeknäuelte Syndikus noch im letzten Augenblick folgendes Schreiben:

„Auf die Einladung vom 28. November beehre ich mich, namens der Brauereien von München und Umgebung zu erwidern, daß der Ortsverband die Tätigkeit des verehrlichen Gewerbegerichts als Einigungsamt in den schwebenden Tarifverhandlungen nicht in Anspruch zu nehmen gedenkt. Zurzeit ist übrigens der Ortsverband noch mit den Vorarbeiten zur Revision des alten Tarifes beschäftigt und wäre daher eine Basis für Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen noch gar nicht geschaffen. Aus diesen Gründen bedauere ich, der Einladung für Mittwoch, den 2. Dezember, nicht entsprechen zu können. Mit vorzüglicher Hochachtung ergebentl. Jutzitzot Mayer, Syndikus des Ortsverbandes der Brauereien von München und Umgebung.“

Die Mitglieder der Tarifkommission der Arbeiter zogen sich hierauf zu einer längeren Beratung zurück, worauf Geschäftsleiter Jacob namens der vereinigten freien und christlichen Organisationen folgende Erklärung verlas:

„Die Kommission nimmt die Zuschrift des Ortsverbandes der Brauereien zur Kenntnis und bedauert, daß der Ortsverband die Tätigkeit des Gewerbegerichts ablehnt; sollte diese Ablehnung eine prinzipielle sein, so erkläre die Arbeiter darin in Ignorierung der durch Reichsgesetz geschaffenen Einigungsinstanz. Dieses Verhalten wäre um so sonderbarer, als gerade in diesem Jahre das Gewerbegericht München bei den Tarifabschlüssen von den mächtigsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden mit von beiden Seiten anerkanntem Erfolg in Anspruch genommen wurde. Unter diesen Umständen sieht sich die Tarifkommission veranlaßt, unter allen Bedingungen auf der Durchführung der Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht zu bestehen, um allein die tarifliche Gleichberechtigung der Parteien gewahrt bleibt. Sollte wider Erwarten der Ortsverband der Brauereien von München und Umgebung auf seinem Standpunkt verharren, so lehnt die Münchener Brauereiarbeiterschaft die daraus entstehende unabweisbare Schädigung des Münchener Wirtschaftslebens ab. Die Verantwortung trägt allein die Arbeitgebererschaft.“

Zur Begründung erklärte Geschäftsleiter Jacob noch folgendes: „Die letzten Tarifverhandlungen haben eine Zeit in Anspruch genommen, wie in keinem anderen Industriezweige. Die Verhandlungen haben zwei Jahre gedauert, bis sich die Herren zu einer Tarifvereinbarung entschließen konnten. Es hat den Anschein, als ob die Herren auch die diesmaligen Verhandlungen wieder in dieser Art zu führen gedenken. Im Namen der vereinigten Organisationen erkläre ich hier, daß wir unter keinen Umständen wieder die Sache auf die lange Bank schieben lassen, und daß wir auf unsere Erklärung eine Antwort bis zum 9. Dezember erwarten. Es wird den Herren bis dahin unter allen Umständen möglich sein, eine Antwort zu geben, nachdem feststeht, daß am nächsten Montag die Brauereibesitzer eine Sitzung abhalten, in der sie auch über diese Angelegenheit einen Beschluß fassen können. Wir behalten uns vor, am 9. oder 10. Dezember einen neuerlichen Antrag beim Gewerbegericht zu stellen.“

Gerichtsrat Dr. Breuner gab hierauf bekannt, daß er diese Erklärung nebst Begründung dem Syndikus des Ortsverbandes der Brauereien zugehen lassen werde. Die Sache müsse man vorerst für beruhigt erklären bis zum Ablauf des Termins oder bis zur Wiederaufnahme des bereits gestellten Antrages. Es stehe zu hoffen, daß man beim nächsten Termin in der Lage sein werde, hier in diesem Saale gemeinsam zu verhandeln.

Die Münchener Brauereibesitzer, die alle vielfache Willkür sind, und ihr Bier auf dem ganzen Erdenball an den Mann bringen, hätten alle Ursache, den Arbeitern gegenüber nicht so brutal und prozig aufzutreten. Wollen sie nun einen Kampf mit den Arbeitern heraufbeschwören, dann haben sie damit zu rechnen, daß die Sympathie der Öffentlichkeit, auch im Ausland, wo Münchener Bier verpackt wird, auf Seite der Arbeiter ist. Die Brauereibesitzer in der Schweiz und in Oesterreich und auch in anderen Ländern würden es freilich begrüßen, wenn es zu einem Konflikt kommen würde, wissen sie doch, daß sie dann von der üblen Konkurrenz befreit werden, da das Münchener Bier vielfach Zurückweisung finden würde. Der Export der Münchener Brauereien würde einen empfindlichen Rückschlag erfahren. Die Münchener Brauereibesitzer werden also gut tun, nicht mit ihren 6000 Arbeitern einen Konflikt anzuzetteln, sondern, gleich den übrigen Arbeitgebern, sich auf dem Gewerbegericht mit den Arbeitern einigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

56 Stunden in der Luft.

Bern, 7. Dezember. (W. Z. N.) Der Ballon „Cognac“, geführt von Viktor de Vouclair (schweizerischer Aeroflub) ist am Freitag in Bitterfeld (Provinz Sachsen) aufgestiegen und am Montag bei Casale (Provinz Vise) nach 66stündiger Fahrt gelandet. Er überflieg die österreicherischen Alpen und das Adriatische Meer von Pola nach Vezaro.

Sunahme der Choleraerkrankungen.

Petersburg, 7. Dezember. (W. Z. N.) Die Cholera nimmt wieder zu. In vergangener Woche sind täglich über 20 Erkrankten vorgekommen. Heute sind 33 Personen an Cholera erkrankt und 8 Personen gestorben. Der Krankenstand umfaßt 243 Personen.

Auch eine gesetzgeberische Körperschaft.

Teheran, 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Statuten für den neuen Staatsrat bestimmen, daß der Staatsrat sich aus 32 Mitgliedern und 18 Ratulisten zusammensetzt, die sämtlich vom Schah ernannt werden. Der jetzige Staatsrat bleibt zwei Jahre im Amt. Er hat sowohl gesetzgeberische Gewalt als auch die Kontrolle über die einzelnen Abteilungen der Verwaltung; Anleihen und Konzessionen bedürfen seiner Zustimmung. Sämtliche Entscheidungen des Staatsrats unterliegen der Genehmigung des Schahs.

Reichstag.

178. Sitzung, Montag, 7. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bülow, v. Bethmann-Hollweg, Sydow, v. Tirpitz, Krastke, v. Schoen, Dr. Riederding.

Zunächst werden die Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn betr. den gegenseitigen gewerblichen Schutz in erster und zweiter Beratung nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Jund (natlib.) genehmigt. Weiter steht auf der Tagesordnung die Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Mit Entschiedenheit fordert das Volk, daß die so oft vom Bundesratsstisch versprochene Sparsamkeit in die Tat umgesetzt werde. Sparsamkeit ist eigentlich nur beim Heeresetat zu verstehen, und zwar bei den einmaligen und bei den außerordentlichen Ausgaben. Unser Marineetat dagegen ist in 20 Jahren um das Achtfache gestiegen. Wenn wir neben dem größten Landheere die zweitgrößte Flotte halten wollen, so kann ich mich der Besorgnis nicht erwehren, daß das über die Kräfte unseres Volkes hinausgeht. Was bei der Marine die Unterseeboote, werden beim Landheer in Zukunft die Luftschiffe sein. Es würde sich empfehlen, falls unsere Luftschiffe denen anderer Nationen überlegen sind, die Konstruktion in besserer Weise geheim zu halten, als es bisher geschehen ist.

Unsere Völler zeigen für die Zeit vom April bis Oktober eine Mindereinnahme von 66 1/2 Millionen Mark. Den Zolltarif kann man dafür nicht verantwortlich machen. Der französische Zolltarif enthält viel höhere Sätze als der unsrige, und der französische Tarif ist unter der Mitwirkung aller Parteien zustande gekommen, auch der sozialdemokratischen. Bei uns will man aber auf das Schlagwort von der Brotverteuerung nicht verzichten. Freilich sind auch bei den Sozialdemokraten manche Leute anderer Ansicht; so hat Schippel im Jahre 1904 in einer Volksversammlung ausgeführt, es sei nicht wahr, daß die Preise infolge der Völler gestiegen sind. Nun, Herr Schippel haben die Sozialdemokraten von sich gewiesen, aber andere Autoritäten lassen sie vielleicht gelten, z. B. Salver. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daß nicht die Völler das Brot verteuern, sondern die Väder, geht deutlich aus dem Unterschiede des Brotpreises in städtischen Anstalten in Berlin und in Privatbäckereien hervor.

Sehr zu bedauern ist, daß der Staat keine Maßregeln gegen die Spekulanten trifft, welche nach dem Ausland billiger kaufen als nach dem Inland. Als Besitzer der Eisenbahnen und Kanäle hätte der Staat sehr wohl die Möglichkeit, Maßregeln hiergegen zu ergreifen. — Beim Postetat verschlingen die Ausgaben 113 Proz. der Einnahmen. Hier wird erheblich gespart werden müssen, und zugleich wird man an eine Vermehrung der Einnahmen beim Postetat denken müssen. — Sehr bedauerlich ist, daß wir über die Vertragsverhandlungen mit Amerika so lange gar nichts zu hören bekommen haben.

Im Balkan ist keine große Umwälzung zu verzeichnen, sondern nur die Fortsetzung des Zustandes, wie ihn der Berliner Vertrag geschaffen hatte. Die Oskupierung Bosniens und der Herzegowina schafft also eigentlich kein Novum. Um die englische Armeestärkung haben wir uns nicht zu kümmern. In bezug auf Marokko wird man das Ergebnis des Schiedsgerichts abwarten müssen. Herr Scheidemann hat seiner Kritik durch seine Maßlosigkeit die Spitze abgebrochen. Er hat sich auch bei der Kritik der Paraflopolitik in Widerspruch gesetzt mit Herrn Nebel. In der auswärtigen Politik steht Volk und Reichstag hinter der Regierung. Dies Vertrauen ist unsere Stärke. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Daß Herr v. Kanitz unsere Wirtschaftspolitik verteidigt, war selbstverständlich. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß diese agrarisch-schutzollnerische Politik auf unserer Seite sehr ungünstig einwirkt. (Sehr richtig! links.) Das Leitmotiv der Budgetkommission soll Sparsamkeit sein. Im Militäretat wird hierfür vor allem der Personaletat in Betracht kommen. (Sehr richtig! links.) Notwendig wäre ein Verbot für Lieferungen, der dafür sorgt, daß keine Monopole geschaffen werden. (Sehr richtig! links.) Im Widerspruch zu der nötigen Sparsamkeit stehen auch die enormen Staatsübererschreitungen. Vor allem müssen wir eine Aenderung der Stellung des Militärlabinetts verlangen. (Sehr richtig! links.) Das Amt darf nicht ein

Organ des persönlichen Regiments sein, sondern muß eingegliedert sein in den allgemeinen Organismus der Staatsbehörden. (Sehr richtig! links.)

Einer Aenderung des Flottengesetzes möchte ich jetzt nicht das Wort reden, sie andererseits aber nicht so schroff von der Hand weisen wie der Abg. Wassermann. Der Reichstag hat getan, was er konnte, um den Irrtum zu zerstreuen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes englandfeindlich sei. Die Invasionsbestrebungen des Lord Roberts sind einfach absurd. (Lebhafte Zustimmung.)

Nebner freut sich über das günstige Bild des Kolonial-etats! Anleihen für Straßen und Bahnen in den Kolonien sind als werbende Anlage zu betrachten. Für die Beschleunigung der Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika sind auch wir stets eingetreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Es ist anzuerkennen, daß der Kolonialdirektor diesmal mit keinem großen Anfordernungen kommt. In bezug auf die Diamantenfunde scheint der Herr Kolonialdirektor Heiterkeit, Jurist bei den Sozialdemokraten: Sie haben doch selbst für das koloniale Staatssekretariat gestimmt!, pardon der Herr Staatssekretär (Heiterkeit) etwas sehr optimistisch geurteilt zu haben. — Vor kriegerischen Verwicklungen mit den Ozeanländern ist zu warnen. — Das Bild des Volksetats ist ungünstiger als sonst. Wegen die vom Abg. Speck geforderte Differenzierung der Telefongebühren für Stadt und Land legen wir schon jetzt Verwahrung ein. — Beim Etat des Reichsamts des Innern wird es vermutlich zu Auseinandersetzungen über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes kommen, die vielfach nicht mit dem Geiste, in dem dies Gesetz gedacht war, im Einklang steht. (Sehr richtig! links.) Versuche gegen Sinn und Buchstaben des Gesetzes sind vielfach vorgekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was die polnischen Gewerkschaften betrifft, so sind die neulichen Ausführungen des Abgeordneten Gothein dahin ausgelegt worden, daß er dem Staatssekretär den Vorwurf wissenschaftlicher Täuschung unserer Freunde habe machen wollen. Im Einverständnis mit dem Abgeordneten Gothein und allen Mitgliedern der Fraktionsgemeinschaft muß ich aussprechen, daß das nicht der Fall war. (Vielfaches Hört! hört!) Der Abgeordnete Gothein war durch Krankheit an der Teilnahme der zweiten und dritten Lesung des Vereinsgesetzes verhindert und konnte nach den stenographischen Berichten annehmen, daß das Sprachverbot auf sämtliche öffentlichen Versammlungen der Arbeiterorganisationen nicht angewendet werden soll. Bei der großen Erregung und Unruhe der damaligen Verhandlungen ist die geforderte und abgegebene Erklärung nicht mit der erwünschten Klarheit zum Ausdruck gekommen. Nach der ganzen Vorgeschichte des Kompromisses stellt es fest, daß den polnischen Arbeiterorganisationen des Ruhrreviers der Gebrauch der fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht gestattet werden sollte, sofern dieser Gebrauch reichsfeindliche Bestrebungen fördern konnte. (Leb! Hört! hört! bei den Oppositionsparteien.) Allerdings geht es zu weit, wenn man den polnischen Gewerkschaften auch dann den Gebrauch der polnischen Sprache untersagen wollte, wenn es sich nur um soziale und gewerkschaftliche Fragen handelt. Erst die mißbräuchliche Anwendung der Sprachfreiheit (lautes Lachen bei den Polen und Sozialdemokraten) würde das Verbot rechtfertigen. Wir hoffen mit dem Staatssekretär zu einer erfreulichen Verständigung zu gelangen. (Lautes Lachen bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum. Rufe: Na also!)

Die Sorge über die Behandlung der Freisinnigen Partei durch die Reichsregierung möge Herr Scheidemann uns überlassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir werden über die Lehrensmäßigkeiten um in preussischen Abgeordnetenhaus Beschwerde führen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) An dieser Stelle will ich nur kurz den Hohn Schändung streifen und erklären, daß wir gegen den dabei zutage getretenen Eingriff in das Recht der freien Meinungsäußerung energig Protest erheben. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.) Herr Scheidemann hat die Wirkung seiner Ausführungen durch seine Unbedeutendungen stark beeinträchtigt. Seine Vornarrke gegen die Anpartheiligkeit der deutschen Richter weise ich zurück. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Ebenso wenig waren seine Vorwürfe gegen unsere auswärtige Politik frei von Unbedeutendungen. Gewiß sind von unseren Vertretern manche Ungeheuerlichkeiten be-

gangen. Daß die Vorgänge in Casablanca einem Schiedsgericht unterbreitet werden, erfüllt uns mit Befriedigung. (Zustimmung d. d. Freis.) Wir sollten überhaupt mit Frankreich zu einem ständigen Schiedsgerichtsvertrag kommen. Die Ausdehnungen in Prag sind in hohem Maße bedauerlich; die Berliner Studentenschaft hat gestern gegen diese Vorgänge Protest erhoben, aber in der Versammlung ist betont worden, daß darin keine Einmischung in die österreichischen inneren Verhältnisse liegen kann. Derartige würden wir uns verbitten, und ebenso hat Oesterreich Anspruch darauf, daß wir uns in seine Verhältnisse nicht einmischen, wohl aber müssen wir verlangen, daß unsere Regierung sich den Schutz der Reichsangehörigen angelegen sein läßt. Alles in allem: Das Bild der gegenwärtigen politischen Lage ist nicht glänzend und nicht erfreulich. Einmütigkeit ist notwendig, damit wir vorwärts kommen. Gelingen wird dies durch eine vollständige Reformpolitik, die den Forderungen der Gegenwart gerecht wird. (Lebhafte Bravo! bei den Freisinnigen.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Von allen Rednern aus dem Hause sind schmerzlichste Fragen der auswärtigen Politik besprochen. Ich will darüber das Nachsichende sagen:

Die politische Lage in Europa

Wurde in den letzten Monaten durch den Umsturz in der Türkei beherrscht, über den in der Presse und im Reichstage der Wirklichkeit nicht entsprechende Ansichten geäußert worden sind. Der Abgeordnete Scheidemann hat sich zu der Behauptung verhalten, daß diese Bewegung angeführt worden wäre von Verschworern und Sannotten, die angeblich bei ihrem früheren Aufenthalt in Deutschland von meiner Seite eine unfreundliche Behandlung erfahren hätten. Die Führer der Bewegung, die ohne Blutvergießen und unter Schonung widerstrebender Elemente erfolgte und der ganzen zivilisierten Welt Achtung und Sympathie einflößte, waren keine Sannotten, sondern meist tüchtige Offiziere, die ihre Ausbildung im deutschen Heere erhalten haben und eine aufrichtige Anhänglichkeit an Deutschland bewahrt haben und die keine Klotzfüßler, sondern Patrioten sind. Im Ausland sind bei dieser Gelegenheit wieder Unwahrheiten über unsere Politik verbreitet worden. Es hieß, wir wären Gegner dieser Bewegung wegen unserer guten Beziehungen zu dem alten Regiment. Das ist eine völlige Verkennung der diplomatischen Gewohnheiten und des ABC aller Politik. Wir haben uns nicht in die Verfassungsverhältnisse anderer Länder einzumischen, nicht den Schulmeister zu spielen. Unsere Vertreter, Herr v. Marischall und Herr v. Kiderlen-Wächter, haben bei jeder Gelegenheit Reformen eingeführt. Wir haben auch jetzt keinen anderen Grund, als die Türkei politisch und wirtschaftlich geklärt zu sehen. Wir haben niemals ein Stück osmanischen Bodens an uns gerissen oder beansprucht, nicht aus Moral oder aus Genügsamkeit, sondern weil unsere geographische Lage keine Veranlassung dazu gab. (Heiterkeit.) Wenn auch die Türkei durch die österreichische Annexion keinen tatsächlichen Verlust erlitten, durch die Klüftung des Sandkuchens sogar etwas gewonnen hat, wenn auch die Selbstständigkeitsklärung Bulgariens keinen wirklichen Gebietsverlust bedeutet, so sind doch durch diese Ereignisse lebhafteste Bewegungen auf der Balkanhalbinsel entstanden und der Diplomatie neue neue schwierige Aufgaben gestellt. Die deutsche Diplomatie war sich über zwei Dinge klar: Erstens haben wir, obwohl seit Bismarck unsere Interessen auf der Balkanhalbinsel erheblicher geworden sind, bei dem diplomatischen Spiel anderen Mächten die Vorhand zu lassen; zweitens war die Treue zu dem und verbündeten Oesterreich-Ungarn nicht einen Augenblick zweifelhaft. Von der Absicht der Annexion sind wir ungefähr gleichzeitig mit Italien und Rußland benachrichtigt worden. Ueber den Zeitpunkt und die Form der Annexion war uns vorher näheres nicht bekannt. (Hört! hört!) Ich nehme das dem Wiener Kabinett nicht übel, sondern bin ihm sogar dankbar dafür. Ueber solche Fragen kann und muß die Oesterreich-ungarische Monarchie selbständig entscheiden, während wir uns zu fragen haben, wie weit wir für das spezielle Interesse unseres Verbündeten eintreten. Wir haben nicht nur nichts getan, was den österreichischen Interessen hinderlich gewesen wäre, sondern wir haben diese Interessen nach Möglichkeit unterstützt. Ich betone das besonders gegenüber dem unbedeutenden und unbedeutenden Vorwurf des Abgeordneten Speck, daß wir erst sehr spät und erst nach längerer Verzögerung unseren Platz an der Seite Oesterreich-Ungarns eingenommen hätten. — Ich habe dem russischen Minister des Äußern Iswolski keinen Zweifel darüber

Kleines feuilleton.

„Was der für Knapen im Kopf hat!“ hört man oft von einem sagen, der für nicht ganz normal gehalten wird. Ebenso häufig hört man die Redensart: „Der hat einen Vogel!“ oder „er hat einen Käfer!“ Daß in diesen Ausdrücken ein Stück Kulturgeschichte verborgen liegt, ahnen dabei wohl die wenigsten. Und doch gehen die Anschauungen, denen solche und andere Redensarten erwachsen sind, bis in eine graue Vorzeit zurück, bis in jene Tage, wo dem Menschen alles, was ihm in der Natur gegenübertrat, wo ihm Bach und Baum, Sonne und Ungewitter besetzte Wesen waren gleich ihm selbst, nur in anderer Gestalt. Die Rätsel in seinem eigenen Dasein suchte der primitive Mensch zu lösen, indem er von ähnlichen Vorgängen in der ihn umgebenden Natur auf sich selbst schloß: er sah im Walde die Bäume taßl werden und faulen, wenn Käfer und Larven sich darin eingenistet, oder Pflanzen welken und sterben, wenn Würmer ihre Wurzeln abgefressen haben. Da drängte sich ihm der Schluß auf, daß auch bei ihm Krankheiten und Sickness und Tod durch derlei kleine Schwarzkörper verursacht würden. Daher spricht man heute noch von „Knapen und Rotten im Kopfe“; die Miteffer heißen in verschiedenen Gegenden Deutschlands „Zehwürmer“; bei Aufstößen und Magenbeschwerden sagt man, „er hat eine Kröte im Bauch“; von einem, der Blutvergiftung hat, meint das Volk, „er habe den Fingerring, den Reimwurm“. Allgemein bekannt ist auch der ursprünglich ganz wörtlich verstandene Ausdruck: „ein Wurm nagt jemandem am Herzen“. Sollte die Krankheit betriebs werden, so wubten die Stöckfrüede (man beachte, daß es meistens Tiere sind, vor denen wir heute noch einen unwillkürlichen und unerklärlichen Abscheu haben!) aus dem Körper des Kranken verbannt werden. Daher die große Rolle, die sie bei „Beschreibungen“ und dergleichen spielen. So lautet eine Beschwörungsformel gegen den „Gaarwurm“, die Cicht (aus den Dörfern am Rüggeisse):

„Wirnbau, ich klage dir,
Drei Würmer, die stechen mir,
Der eine ist grau,
Der andere ist blau,
Der dritte ist rot,
Ich wollte wünschen, sie wären alle drei tot.“

Zwei sehr häufig gebrauchte Ausdrücke, „einem die Würmer aus der Nase ziehen“ und „einem die Rüden (Näsen) austreiben“, sind auch nur erklärlich, wenn wir auf diesen uralten medizinischen Aberglauben zurückgreifen.

Theater.

Kammerspiele: „Niemand weiß es“, Schauspiel von Theodor Wolff. Die etwa vor einem Duzend Jahren geschriebene und damals aufgeführte dramatische Arbeit verdankt ihre Aufnahme in die Kammerspiele offenbar der lodenden Gelegenheit, die sie zur Entfaltung neuartiger japanisch illustrierter Bühnenbilder bietet. Vielleicht hat der Verfasser die Worte seines Stückes auch nur als Vorwand für solche Inszenierungskünste gemeint. Aber dann hätte er nicht drei Akte damit füllen dürfen. So lange hält die Schauzeit, wenn sich kein Reden und kein Handeln

der Personen kaum irgend etwas denken läßt, nicht vor — auch dann nicht, wenn eine Virtuofin des zierlichen Japanerhills, wie Gertrud Eysoldt die Hauptrolle hat. Mit jedem Auszug läßt die auf bloßen Fuß und Kling-Klang eingestellte, puppenhafte Art des Ganzen das Interesse weiter abflauen und der Schluß wirkt geradezu als Däpierung. Wie glänzend steht von der ziel- und gestaltlosen Verschommenheit dieser japanischen Nachahmung das erste, neulich an dieser selben Stätte aufgeführte japanische Original Terakoyas Tragödie „Die Dorf-schule“ ab!

Der Vorhang hebt sich über eine entzückende, von Drück entworfene japanische Frühlinglandschaft, ein Meer von weißen Blüten. Ein Spielmann trägt dem finsten über seine Schritte gebengten Maser Jori eine alte Liebesmär vor, die die Melancholie des Künstlers noch erhöht. Er denkt der schönen Tajo, seiner Freundin, die schwach und zaghaft, der Werbung eines reichen Fürsten folgen will. Sie kommt, Abschied von ihm zu nehmen, und zwischendrin erscheinen, anmutig die letzte Farbenpracht erhöhend, singend und zum Frühlingfest gesämmt, junge Mädchen. Das Wage im Gespräch der Liebenden, das Sächliche, Gezierte befremdet; indessen mag die Freude am malerischen Eindruck, gesteigert durch das gar getönte Spiel, die feierliche helle Stimme der Eysoldt, die Hemmungen hier noch überwiegen. Jedoch aber nicht für lange. Jori, der seinen Schmerz vergeblich in mildem Leben zu betäuben versucht hat, bringt in den Park des Fürsten und überrascht die Erschute, wie sie in dem Anblick eines seiner Bilder verloren, von ihm träumt. Er möchte sie entföhren, aber er erachtet den Gedanken, da der gütige Fürst ihn gastlich aufnimmt, nicht für ritterlich. Jedoch kommt Rat. Der Gatte schloßt Verdacht, zeigt Jori drohend sein blankes Schwert und verschwindet dann, das Mädchen sich selber überlassend, in höchst diskreter Weise. Jetzt fällt der Maser sich von jeder Pflicht entbunden und hält die große Rede seiner Leidenschaft, der Tajo nicht mehr widersteht. Der Fürst ertortst sie — und wird von dem Ribalen im Jwellsampf erschlagen. Die Gattin lauert, taub gegen jede Bitte des Geliebten, am Leichnam nieder. Jori harret bei ihr aus und als die Diener den Toten finden, freut er sich, daß Joller und Tod ihn nun von seiner Liebesleid erlösen werden. Warum er ihn erschlug? — Niemand weiß es. Die Sache stimmt zwar nicht, denn jeder kann bei der gegebenen Situation den Grund der Tat mit Händen greifen, aber die Parole klingt und weckt den Schein von irgend etwas Tiefem! Beregi gab den ritterlichen Liebhaber, Schildkraut in imposanter Haltung den Fürsten, Schweigend nahm das Publikum die Szenen auf.

Pariser Theater. Aus Paris wird uns geschrieben: Am Sonnabend hat das Schauspiel „Le Foyer“ (Der Fied) von Octave Mirbeau und Ratanon, das schon vor seiner Auf-führung so viel Lärm gemacht und ein Vorspiel im Gerichts-saal erlebt hat, bei der Generalprobe in der Comedie Francaise trotz einer glänzenden Darstellung eine laue Aufnahme gefunden. Der Titel des Stückes hat eine doppelte Bedeutung: Der „häusliche Fied“ ist eine unter aristokratischer Patronage stehende Kinderkrippen-anstalt, die mit allem Deuschertum und mit allen Unfähigkeiten solcher

sterikalen Institute behaftet ist, aber auch eine ironische Charakteristik eines aristokratischen Eheverhältnisses, in dem man hervorbrechende Unsauberkeiten mit unlauberen Kompromissen zudekt. Die Autoren arbeiten mit recht groben Chuzgen, aber nur wenige Szenen zeigen dramatische Kraft, und die geistreichen Worte sind zu dünn gelat, um eine Lebendigkeit der Handlung vorzutauschen. Der Amoralismus des Stückes — vielleicht seine angenehmste Eigenschaft — wurde von dem raffinierten Publikum der Generalprobe natürlich leichter ertragen, als ihm dies bei dem gutgesinnten, eher auf Bourgeoisgeedchten Bourgeoisleuten der Stammbesucher beschieden sein wird. O. P.

Humor und Satire.

Steuermoral.

Die Wahrheit liegt im Wein. Was soll das Klagen!
Das liebe Vaterland wird ruhig sein,
Wenn's niemand wagt, die Wahrheit laut zu sagen —
Darum besteuern wir den Wein.
Das Rauchen ist das größte Laster heute.
Was braucht zu rauchen denn das Lumpenpaß?
Für blauen Dampf, da sorgen bessere Leute —
Darum besteuert den Tabak!
Elektrisch kann man reden schon und hören.
's ist höchste Zeit, daß man da Wandel schafft.
Ein starkes Volk, das könnte sich empören —
Darum besteuern wir die Kraft.
Mehr Licht! sprach Goethe, als er sterben wollte.
Ja aber weis: Minister bleib ich nicht,
Wenn's plötzlich hier in Deutschland werden sollte —
Darum besteuern wir das Licht.
Nur mit den Reichen, tritt' ich, habi Erbarmen!
Sie haben stets den Fiskus noch gepflanzt.
Drum willst du Geld, so hol' es bei den Armen,
Doch schone jederzeit — das Geld! Edgar Steiger.

— Im Kriegerverein. „Alles, was in diesen Wochen das deutsche Gemüt bezüglich der auswärtigen Politik so trüb gemimmt hat, lassen wir zusammen in den Ruf: Seine Majestät Wilhelm II. Hurra, Hurra, Hurra!“ („Simplificismus.“)

Notizen.

— Eduard Rindfleisch, ein hervorragender Schüler Virchows, der dessen Lehre von der Zellpathologie erfolgreich ausbauen half, ist in Würzburg gestorben. Rindfleisch (geboren 1836 in Röhren) arbeitete 1865—1868 unter Virchow in dem damals neu errichteten pathologischen Institut in der Berliner Charité, machte dann eine kurze akademische Karriere und war von 1874—1908 Professor der Pathologie (Anatomielehre) in Würzburg. Als Lehrer bedeutender denn als Forscher, hat er doch durch viele exakte Beobachtungen die Wissenschaft bereichert. Besonders hat er den anstehenden Charakter der Tuberkulose lange vor Koch erkannt und die Bedeutung der Pilze für die Entstehung der Krankheiten nachgewiesen.

Deutscher Sparkassenverband.

Am Sonnabend, den 5. Dezember, wurde im Festsaal des Charlottenburger Rathhauses die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes abgehalten.

In einem zweiten Vortrage sprach der Beigeordnete Dr. A. K. e. r. m. a. n. n. aus Düsseldorf über die Beteiligung der Sparkassen bei Reichs- und Staatsanleihen.

Bei zehn Grad Kälte — ins Spritzenhaus.

Eine erbarmungslose Behandlung eines Proletariats, so berichtet man uns unterm 7. Dezember aus Halle a. S., beschäftigte heute die zweite Zivilkammer des hiesigen Landgerichts.

Kaufmannsgerichtswahl in Königsberg.

Bei der am Sonntag vollzogenen Kaufmannsgerichtswahl in Königsberg wurden für die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands 61 Stimmen (gegen 47 bei der letzten Wahl) abgegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Schmidts „Irthümliche Stunde“.

Als der freikonservative Abgeordnete Schmidt-Altenburg bei Beratung der Gewerbenovelle im Reichstoge die Unmöglichkeit einer Verfüzung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen beweisen wollte,

produzierte er als neueste nationalökonomische Weisheit eine Theorie, die ein englischer Oekonom ihm schon vor 72 Jahren vor-

Wie Senior einst behauptet hatte, daß an „der letzten Arbeitsstunde“ der Reingewinn der Fabrikanten, die Existenz der englischen Baumwollindustrie und Englands Weltmachtspolitik hängen,

Auf diese unumstößlichen Tatsachen wurde denn auch bei der letzten Arbeiterinnenschuttsdebatte im Reichstoge von unseren sozialdemokratischen Rednern nachdrücklich und mit Erfolg hingewiesen,

Wir wünschten, alle diejenigen, welche das Interesse des Unternehmers so hoch über das der abgeradenen Arbeiterin stellten,

Je nach der Entfernung der Wohnung von der Fabrik, nach dem Beginn der Fabrikarbeit und je nach dem Arbeitsbeginn des Mannes steht die Frau um 3/4, 4/4 oder 5 Uhr auf.

Ein Arbeitsstag von 15-20 Stunden in ununterbrochener Hitze und übermenschlicher Anspannung aller Kräfte, und das durch Monate, Jahre, und Jahrzehnte — so spielt sich das Leben einer Industriearbeiterin, die Frau und Mutter ist, hienalends ab.

Verammlungen.

Eine Protestversammlung hatte der Deutsche Transportarbeiterverband am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Die Aufscher, Mitfahrer und Stalleute aus sämtlichen gewerblichen Fuhrbetrieben des Bezirks und Umgegend waren eingeladen.

in keiner Weise den Wünschen der Arbeiter. Diese Wünsche wurden in der folgenden Resolution niedergelegt, die von der Versammlung angenommen wurde.

In der Diskussion wurden zahlreiche Stimmen laut, die die bestehenden Verhältnisse in bezug auf die Arbeitszeit als dringend verbesserungsbedürftig bezeichneten.

Die angenommene Resolution lautet:

„Die im Gewerkschaftshause versammelten Aufscher, Mitfahrer und Stalleute aus den gewerblichen Fuhrbetrieben nehmen mit Bewunderung Kenntnis von den Vorschlägen des Reichstags für Arbeitsstatistik zwecks gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit in den Fuhrbetrieben und erklären: Angesichts der durch die amtlichen Erhebungen festgestellten Verhältnisse in bezug auf die ungeheuer lange Arbeitszeit und der damit verbundenen Gefahr für Leben und Gesundheit der in diesen Betrieben beschäftigten Personen, sprechen die Versammelten über ihr tiefstes Bedauern gegenüber diesen Vorschlägen aus, weil dieselben in keiner Weise die Erwartungen der für diese Branche in Frage kommenden beschäftigten Personen entsprechen.“

Dehalb protestierten sie einmütig gegen diese Vorschläge und fordern von der Reichsregierung sowie auch vom Deutschen Reichstoge, analog den Beschlüssen des letzten deutschen Transportarbeiterkongresses vom Jahre 1904, folgende gesetzliche Schutzbestimmungen für die Arbeiter in den gewerblichen Fuhrbetrieben:

- 1. Die Einführung eines zehnstündigen Arbeitstages für erwachsene Personen.
2. Achtstündige Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren und für Führer von Motor- und Kraftwagen.
3. Unterbrechung der Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen von täglich drei Stunden zur Erhaltung der Kräfte.
4. Die Zeit für Wartung und Pflege der Pferde und Handhabung der Wagen und Geschirre ist als Arbeitszeit zu betrachten.
5. Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für alle Betriebe mit Ausnahme derjenigen, welche ihrer Natur nach und im öffentlichen Interesse Sonntagsarbeit bedürfen.
6. Verbot des Koff- und Logiswesens und Verbot der Lohnzahlung an Sonntagen.
7. Den Arbeitgebern ist durch entsprechende Vorschriften die Pflicht aufzuerlegen, für geeignete heizbare Aufenthaltsräume und Umkleekabinen, sowie auch geeignete Waschanstalten Sorge zu tragen.
8. Sämtliche Fuhrwerke zum Transport von Lasten und Personen sind mit festen Fußstapfen und sicher wirkenden Bremsvorrichtungen zu versehen.
9. Einstellung von Inspektoren zur Überwachung der Betriebe.

Die Versammelten beauftragen den Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes, diese Resolution den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches zu übermitteln und weitere geeignete Maßnahmen zur Durchführung der darin enthaltenen Forderungen auf gesetzlichem Wege ergreifen zu wollen.

Von der Leitung des Postlager-Kaufhauses wird mitgeteilt, daß die in dem Versammlungsbericht des Deutschen Transportarbeiterverbandes enthaltenen Beschuldigungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Eberkühnde hat Eindrücke Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 1000 Mark und 1000 Mark wertmäßig abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr

H. R. R. B. Im einzelnen können wir die Zeitpapiere nicht auf-führen, in der Regel aber Staatsanleihen und Kommunalanleihen. — G. R. 1000. Lassen Sie sich ein Schreibezeugnis von der Buch-

JUGENDSCHRIFTEN!

Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 5. Dezember durch den Bildungsausschuß empfohlenen Jugendschriften sind in unserer Sortiments-Buchhandlung zu haben. Verzeichnisse stehen gratis zur Verfügung.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Öeffentliche politische Versammlungen.

Öeffentliche Protest-Versammlungen

Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr
in folgenden Lokalen:

Artushof, Verleberger Straße 26.

Ballschmieder, Badstraße 16.

Germania-Prachtsäle (Hohenzollern-Saal)
Chausseestraße 110.

Boeker, Weberstraße 17.

Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15.

Mabels Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung:

Die von der preussischen Regierung geplante Gesellschafts-
steuer, ein Attentat auf die arbeitende Bevölkerung!

Diskussion.

Referenten: Eugen Brückner. C. Glebel. Landtags-Abgeordneter Hirsch. Adolf Ritter.
M. Steinschneider. H. Stühmer. E. Wurm.

Frauen und Männer! Erscheint in Massen!!!

Protestiert gegen den neuesten Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung!

Der Einberufer: Adolf Ritter, Engel-Ufer 15.

198/13*

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon
jetzt Gelegenheit zum besonders
billigen Weihnachts-Einkauf
und verabfolgen trotz billigster
Preise bei Einkäufen noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet!

Mama! Ich gehe aufs Eis!

Schnell noch eine Tasse Bouillon
aber nur von Bouillon-Würfel



1 Würfel für 5 Pfennig
Ueberall käuflich.

Ursachen der Raddod-Katastrophe.

Die Arbeiterpresse des Ruhrreviers richtete kürzlich an die Staatsbehörden die Aufforderung, festzustellen, ob auf der Grube Raddod an dem Unglückstage in der Grube noch lagerndes Gelatine...

Sodielbst bekannt, ist auf diese Anfragen bisher von noch keiner Seite Antwort gegeben worden. Merkwürdigerweise hat auch die berichtigungsfähige Bergwerksverwaltung noch keine Zeit gefunden...

Der Staatsanwalt dürfte auch zu empfehlen sein, die folgenden Darlegungen, die „Der österreichische Volkswirt“ veröffentlicht, nicht nur ad notam zu nehmen, sondern auch zu verfolgen...

Von sachmännischer Seite wird uns geschrieben: Die Ursachen des furchtbaren Grubenunglücks in Hamm in Westfalen sind noch nicht völlig aufgeklärt. Es ist aber leider kaum zu zweifeln, daß große Fahrlässigkeiten, wenn sie das Unglück schon nicht verurteilten, so doch sehr dazu beigetragen haben...

Diese Angaben beden sich mit den Klagen der Arbeiter, die man als objektiv nicht gelten lassen will. Solche positiven Angaben müssen aber unbedingt gewürdigt werden...

Gerichts-Zeitung.

Der Prozeß gegen Dr. phil. Niesel,

der die 3. Strafkammer des Landgerichts I nun schon eine Woche hindurch beschäftigt, hat plötzlich vertagt werden müssen. Der Weisiger Landgerichtsrat Busch war am Sonnabend nach Schluß der Sitzung auf dem Heimwege von einem Schlaganfall betroffen...

Verurteilungen bei der Textilberufsgenossenschaft.

Die fortgesetzten Verurteilungen des Kassierer Hermann Spieß von der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft beschäftigten gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte genoh bei der Norddeutschen Textilberufsgenossenschaft als fleißiger und tüchtiger Arbeiter das volle Vertrauen...

Das gleiche Recht für alle.

Der Besitzer Sudan aus Drebnau im Kreise Fischhausen war im September d. J. in der Wohnung des Landarbeiters H. während dessen Abwesenheit mit der Frau desselben wegen zu leistender Arbeitstage in Streit geraten. Als später der Arbeiter H. dem Besitzer auf dem Felde begegnete, fragte er diesen, was er von seiner Frau haben wollte...

Der in so roher Weise gemißhandelte Arbeiter hatte eine erhebliche Verletzung erlitten und blutete sehr stark. In seiner Erregung sandte er und seine hinzugekommene Ehefrau dem Besitzer, der sich in Sicherheit gebracht hatte, Schimpfworte nach. Dann stellte der Arbeiter bei der Staatsanwaltschaft gegen den Besitzer Strafantrag wegen schwerer Körperverletzung...

Und nun geschah, was oft geschieht, wenn Landarbeiter gegen Gutsbesitzer wegen Gewalttätigkeiten klagen. Der Spieß wurde umgekehrt. Mitte November d. J. erhielt der mißhandelte Arbeiter von der Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl über 6 M., weil er sich am 7. September zu Drebnau bei einem Angriff auf den Besitzer S. einer Forke, eines gefährlichen Werkzeuges bedient haben sollte...

Gegen den Strafbefehl der Staatsanwaltschaft hatte der Arbeiter jedoch Einspruch erhoben. Am 4. Dezember beschäftigte sich das Schöffengericht zu Königsberg mit dieser Sache. Durch die Zeugenernehmung kam es zu der Ueberzeugung, daß ein Angriff des Arbeiters auf den Besitzer nicht vorlag. Der Arbeiter wurde freigesprochen. Der Besitzer aber, der den Arbeiter, ohne sich in Rotmehrf befunden zu haben, mit einem gefährlichen Werkzeug wirklich schwer gemißhandelt hatte, geht nun straffrei aus und hat noch die Gemüthung, der Arbeiterfamilie mehrere Reifen zum Geschenk und 18 M. Strafe — für eine arme Landarbeiterfamilie ein erheblicher Betrag — bejorgt zu haben...

Eingegangene Druckschriften.

- Die Ueberbevölkerung Deutschlands und ihre Bekämpfung. Von Dr. F. Goldstein. 250 M. Verlag: C. Reinhardt in München.
Deutschland und England. Ein offenes Wort an den Kaiser. Von Regierungsrat R. Marlin. 95 Seiten. Verlag: A. Sponholz in Hannover.
Hyperion. Heft 5. Zweimonatsschrift. Herausgegeben von J. Meißner und E. Sternheim. Verlag: J. v. Weber in München.
Anleitung zur Selbstfotografie photographischer Apparate. Von R. Brückner. 1. Heft. Verlag: A. Michaels in Leipzig.
Der Schulerfranz. Von R. Valtin. Geh. 3,50 Mark. Verlag: S. Klinken in Dresden und Leipzig.
Ueber allen Göttern ist Ruh. Von R. Wines. Geh. 2 Mark, geb. 3 Mark. Verlag: J. Dümmler, Berlin.
Das deutsche Jahr im Bilde. Von G. Hirth. Verlag der „Jugend“ in München.
Front Waldfrieds Traum. Von E. Ritter v. Dombrowski. Geh. 2 M. München 1908. J. F. Ledwands Verlag.
Die Geschichte des deutschen Idealismus von Dr. M. Kronenberg. 1. Band. 7 M. Verlag: C. F. Neumann in München.
Die lexikale Not. Von Dr. J. Wittels. 5,25 Mark. Verlag: C. W. Stern, Wien I.
Neue kleine Bilder aus dem Leben. Von Dr. Jac. Adolf. Geh. 1,50 Mark, geb. 2,50 Mark. Verlag: C. Neumann, Wien I.
Die sozialistische Religion. Von Carl Diaz. Verlag von Gebr. Harz, Altona-Elten. Broch. 15 Pfg.
Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Vermaltung. Herausgegeben von Dr. R. Rehdiger. 3. Band. 1. Hälfte. 634 Seiten. Verlag: C. Neumann, Bern.
Verhandlungen des Kolonialwissenschaftlichen Komitees und der Baumwollkommission. Nr. 2. 66 Seiten. Selbstverlag Berlin, Unter den Linden 43.
G. Kreibitz. Sommerhof. Märchen. Preis 6 Mark. Verlag von Hermann u. Friedrich Schaffstein, Köln am Rhein.
Waldemar Soule's u. Hans Pahn. Mimes, die Abenteuer einer Tänzerin. Ein phantastischer Roman. Preis 3 Mark. Verlag von Carl Friedrich Strauß, München.
Der Lehrenmangel nach seinen Ursachen und Wirkungen. Von J. Leub. 32 Seiten. Verlag: W. u. E. Löwenthal, Berlin.
Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert. Von E. v. Meier. Band 1 und 2. Beide Bände geb. 30,00 Mark. — Der Minister v. Stein, die französische Revolution und der preussische Adel. Von E. v. Meier. 1,50 Mark. Verlag: Duncker u. Humblot in Leipzig.
Schule der Elektrizität. Gemeinverständliche Darstellung der Elektricität. Verlag von Dr. Werner Kilmhardt, Leipzig. Gebunden 8 Mark, gebunden 10 Mark.
Müller, Dr. Ernst und Dr. Gg. Schmidt: Das Verdinggesetz vom 19. April 1903 nebst den Ausführungsbestimmungen. München, J. Schöner Verlag (Alfred Schöner). Gebunden in Ganzleinen 7 Mark.
Der Kirchenzwang in Elb-Lothringen. Von einem elbischen Freiheiten. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurt Verlag. Preis 49 Pfg.
Und der Kaiser sprach... Zur deutschen Kritik. Von J. Lütz. Leipzig. Verlag von Otto Wigand.
Kleidung — Schönheit — Gesundheit. Unter Mitwirkung von Dr. med. Fr. Schönerberger und W. Siegel. Herausgegeben von Dr. med. Riefewetter. Preis 2 Mark. Verlag: Lebenskunst-Verlag, Berlin SW. 11.
Das deutsche Volk. Heft 1. Verlag von Hermann Hülsen in Berlin W. 9.
Blatt II der Raahaltenen. Aus dem Staate des Ordens der Barmherzigen. Von Dr. J. Bernsdorf. 1 Mark. Selbstverlag in Jena.
Leonid Andrejew. Judas Igarot. Gebunden 2 Mark, gebunden 3 Mark. Verlag: J. Labodunilow Berlin, Ullandstr. 62.
Die Konditorei in jedem Haushalt. 20 Pfg. Verlag: P. Zimmermann, Chemnitz i. S.
Nichtings große Karte der Provinz Brandenburg. 2,25 Mark. Selbstverlag Berlin, Kleinereisenstraße 26.
J. Wahn, der Gewaltige. Schauspiel. Von J. Lutz. Verlag: A. Hoffmann in Leipzig.
Dreitausend Kunstblätter der Münchener Jugend. 3 Mark. Verlag: „Jugend“ in München.
Josefa Men. Den König bricht der Schuh. Ein Märchenpiel. 1,50 Mark, geb. 2,50 Mark. Verlag: Haupt u. Hamann, Leipzig.
Deutsche Hundschau für Geographie und Statistik. Heft 3. Herausgegeben von Professor Dr. Fr. Umlauf. U. Paritken's Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1 Mark 15 Pfennig.
Handbuch für Leiter und Leiterinnen von Frauenvereinen. Von Dr. E. Reutenborff. Kartoniert 2,50 Mark. — Werkbuch der Frauenbewegung. Herausgegeben vom Bundes deutscher Frauenvereine. Gebunden 2,40 Mark. — Didaktische Scherchen. Von Professor Dr. G. Gaudy. Gebunden 2 Mark, gebunden 2,50 Mark. — Didaktische Präludien. Von demselben. Gebunden 3,50 Mark, gebunden 4,40 Mark. — Naturgeschichtliche Volksromane. Herausgegeben von Dr. O. Dähnhardt. Mit Bildern von O. Schindler. In 2 Bänden. Gebunden je 2,40 Mark. Verlag von V. G. Teubner in Leipzig.

Theater.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.
Königliches Opernhaus.
Königliches Schauspielhaus.
Deutsches Revolutions- u. Märchen-Theater.
Neues Schauspielhaus.
Römische Oper.
Berliner.
Hessens.
Kleines.
Reichens.
Schiller O.
Friedrich-Wilhelmstädt.
Theater des Westens.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater).
Schiller-Theater Charlottenburg.
Grand-Hotel-Festsäle.
Hamburger Sänger.
Kleines Theater.
Berliner Theater.
Moral.
Residenz-Theater.
Kommere Dich um Amelle.
Hebbel-Theater.

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 8. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: Das großartige neue Programm und um 9 1/2 Uhr: Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.
Immer noch die Sensation des Tages als größtes und glänzendstes Pracht-Maneschaustück.
Urania.
Dernhard Rose Theater.
Berliner Es-Palast.
Gastspiel-Theater.
Zaza.
Lustspielhaus.
Berliner Ulk-Trio.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
 Dienstag, den 8. Dezember,
 abends präg. 7 1/2 Uhr:
 Gala-Vorstellung. Um ca. 9 Uhr:
Zizi Bamboula!
 Das vielumrittene Natur-
 wunder aus Paris.
 Debüt! **John Higgins.**
 Neu! **Inas-Troppe.**
 Feiner: **Frl. Maria Kobitz,** Schul-
 reitlerin. **Gigerclovn W. Daniels,**
 der unforschte. **Herr Ernst Schu-**
mann, Meisterbestreuer.
 Um 9 1/2 ca.:
Barbarosa!!
 Große Origin. Kunst-Pantomime
 des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Sonnwendhof.
 Mittwoch: Die Ehre.
 Donnerstag: Der Sonnwendhof.
 Freitag: Geflohen.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kägen-
 mädchen und Wäberleinmädchen.
 Abends 8 Uhr: Die Ehre.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Ehre.
 Abends: Kinder des Kapitan Grant.

Metropol-Theater
 Täglich 8 Uhr
Donnerwetter - fadello!
 Revue in 10 Bildern v. Jul. Fround.
 Musik von Paul Lincke. Regie
 Direktor Schultz.
 Sonntag, 13. Dezember, nachm. 3 Uhr:
Durchlaucht Radieschen.

Bürgerliches Schauspielhaus
 Kottbuser-Platz 7-9.
 Im Kottbuser.
Ein Rabenwäber.
 Schwan in 3 Akte v. F. Schiller u. F. Schlegel.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Mittwoch: Die Herren Schwan.
 Freitag: Die Hölle von Toledo.

Rixdorfer Theater
 Bergstraße 147.
 Mittwoch, den 9. Dezember 1908:
 5. Gastspiel des Neuen Berliner
 Operetten-Ensembles:
Die Dollarprinzessin.
 Operette in drei Akten von Leo Fall.
 Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
 Das Tagesgespräch von Berlin sind:
Mizi Gizi
 im Terzalon der Dapag.
 10 Uhr: **Brothers Schenk**
 10 1/2 Uhr: **Siegw. Gentes.**
 Mittwoch, den 9. Dezember, nachm.
 8 1/2 Uhr: **Frau Holle,** Weib-
 nachtsindermärchen. Kleine Preise!

WINTERGARTEN
Oktober-Musik

Sonorita Florida, span. Tänzerin.
 Camille-Trio, kom. Reck-
 turner. Kara, Meisterjongl.
 Mile. Jena mit ihren dress.
 Bären. Kaufmanns 12 lady's
 cycle troupe. 3 Gebr. Wille,
 Hand- u. Kopf-Equilibrist.
 Dr. Angelos lebend. Porsell.
 Dorothy Keaton, amer. Banjo-
 Virtuosa. Paul Conchas,
 Arme-Herkules. Madeline
 de Wood, französ. Singsängerin.
 Der Biograph. ■ ■ ■ ■ ■

Königstadt-Kasino.
 Goltzstr. 72.
 Gänzlich neues Programm!!!
Franz Sobanski.
 Los Mandros, Gebr. Weiß, E. Charon,
 Grete Reimann, Mstr. Rex, Matr. Giron.
Leute von heute.
 Berl. Lebensbild mit Bezug in 1 Akt.
 Mittwoch, Sonnab. Sonntag, n. d. S.: Tanz.
 16. Dezemb. beg. d. Weihnachtsvorstellung.

Sanssouci, Kottbuser
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Deutsches Theater. Wegen
 großer Vereins-Festlichkeit
 geschlossen.
 Montag, Donnerstag,
 Sonntag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
 und Tanztruppen.
 Beg. Sonntag, 5. u. Sonntag 8 Uhr.
 Donnerstag:
Gr. Elite - Soiree.

Casino-Theater
 Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 8 Uhr: **Corradini** u. m. u. m.
 Das welt-
 berühmte
Bergère-Quartett.
 9 1/2 Uhr: **Jubelnder Lacherspiel**
„Die Dianabäder“.
 Sonntag 4 Uhr: **Die fidele Riste.**

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher usw.**
 Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.
 Melchiorstraße 28.
**Donnerstag, 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:
 Mitgliederversammlung.**
 Tagesordnung:
 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Köln.
 2. Statutenberatung. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Kollegen, die länger als vier Wochen schuldig sind, also die 45. Woche nicht bezahlt haben,
 und denen die Beiträge nicht gestundet sind, haben zu dieser Versammlung keinen Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.
Achtung!
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
 und Sozialabteilungen unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
 Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags.
 Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal rosa und muß
 mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

**Walhalla-
 Variete-Theater**
 Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
 Anfang 8 Uhr:
**Das neue großartige
 Dezember-Spezialitäten-
 Programm.**
 Im Tunnel Regimentskapellen etc.
 Theaterdelikatessen und freien Eintritt!

Passage-Theater.
**Jeden Abend
 8 Uhr:**
**Bozena
 Bradsky**
 und das großartige
 Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.
 Ohne Extra-Entree!
 Lebend! Das Lebend!
Bärenweib.
 Neapolitanische Briganten
 Panophon-Vorträge:
**Alexander Girardi,
 Otto Reutter, Caruso etc.**
 Alles ohne Extra-Entree!
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom
 Bahnhof Görlitz.
 Täglich 8 Uhr:
**Der einzig dastehende
 Dezember-Spielplan!**
 u. a.:
Dolorita, die schöne Spanierin.
Jatvan Belika,
 Sturz aus der letzten Stage.
Clerson and Georgi, Voltigeure.
La bella Florentine, lebende Bilder.
Werthers Leiden,
 Süssle von Schmidt-Hawkins,
 und 10 Attraktionen.
 Familienfakten, wochentags halbe
 Preise, überall gratis!

**Gebrüder
 Herrnfeld-
 Theater.** Vorwerk.
 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
 Ein Erfolg, wie ihn
 die Herrnfeld-Bühne
 bisher nie erreicht!
**Die beiden
 Bindelbands.**
 Vorher: Vollständig neuer
Künstler-Teil:
 Lena Hoggel. — Mirz v. Wenzl.
 Original-Lindström-Torzatt.
 Les Rhyants. — 5 Hardins.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin.
Stockarbeiter.
**Donnerstag, den 10. Dezember 1908,
 abends 5 1/2 Uhr, bei Vercht, Ritterstr. 75:
 Branchen-Versammlung.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der
 Krise.“ Referent: Kollege **Richard Loopold.** 2. Werkstatt-
 angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es unbedingt Pflicht
 jedes einzelnen, pünktlich zu erscheinen.
 Der Obmann.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 10.
Fridolin
 oder:
Der Gang nach dem Eisenhammer.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Donnerstag, 10. Dez.: Benefiz:
 Kari Reich. Ein Tag vor Weib-
 nachten. Versprechen hint. Herd.
 Sonnabend, 12. Dez.: Gr. Extra-
 Vorstellung: Zum erstenmal: **Die
 Schöne der Liebe.**

**Gustav
 Behrens-
 Theater.**
 Goltzstr. 9.
Der Obersteiger
 oder:
Bergmanns Freud und Leid.
 Charakterbild aus der Neuzeit.
 Friedr. Obersteiger: **Dir. G. Behrens.**
**Hr. Henry: Das Wunder der
 Hunde-Dressur.**
 Außerdem das
Elite-Dezember-Programm.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gesellschafts-Spiele in allen
 Preislagen.
 Schach, Domino, Dame, Konfette, Livoli, Poch- u. Regelspiele etc.
 Moderne Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.
 Feine Wiener Meerschman- u. Bernstein-Spitzen.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5,
 an der Wallner-Theater-Straße.

**Großer
 Weihnachtsverkauf**
**Hochmoderne Herren-
 Winterpaletots u. Anzüge**
 aus guten, gediegenen
 Materialien 25-40 M.
Elegante Herrenbeinkleider
 z. meist 9-12 M.
Bauch-Sachen selbst für korpa-
 lenteste Herren
 sind in größter Auswahl am Lager.
 Billige, aber streng feste Preise.
VersandhausGermania
 Unter den Linden 21 II,
 neben der Passage.
 Fahrstuhl.

Folies Caprice
 Linienstr. 182, an der Friedrichstraße.
**Die lästige Witwe.
 Die Brautschau.**
 Freitag, den 11. Dezember 1908:
Premiere.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluß neu:
Der Kompanie-Ball
 Militärische
 Humoreske
 von Meysel.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr,
 Sonnt. 7 1/2.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Für die zahlreichen Beweise herzlicher
 Teilnahme beim Begräbnis
 meines lieben Mannes sage allen
 Bekannten, Freunden, Bekannten, dem
 Deutschen Transportarbeiter-Verband
 und dem Rauschklub „Heimlebbchen“
 meinen herzlichsten Dank.
 Witwe **Anna Wurche.**

Dankfagung.
 Sage hiermit allen denen, ins-
 besondere dem Rauschklub und den Kol-
 legen meines Mannes, meines Vaters,
 dem Holzarbeiter-Verband und vierten
 Berliner Reichstagswahlkreis für die
 vielen Beweise herzlicher Teilnahme
 meinen innigsten Dank.
 Witwe **Bartkowski**
 und Kinder.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und die herrlichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes spreche ich hiermit
 allen Verwandten, Freunden und
 Bekannten meinen herzlichsten Dank
 aus.
 Minna Wudocke, Uhlendol.

**Ortskrankenkasse der
 Steinbrücker und Lithographen.**
 Am Dienstag, den 15. De-
 zember 1908, abends 8 1/2 Uhr, im
 Gewerkschaftshause, Engelufer 15,
 im großen Saale
**Zweite ordentliche
 General-Versammlung pro 1908.**
 Sämtliche Herren Vertreter der
 Arbeitgeber und der Kassenzugehörigen
 werden hierzu ergebenst eingeladen.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Kassenschiffes für die
 Prüfung der Jahresrechnung. 2. a)
 Renouveau zum Vorstand (5 Personen)
 aus der Zahl der Vertreter der Ver-
 sicherten (§ 33 des Statuts). b) Renou-
 vau zum Vorstand (3 Personen) aus
 der Zahl der Vertreter der Arbeit-
 geber (§ 38 des Statuts). c) Renou-
 vau von 3 Vorstandsmitgliedern (auf
 Grund des § 49 des Statuts).
 3. Verschiedenes. 865
 Berlin, den 7. Dezember.
 Der Vorstand: **H. Stubbmann, Vors.**

**Innungs-Krankenkasse der
 Dady-, Schiefer- und Ziegel-
 drecker zu Berlin.**
 Am Montag, d. 21. Dezember
 1908, finden im Lokale von Geib,
 Behlstr. 11, die
Delegiertenwahlen
 statt. 292/18
 1. Um 7 1/2 Uhr abends: Wahl
 von 9 Arbeitgeber-Delegierten p. 1909.
 2. Um 8 Uhr abends:
 a) Wahl von 18 Arbeitnehmer-Dele-
 gierten p. 1909.
 b) Wahl von 9 Ergänzungsmännern.
 c) Wahl von 3 Krankenkassentoren.
 Der Vorstand.
 A. H.: **Gustav Hohdorf.**

Reste!
 Damenuche, schwarz und farbig.
 Costumes-Stoffs (neueste Muster,
 zu jeder Saison), Astrachan,
 Krimmer, Wolpösch, Seidenplüsch,
 Velours du Nord, Sammet, Seide,
 Velvet etc. 4147L.

Confektion
 Paletots, Jackotts, Costumes und
 Costumesröcke in großer Auswahl
C. Pelz, Kottbuser 5.



Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
 Oranienstr. 80, Adalbertstr.
 Gr. Lager aller Arten Leder-
 waren und Schmucksachen
 zu billigen Preisen.

Stolas,
 Kollers, Krawatten,
 Muffen, Herren- u.
 Kinder-Garnituren,
 Pelzjacken, Pelze,
 garnierte Pelzhüte,
 Barett, Pelz-
 decken, nur
 eigenes Fab-
 rikat, in
 größt. Aus-
 wahl, aus
 bestem Mate-
 rial. Kein
 Zwischen-
 händler, daher
 Fabrikpreise.
 Kein
 Laden!
 Sonntags
 geöffnet.
F. Kalman, Kürschnerstr.
 Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 8017,
 gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
 des
 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**
Todes-Anzeige.
 Am 5. Dezember verstarb unser
 Mitglied, der Kupferschmied
Alfred Dreher
 Büttgerstraße 3.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 8. Dezember, nach-
 mittags 2 Uhr, vom Trauerhause
 aus nach dem neuen St. Pauls-
 Kirchhof, Börsenstr. 10, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 223/5 Der Vorstand.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Ortsverwaltung I.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Artur Gantzer
 am 5. Dezember an Magenleiden
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 9. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle des
 neuen Rixdorfer Kirchhofes am
 Markendorfer Weg aus statt.
 58/4 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Böttcher
 Abteilung Spandau.**
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege und Mitglied,
 der Böttcher
Paul Bauer
 am 5. Dezember, nachm. 4 Uhr,
 an Schlaganfall verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 9. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Friedrichshofes in den Rixdorn
 aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 30/7 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
 verein der Schmiede Deutschlands
 (Berlin 11).**
Nachruf.
 Hiermit zur Nachricht, daß unser
 Mitglied 176/15
Reinhold Grellmann
 am 2. Dezember 1908 verstorben
 ist. Die Beerdigung hat bereits
 stattgefunden.
 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 6. Dezember,
 nachmittags 11 Uhr, verstarb meine
 liebe Frau
Marie Lukowski
 geb. **Heiseler.**
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 9. d. M., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Helland-Rickhofes in
 Börsenstr. aus statt.
 Der trauernde Sohn
Otto Lukowski,
 Schablonenmacher,
 Uhlendolbener Str. 52.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme und vielen Kranzspenden
 bei der Beerdigung meines lieben
 Mannes sage ich allen Beteiligten
 meinen herzlichsten Dank. 906
 Am Auftrag der Hinterbliebenen:
Witwe Bartholain.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau sage ich allen Verwandten,
 Freunden und Bekannten sowie dem
 Gesangsverein der Zimmerer, Friedrichs-
 berg, hiermit meinen besten Dank.
 915
Fritz Klante.

Dankfagung.
 Für die innige Teilnahme und die
 zahlreichen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes
 sage ich allen Freunden und Be-
 kannten, insbesondere den Genossen
 des dritten Wahlkreises, sowie dem
 Pfängereverein „Alt-Ruhleben“ meinen
 herzlichsten Dank. 855
Witwa Zimmer geb. Dietrich.

Kaiser's Brust- 5500
 Caramellen. not. begl. Zeugnisse verbürgen
 die sichere Wirkung bei
Husten
 Halskrankh., Katarrh, Keuchhusten.
 Paket 30 Pf. Kaiser's Brust-Extrakt
 Flasche 90 Pf.
 Zu haben in Apotheken u. Droger.

Heute Dienstag und folgende Tage:

Doppelte Rabattmarken und Extra-Weihnachts-Geschenke gratis!

Unsere geehrte Kundschaft soll zum bevorstehenden Weihnachtsfeste durch uns Vorteile erhalten, wie sie von keiner Seite geboten werden. Wir verabfolgen deshalb für einige Tage trotz der sehr billigen Preise

Doppelte Rabattmarken*

und bei einem Einkauf von 5 Mark an

Reizende Weihnachts-Geschenke gratis!

Die Gegenstände liegen in der 1. Etage zur freien Besichtigung aus.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

* mit Ausnahme einiger Artikel



Eine Mark
absoluteste Teilzahlung before
diegenige Leistung 1908

Herren-Garderoben
erfahrene Handl.
Anfertigung nach Maass.
Exakte Restituz.

Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 12
Wohnung Straakberger Weg.

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur **3 Pf.**
per Stück!

Portieren
Spezialhaus

Uebergardinen für Fenster
und Türen.
Imposante Auswahl
(einfacher und hochparter Genre).
Pro Fenster von 3⁷⁵ bis 175 M.

Ein Posten reichgestickter
Plisch-
Portieren

nur soweit Vorrat!
Pro Fenster **8⁵⁷** (Wert **18⁵⁰**)
M. M.

Emil Lefèvre
Berlin S. 193., Oranienstr. 158.

Wer Weihnachten einen guten realen Tropfen trinken oder verschenken will, der bereite sich schon jetzt **Kognak, Rum, Liköre, Punschextrakte** usw. selbst, aber nur allein mit den echten, in aller Welt berühmten **Original-Reichel-Essenzen** und Extrakten in höchster und bisher unerreichter Vollkommenheit.



Probieren geht über Studieren.

Man versuche einmal einige auserwählte besonders beliebte und vornehme Spezialitäten als

Atlasch	à la Benedictiner	Getroidekummel	Aromatische
Boonokamp	à la Chartreuse	Eiskummel à la	Steinhäger
Kurfürstl. Magen,	Danziger Gold-	Eccau 00	Hebro
Cherry-Brandy	wasser	Stonsderfer	Cacao
Pomeranzen 00	Curacao triple	Halb und Halb	Vanille
	see Peppermint		

Weihnachtsliköre.

Laut ersten Sachverständigen-Gutachten in Qualität und Gehalt den renommiert. Weltmarken absolut gleich!

Vollendetste Feinheit. — Volles edles Aroma.

Tadelloses Gelingen garantiert, bei ungeahnten Ersparnissen.

Gratis! Die Destillierung im Haushalt **Gratis!**
wertvolles reich illustriertes Rezeptbuch

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Größte Spezialfabrik Deutschlands.
Gerätpredr.-Anschlüsse Num 1V, 4751, 4752, 4753.

Original-Etiketten zur eleganten Ausstattung der Flaschen liegen jeder Sorte bei.

Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc.
Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.

Vor Nachahmungen sei dringend gewarnt.
Reichel-Essenzen sind echt mit **Lichterz**® alle andere weisse man nur echt mit **Barke**® ohne weiteres gerüch.

Schutzmarke



Unsere echten Biere sind überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.

In Kannen u. Syphons Ltr. 35 Pf.
Wo nicht, dann direkt durch uns
NO. 15. Tel. VII, 1670, 2068, 3128.

BÖHMISCHES
BRAUHAUS

Kaufen Sie Ihre Brillen und Pincenez nur bei dem praktischen

Optiker Läckemäcker
I. Schönhauser Allee 136
II. Kommandantenstr. 82.

Rathenower Brillen und Pincenez 1²⁵, bis allerfeinste 2²⁵.
Zu Weihnachtsgeschenken: 50022

Prima Gold plattirte Brillen und Pincenez 5,50 Mark.
Operngläser, rein achromat. 6²⁵. Barometer, bestes Best. 4,50²⁵ an.

Weihnachts-
Extraliste und Katalog

enorm billiger Geschenkarikel
(600 Abbild.) gratis und franko.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 45032*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
mit doppeltgereinigtem neuen Bett-
decken, bessere Betten 15, 18, 24 Mk.;
1 1/2, 1 3/4, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5, 5 1/2, 6, 6 1/2, 7, 7 1/2, 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12, 12 1/2, 13, 13 1/2, 14, 14 1/2, 15, 15 1/2, 16, 16 1/2, 17, 17 1/2, 18, 18 1/2, 19, 19 1/2, 20, 20 1/2, 21, 21 1/2, 22, 22 1/2, 23, 23 1/2, 24, 24 1/2, 25, 25 1/2, 26, 26 1/2, 27, 27 1/2, 28, 28 1/2, 29, 29 1/2, 30, 30 1/2, 31, 31 1/2, 32, 32 1/2, 33, 33 1/2, 34, 34 1/2, 35, 35 1/2, 36, 36 1/2, 37, 37 1/2, 38, 38 1/2, 39, 39 1/2, 40, 40 1/2, 41, 41 1/2, 42, 42 1/2, 43, 43 1/2, 44, 44 1/2, 45, 45 1/2, 46, 46 1/2, 47, 47 1/2, 48, 48 1/2, 49, 49 1/2, 50, 50 1/2, 51, 51 1/2, 52, 52 1/2, 53, 53 1/2, 54, 54 1/2, 55, 55 1/2, 56, 56 1/2, 57, 57 1/2, 58, 58 1/2, 59, 59 1/2, 60, 60 1/2, 61, 61 1/2, 62, 62 1/2, 63, 63 1/2, 64, 64 1/2, 65, 65 1/2, 66, 66 1/2, 67, 67 1/2, 68, 68 1/2, 69, 69 1/2, 70, 70 1/2, 71, 71 1/2, 72, 72 1/2, 73, 73 1/2, 74, 74 1/2, 75, 75 1/2, 76, 76 1/2, 77, 77 1/2, 78, 78 1/2, 79, 79 1/2, 80, 80 1/2, 81, 81 1/2, 82, 82 1/2, 83, 83 1/2, 84, 84 1/2, 85, 85 1/2, 86, 86 1/2, 87, 87 1/2, 88, 88 1/2, 89, 89 1/2, 90, 90 1/2, 91, 91 1/2, 92, 92 1/2, 93, 93 1/2, 94, 94 1/2, 95, 95 1/2, 96, 96 1/2, 97, 97 1/2, 98, 98 1/2, 99, 99 1/2, 100, 100 1/2, 101, 101 1/2, 102, 102 1/2, 103, 103 1/2, 104, 104 1/2, 105, 105 1/2, 106, 106 1/2, 107, 107 1/2, 108, 108 1/2, 109, 109 1/2, 110, 110 1/2, 111, 111 1/2, 112, 112 1/2, 113, 113 1/2, 114, 114 1/2, 115, 115 1/2, 116, 116 1/2, 117, 117 1/2, 118, 118 1/2, 119, 119 1/2, 120, 120 1/2, 121, 121 1/2, 122, 122 1/2, 123, 123 1/2, 124, 124 1/2, 125, 125 1/2, 126, 126 1/2, 127, 127 1/2, 128, 128 1/2, 129, 129 1/2, 130, 130 1/2, 131, 131 1/2, 132, 132 1/2, 133, 133 1/2, 134, 134 1/2, 135, 135 1/2, 136, 136 1/2, 137, 137 1/2, 138, 138 1/2, 139, 139 1/2, 140, 140 1/2, 141, 141 1/2, 142, 142 1/2, 143, 143 1/2, 144, 144 1/2, 145, 145 1/2, 146, 146 1/2, 147, 147 1/2, 148, 148 1/2, 149, 149 1/2, 150, 150 1/2, 151, 151 1/2, 152, 152 1/2, 153, 153 1/2, 154, 154 1/2, 155, 155 1/2, 156, 156 1/2, 157, 157 1/2, 158, 158 1/2, 159, 159 1/2, 160, 160 1/2, 161, 161 1/2, 162, 162 1/2, 163, 163 1/2, 164, 164 1/2, 165, 165 1/2, 166, 166 1/2, 167, 167 1/2, 168, 168 1/2, 169, 169 1/2, 170, 170 1/2, 171, 171 1/2, 172, 172 1/2, 173, 173 1/2, 174, 174 1/2, 175, 175 1/2, 176, 176 1/2, 177, 177 1/2, 178, 178 1/2, 179, 179 1/2, 180, 180 1/2, 181, 181 1/2, 182, 182 1/2, 183, 183 1/2, 184, 184 1/2, 185, 185 1/2, 186, 186 1/2, 187, 187 1/2, 188, 188 1/2, 189, 189 1/2, 190, 190 1/2, 191, 191 1/2, 192, 192 1/2, 193, 193 1/2, 194, 194 1/2, 195, 195 1/2, 196, 196 1/2, 197, 197 1/2, 198, 198 1/2, 199, 199 1/2, 200, 200 1/2, 201, 201 1/2, 202, 202 1/2, 203, 203 1/2, 204, 204 1/2, 205, 205 1/2, 206, 206 1/2, 207, 207 1/2, 208, 208 1/2, 209, 209 1/2, 210, 210 1/2, 211, 211 1/2, 212, 212 1/2, 213, 213 1/2, 214, 214 1/2, 215, 215 1/2, 216, 216 1/2, 217, 217 1/2, 218, 218 1/2, 219, 219 1/2, 220, 220 1/2, 221, 221 1/2, 222, 222 1/2, 223, 223 1/2, 224, 224 1/2, 225, 225 1/2, 226, 226 1/2, 227, 227 1/2, 228, 228 1/2, 229, 229 1/2, 230, 230 1/2, 231, 231 1/2, 232, 232 1/2, 233, 233 1/2, 234, 234 1/2, 235, 235 1/2, 236, 236 1/2, 237, 237 1/2, 238, 238 1/2, 239, 239 1/2, 240, 240 1/2, 241, 241 1/2, 242, 242 1/2, 243, 243 1/2, 244, 244 1/2, 245, 245 1/2, 246, 246 1/2, 247, 247 1/2, 248, 248 1/2, 249, 249 1/2, 250, 250 1/2, 251, 251 1/2, 252, 252 1/2, 253, 253 1/2, 254, 254 1/2, 255, 255 1/2, 256, 256 1/2, 257, 257 1/2, 258, 258 1/2, 259, 259 1/2, 260, 260 1/2, 261, 261 1/2, 262, 262 1/2, 263, 263 1/2, 264, 264 1/2, 265, 265 1/2, 266, 266 1/2, 267, 267 1/2, 268, 268 1/2, 269, 269 1/2, 270, 270 1/2, 271, 271 1/2, 272, 272 1/2, 273, 273 1/2, 274, 274 1/2, 275, 275 1/2, 276, 276 1/2, 277, 277 1/2, 278, 278 1/2, 279, 279 1/2, 280, 280 1/2, 281, 281 1/2, 282, 282 1/2, 283, 283 1/2, 284, 284 1/2, 285, 285 1/2, 286, 286 1/2, 287, 287 1/2, 288, 288 1/2, 289, 289 1/2, 290, 290 1/2, 291, 291 1/2, 292, 292 1/2, 293, 293 1/2, 294, 294 1/2, 295, 295 1/2, 296, 296 1/2, 297, 297 1/2, 298, 298 1/2, 299, 299 1/2, 300, 300 1/2, 301, 301 1/2, 302, 302 1/2, 303, 303 1/2, 304, 304 1/2, 305, 305 1/2, 306, 306 1/2, 307, 307 1/2, 308, 308 1/2, 309, 309 1/2, 310, 310 1/2, 311, 311 1/2, 312, 312 1/2, 313, 313 1/2, 314, 314 1/2, 315, 315 1/2, 316, 316 1/2, 317, 317 1/2, 318, 318 1/2, 319, 319 1/2, 320, 320 1/2, 321, 321 1/2, 322, 322 1/2, 323, 323 1/2, 324, 324 1/2, 325, 325 1/2, 326, 326 1/2, 327, 327 1/2, 328, 328 1/2, 329, 329 1/2, 330, 330 1/2, 331, 331 1/2, 332, 332 1/2, 333, 333 1/2, 334, 334 1/2, 335, 335 1/2, 336, 336 1/2, 337, 337 1/2, 338, 338 1/2, 339, 339 1/2, 340, 340 1/2, 341, 341 1/2, 342, 342 1/2, 343, 343 1/2, 344, 344 1/2, 345, 345 1/2, 346, 346 1/2, 347, 347 1/2, 348, 348 1/2, 349, 349 1/2, 350, 350 1/2, 351, 351 1/2, 352, 352 1/2, 353, 353 1/2, 354, 354 1/2, 355, 355 1/2, 356, 356 1/2, 357, 357 1/2, 358, 358 1/2, 359, 359 1/2, 360, 360 1/2, 361, 361 1/2, 362, 362 1/2, 363, 363 1/2, 364, 364 1/2, 365, 365 1/2, 366, 366 1/2, 367, 367 1/2, 368, 368 1/2, 369, 369 1/2, 370, 370 1/2, 371, 371 1/2, 372, 372 1/2, 373, 373 1/2, 374, 374 1/2, 375, 375 1/2, 376, 376 1/2, 377, 377 1/2, 378, 378 1/2, 379, 379 1/2, 380, 380 1/2, 381, 381 1/2, 382, 382 1/2, 383, 383 1/2, 384, 384 1/2, 385, 385 1/2, 386, 386 1/2, 387, 387 1/2, 388, 388 1/2, 389, 389 1/2, 390, 390 1/2, 391, 391 1/2, 392, 392 1/2, 393, 393 1/2, 394, 394 1/2, 395, 395 1/2, 396, 396 1/2, 397, 397 1/2, 398, 398 1/2, 399, 399 1/2, 400, 400 1/2, 401, 401 1/2, 402, 402 1/2, 403, 403 1/2, 404, 404 1/2, 405, 405 1/2, 406, 406 1/2, 407, 407 1/2, 408, 408 1/2, 409, 409 1/2, 410, 410 1/2, 411, 411 1/2, 412, 412 1/2, 413, 413 1/2, 414, 414 1/2, 415, 415 1/2, 416, 416 1/2, 417, 417 1/2, 418, 418 1/2, 419, 419 1/2, 420, 420 1/2, 421, 421 1/2, 422, 422 1/2, 423, 423 1/2, 424, 424 1/2, 425, 425 1/2, 426, 426 1/2, 427, 427 1/2, 428, 428 1/2, 429, 429 1/2, 430, 430 1/2, 431, 431 1/2, 432, 432 1/2, 433, 433 1/2, 434, 434 1/2, 435, 435 1/2, 436, 436 1/2, 437, 437 1/2, 438, 438 1/2, 439, 439 1/2, 440, 440 1/2, 441, 441 1/2, 442, 442 1/2, 443, 443 1/2, 444, 444 1/2, 445, 445 1/2, 446, 446 1/2, 447, 447 1/2, 448, 448 1/2, 449, 449 1/2, 450, 450 1/2, 451, 451 1/2, 452, 452 1/2, 453, 453 1/2, 454, 454 1/2, 455, 455 1/2, 456, 456 1/2, 457, 457 1/2, 458, 458 1/2, 459, 459 1/2, 460, 460 1/2, 461, 461 1/2, 462, 462 1/2, 463, 463 1/2, 464, 464 1/2, 465, 465 1/2, 466, 466 1/2, 467, 467 1/2, 468, 468 1/2, 469, 469 1/2, 470, 470 1/2, 471, 471 1/2, 472, 472 1/2, 473, 473 1/2, 474, 474 1/2, 475, 475 1/2, 476, 476 1/2, 477, 477 1/2, 478, 478 1/2, 479, 479 1/2, 480, 480 1/2, 481, 481 1/2, 482, 482 1/2, 483, 483 1/2, 484, 484 1/2, 485, 485 1/2, 486, 486 1/2, 487, 487 1/2, 488, 488 1/2, 489, 489 1/2, 490, 490 1/2, 491, 491 1/2, 492, 492 1/2, 493, 493 1/2, 494, 494 1/2, 495, 495 1/2, 496, 496 1/2, 497, 497 1/2, 498, 498 1/2, 499, 499 1/2, 500, 500 1/2, 501, 501 1/2, 502, 502 1/2, 503, 503 1/2, 504, 504 1/2, 505, 505 1/2, 506, 506 1/2, 507, 507 1/2, 508, 508 1/2, 509, 509 1/2, 510, 510 1/2, 511, 511 1/2, 512, 512 1/2, 513, 513 1/2, 514, 514 1/2, 515, 515 1/2, 516, 516 1/2, 517, 517 1/2, 518, 518 1/2, 519, 519 1/2, 520, 520 1/2, 521, 521 1/2, 522, 522 1/2, 523, 523 1/2, 524, 524 1/2, 525, 525 1/2, 526, 526 1/2, 527, 527 1/2, 528, 528 1/2, 529, 529 1/2, 530, 530 1/2, 531, 531 1/2, 532, 532 1/2, 533, 533 1/2, 534, 534 1/2, 535, 535 1/2, 536, 536 1/2, 537, 537 1/2, 538, 538 1/2, 539, 539 1/2, 540, 540 1/2, 541, 541 1/2, 542, 542 1/2, 543, 543 1/2, 544, 544 1/2, 545, 545 1/2, 546, 546 1/2, 547, 547 1/2, 548, 548 1/2, 549, 549 1/2, 550, 550 1/2, 551, 551 1/2, 552, 552 1/2, 553, 553 1/2, 554, 554 1/2, 555, 555 1/2, 556, 556 1/2, 557, 557 1/2, 558, 558 1/2, 559, 559 1/2, 560, 560 1/2, 561, 561 1/2, 562, 562 1/2, 563, 563 1/2, 564, 564 1/2, 565, 565 1/2, 566, 566 1/2, 567, 567 1/2, 568, 568 1/2, 569, 569 1/2, 570, 570 1/2, 571, 571 1/2, 572, 572 1/2, 573, 573 1/2, 574, 574 1/2, 575, 575 1/2, 576, 576 1/2, 577, 577 1/2, 578, 578 1/2, 579, 579 1/2, 580, 580 1/2, 581, 581 1/2, 582, 582 1/2, 583, 583 1/2, 584, 584 1/2, 585, 585 1/2, 586, 586 1/2, 587, 587 1/2, 588, 588 1/2, 589, 589 1/2, 590, 590 1/2, 591, 591 1/2, 592, 592 1/2, 593, 593 1/2, 594, 594 1/2, 595, 595 1/2, 596, 596 1/2, 597, 597 1/2, 598, 598 1/2, 599, 599 1/2, 600, 600 1/2, 601, 601 1/2, 602, 602 1/2, 603, 603 1/2, 604, 604 1/2, 605, 605 1/2, 606, 606 1/2, 607, 607 1/2, 608, 608 1/2, 609, 609 1/2, 610, 610 1/2, 611, 611 1/2, 612, 612 1/2, 613, 613 1/2, 614, 614 1/2, 615, 615 1/2, 616, 616 1/2, 617, 617 1/2, 618, 618 1/2, 619, 619 1/2, 620, 620 1/2, 621, 621 1/2, 622, 622 1/2, 623, 623 1/2, 624, 624 1/2, 625, 625 1/2, 626, 626 1/2, 627, 627 1/2, 628, 628 1/2, 629, 629 1/2, 630, 630 1/2, 631, 631 1/2, 632, 632 1/2, 633, 633 1/2, 634, 634 1/2, 635, 635 1/2, 636, 636 1/2, 637, 637 1/2, 638, 638 1/2, 639, 639 1/2, 640, 640 1/2, 641, 641 1/2, 642, 642 1/2, 643, 643 1/2, 644, 644 1/2, 645, 645 1/2, 646, 646 1/2, 647, 647 1/2, 648, 648 1/2, 649, 649 1/2, 650, 650 1/2, 651, 651 1/2, 652, 652 1/2, 653, 653 1/2, 654, 654 1/2, 655, 655 1/2, 656, 656 1/2, 657, 657 1/2, 658, 658 1/2, 659, 659 1/2, 660, 660 1/2, 661, 661 1/2, 662, 662 1/2, 663, 663 1/2, 664, 664 1/2, 665, 665 1/2, 666, 666 1/2, 667, 667 1/2, 668, 668 1/2, 669, 669 1/2, 670, 670 1/2, 671, 671 1/2, 672, 672 1/2, 673, 673 1/2, 674, 674 1/2, 675, 675 1/2, 676, 676 1/2, 677, 677 1/2, 678, 678 1/2, 679, 679 1/2, 680, 680 1/2, 681, 681 1/2, 682, 682 1/2, 683, 683 1/2, 684, 684 1/2, 685, 685 1/2, 686, 686 1/2, 687, 687 1/2, 688, 688 1/2, 689, 689 1/2, 690, 690 1/2, 691, 691 1/2, 692, 692 1/2, 693, 693 1/2, 694, 694 1/2, 695, 695 1/2, 696, 696 1/2, 697, 697 1/2, 698, 698 1/2, 699, 699 1/2, 700, 700 1/2, 701, 701 1/2, 702, 702 1/2, 703, 703 1/2, 704, 704 1/2, 705, 705 1/2, 706, 706 1/2, 707, 707 1/2, 708, 708 1/2, 709, 709 1/2, 710, 710 1/2, 711, 711 1/2, 712, 712 1/2, 713, 713 1/2, 714, 714 1/2, 715, 715 1/2, 716, 716 1/2, 717, 717 1/2, 718, 718 1/2, 719, 719 1/2, 720, 720 1/

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Protest gegen die Gesellschaftsteuer.

Die preussische Regierung plant die Einführung einer sogenannten Gesellschaftsteuer, die auch die Konsumgenossenschaften treffen und sie in ihrem Bestande schwer gefährden soll. Am heutigen Dienstag finden deshalb Versammlungen statt, in denen Protest gegen den Plan erhoben werden soll. Frauen wie Männer des arbeitenden Volkes werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 13. Dezember, von 8 Uhr früh an, findet in Groß-Berlin eine

Flugblattverbreitung

statt, worauf wir schon heute aufmerksam machen.

In allen Parteispeditionen wird das Werk Brands, „Mein Dorf“, zum ermäßigten Preise von 1,20 Mark an die organisierten Genossen abgegeben, ebenso besitzen die Wahlvereine noch eine Anzahl Exemplare von Vissagary, „Die Geschichte der Pariser Kommune“, welches gleichfalls zum reduzierten Preise von zwei Mark abgegeben wird.

Wir bitten hier von Notiz zu nehmen.

Der Zentralvorstand.

Charlottenburg. Die Parteigenossen der dritten Gruppe werden darauf aufmerksam gemacht, daß für sämtliche Bezirke am Mittwoch ein gemeinsamer Zahlabend im Volkshaufe, Rosinenstr. 8, stattfindet. Der Vorstand.

Zehlendorf. Am Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in den bekannten Lokalen der Zahlabend statt. Es stehen wichtige Angelegenheiten zur Beratung. Der Vorstand.

Schmargendorf. Morgen, Mittwoch, findet der Zahlabend im Lindenbaum statt. Dort gelangen auch die Willets zum Kostümfest zur Ausgabe. Die Versammlung am Schluß des Monats fällt aus. Der Vorstand.

Mariensfelde. Für den Bezirk Mariensfelde findet der Zahlabend am Mittwoch, den 9., bei Berger, Dorfstraße, statt. Für den Bezirk Lichterode am Sonnabend, den 12. Dezember, bei Peter.

Stralau. Morgen Mittwoch Zahlabend in allen Bezirken. Die Parteitagprotokolle gelangen zur Ausgabe. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute (Dienstag) abend bei A. Trautmann, Friedrichstr. 61, statt. Frau M. Frege-Wildorf wird über „Kulturbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung“ referieren. Der Vorstand.

Alt-Giesend. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in unserem Ort der Zahlabend mit Groß-Berlin an jedem zweiten Mittwoch im Monat bis auf weiteres im Lokale des Genossen Joch, Köpenicker Straße 45, abends 8 1/2 Uhr, stattfindet. Der Vorstand.

Karlshorst. Mittwoch, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Zahlabend bei Sabrowski, Trosslowallee. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ausstellung von Jugendschriften und Wandschmuck

ist am Sonntag im Gewerkschaftshaus (Engelshof 15, Saal III) eröffnet worden. Seit 1902 werden alljährlich diese Ausstellungen von der Arbeiterbevölkerung Berlins als ein Vorbote der Weihnachtszeit willkommen geheißen. Sie sollen den Müttern und Vätern, die ihren Kindern zu Weihnachten ein gutes Bilderbuch, ein anregendes Lesebuch schenken wollen, die Auswahl erleichtern und sie vor dem Ankauf von Schund bewahren. Zugleich sollen sie die Arbeiterfamilie, die nach einem Schmutz für ihre Wohnung sucht, aufmerksam machen auf Wandbilder, die künstlerisch wertvoll und dabei verhältnismäßig billig sind.

Schon am Sonntag fand die Ausstellung sofort einen recht lebhaften Zuspruch. Nachdem sie um 8 Uhr nachmittags eröffnet worden war, füllte der Saal sich sehr bald. Und bis in die späten Abendstunden hinein dauerte der Zustrom von Besuchern. Der Beweis, daß solche Veranstaltungen einem Bedürfnis entgegenkommen, ist längst geführt durch den Erfolg, den schon die früheren Ausstellungen in Berlin hatten. Immer mehr sind auch in den Vororten die Genossen und Genossinnen dazu übergegangen, dort eigene Ausstellungen von Jugendschriften und auch von Wandschmuck zu veranstalten, weil in der Arbeiterbevölkerung ein Verlangen danach geäußert wurde. Ueber die Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser Ausstellungen braucht heute kein Wort mehr gesagt zu werden. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen, die der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seinem diesjährigen Verzeichnis empfohlenen Wertes Jugendschriften (ausgegeben als besondere Beilage des „Vorwärts“ vom 5. Dezember) vorausgeschickt hat.

Im vorigen Jahre hatten die Veranstalter der Ausstellung sich noch nicht völlig an das vom Bildungsausschuß zusammengestellte einstweilige Verzeichnis anschließen wollen, weil die Zahl der darin empfohlenen Bücher noch nicht sehr zahlreich war. Inzwischen ist das Verzeichnis auf mehr als das Doppelte angewachsen, es wird daher selbst anspruchsloseren Besuchern genügen und ist denn auch der diesjährigen Ausstellung zugrunde gelegt worden. Der Bildungsausschuß hat im wesentlichen auch jetzt noch sich auf die Arbeit stützen müssen, die von den deutschen Volksschullehrern durch ihre Prüfungsausschüsse für Jugendschriften seit einer langen Reihe von Jahren geleistet worden ist. Aber seine Bemühungen, vom eigenen Standpunkt aus zu prüfen, zu sichten, zu ergänzen, sind bereits überall in dem neuen Verzeichnis zu spüren. Eine Auswähl ist da zustande gekommen, die der Gedankenrichtung der Arbeiterklasse besser gerecht zu werden sucht und dabei auch der bescheidenen Leistungsfähigkeit des Portemonnaies einer Arbeiterfamilie sich möglichst anpaßt.

Die Abteilung für Wandschmuck ist in diesem Jahre leider nicht so reichhaltig besetzt, wie man es wünschen

möchte. Ausgestellt sind hauptsächlich die Künstlersteinechnungen aus dem Teubnerschen Verlag sowie Bilder aus dem Kunstwart-Verlag und aus dem Verlag von Seemann, dagegen fehlen diesmal diejenigen aus dem Verlag von Voigtländer.

Die Ausstellung bleibt geöffnet bis nächsten Sonntag, 13. Dezember, täglich von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. Der Zutritt ist, wie immer, unentgeltlich für jedermann. Kinder werden nur in Begleitung Erwachsener zugelassen. Die Bücher dürfen nicht etwa nur von außen betrachtet, sondern von jedem Besucher eingehend geprüft werden, das ist ja auch der Zweck der Ausstellung. Im Saal sind wieder, wie in den Vorjahren, sachkundige Genossinnen anwesend, die gern jede gewünschte Auskunft geben. In einem anderen Raum (Saal II), der mit dem Ausstellungsraum in keiner Verbindung steht, ist eine Bücherverkaufsstelle eingerichtet. Dort kann jedes der ausgestellten Bücher sofort gekauft werden, aber nur innerhalb der für offene Läden vorgeschriebenen Verkaufszeit. Die Bücher sind auch vorräthig in der Vorwärts-Buchhandlung (Lindenstr. 69). Zu haben sind sie ferner in allen Parteispeditionen, eventuell werden sie durch diese umgehend besorgt.

Wäge diese Ausstellung auch diesmal wieder ein erfolgreicher Beitrag sein zu den dankenswerten Bemühungen, den Kindern der Arbeiter die elende Schundliteratur aus den Händen zu winden, die von spekulativen Verlegern auf den Büchermarkt geworfen wird.

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat November nächstigen im Männerzahl 20 894 Personen, wovon 9800 badeten; im Frauenzahl 4323 Personen, wovon 2371 badeten.

Die Wahl Dr. Ruggdons zum Stadtverordneten ungültig!

Im „Gemeindeblatt“ veröffentlicht der Magistrat das Ergebnis der Wahl in der zweiten Abteilung des 8. Kommunalwahlbezirks; er teilt mit, daß Dr. Ruggdon zum Stadtverordneten gewählt sei. Das ist vollkommen falsch. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts besteht über die Ungültigkeit der Wahl Obdachlos nicht der geringste Zweifel. Bekanntlich ist die Stichwahl nur deshalb angelegt worden, weil zwei für einen Volksschullehrer abgegebene Stimmen als gültig mit in Rechnung gezogen sind. Da Volksschullehrer nicht zu Stadtverordneten wählbar sind, hätten diese beiden Stimmen von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen abgezogen werden und der Gegenkandidat Ruggdon, Herr Richter, als gewählt proklamiert werden müssen.

In diesem Sinne hat das Oberverwaltungsgericht am 2. Juni 1905 in einem ganz ähnlichen Falle entschieden, der sich in Charlottenburg zugetragen hatte. Hier fand am 23. November 1903 im 8. Wahlbezirk der dritten Wählerabteilung eine Wahl statt. Durch das Los war bestimmt und öffentlich bekannt gemacht, daß ein Hausbesitzer zu wählen sei. Alle auf Nicht-Hausbesitzer abgegebenen Stimmen waren also von vornherein ungültig. Nun erhielt ein Herr R. 401, ein Herr M. 397 und ein dritter Kandidat H. 202 Stimmen. Nur R. und H. waren Hausbesitzer im Sinne des Gesetzes, die 597 für R. abgegebenen Stimmen waren also ungültig. Trotzdem wurde eine Stichwahl zwischen R. und M. anberaumt, aus der R. mit 645 Stimmen als gewählt hervorging, während H. 541 Stimmen auf sich vereinigte. Wegen angeleglicher bei der Stichwahl vorgelommener Unregelmäßigkeiten strengten einige Bürger im Verwaltungsstreitverfahren die Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahl von R. an. Der Bezirksausschuß wies die Klage zurück, er stellte sich mit der Stadtverordnetenversammlung auf den Standpunkt, daß R. schon im ersten Wahlgang gewählt war, daß es also zu einer Stichwahl, hinsichtlich der allein Unregelmäßigkeiten behauptet seien, gar nicht erst hätte kommen dürfen.

Anderes das Oberverwaltungsgericht, bei dem die Kläger Verurteilung einlegten. Allerdings erklärte auch das Oberverwaltungsgericht die auf R. entfallenen Stimmen für ungültig, es entschied auch dahin, daß von Rechts wegen R. als im ersten Wahlgang gewählt hätte bekannt gemacht werden müssen und daß der Wahlvorstand gesetzlich nicht befugt gewesen sei, eine Stichwahl anzuordnen. Aber — und nun kommt das entscheidende — „da somit die Anordnung der Stichwahl einen Verstoß gegen die Gesetze darstellte, so könne ihr vom Magistrat bekannt gemachtes Ergebnis keinen Anspruch auf Gültigkeit machen. Auf das von dem Magistrat nicht bekannt gemachte Ergebnis der ersten Wahl zurückzugehen, würde für die Stadtverordnetenversammlung ebenso unzulässig gewesen sein, wie es für den Magistrat gesetzlich unstatthaft gewesen wäre — gleichgültig, ob aus eigenem Antriebe oder auf Antrag etwa der Stadtverordnetenversammlung — an Stelle des Ergebnisses der Stichwahl das von ihm unter Aufhebung der ungültigen Stimmen richtig gestellte Ergebnis der ersten Wahl bekannt zu machen.“

Auf den Fall Ruggdon angewendet heißt das: 1. Von Rechts wegen ist Richter im ersten Wahlgang gewählt worden, die Anberaumung der Stichwahl war also ungesetzlich. 2. Etwa nachträglich Herrn Dr. Richter als gewählt proklamieren ist unstatthaft. 3. Die Anordnung der Stichwahl bedeutet einen Verstoß gegen die Gesetze, ihr vom Magistrat bekannt gemachtes Ergebnis hat keinen Anspruch auf Gültigkeit.

Wenn also die Berliner Stadtverordnetenversammlung sich einzig und allein von rechtlichen Erwägungen leiten läßt, dann muß sie die Wahl Ruggdons für ungültig erklären. Tut sie es nicht und wird von irgend einer Seite die Klage angestrengt, dann wird das Oberverwaltungsgericht, gemäß seiner bisherigen Rechtsprechung, an dem Beschluß die erforderliche Korrektur vornehmen. Am meisten würde es ja dem Rechtsbewußtsein entsprechen, wenn nachträglich Dr. Richter als gewählt proklamiert würde, aber da das nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nicht erlaubt ist, so bleibt eben nur übrig, die ganze Wahl zu kassieren und eine Neuwahl anzuordnen.

Ueber die Sonntagsruhe vor Weihnachten und an den Festtagen ist behördlich folgendes festgesetzt worden: Im Handelsgewerbe dürfen, abweichend von der allgemeinen festgesetzten Beschäftigungszeit, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten — 13. und 20. Dezember beschäftigt werden: in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Wilmersdorf und Lichtenberg von 8—10 Uhr vormittags und von 12—8 Uhr nachmittags; in Schöneberg und Vorhagen-Rummelsburg von 8—9 1/2 Uhr und von 11 1/2—8 Uhr. Der Verkauf von Wurstwaren, Fleisch, Milch, Vorkost usw. ist an beiden Sonntagen schon von 5 Uhr, der Handel mit Rohreis von 6 Uhr früh gestattet, der Handel mit Brennmaterialien nur von 5 bis 10 Uhr vormittags. Am ersten Weihnachtstages dürfen Geschäften usw. beschäftigt werden: im Wäschehandel von 5 bis 10 und 12 bis 2 Uhr, im Handel mit Wad- und Fleischwaren von 5 bis 10 Uhr, im Handel mit Kolonial- und Vorkostwaren, Bier und Wein, Zigarren usw. von 8 bis 10 Uhr, mit Rohreis von 6 bis 9 1/2, in Zeitungspeditionen von 4 bis 9 Uhr, im Blumenhandel von 8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr. (In Schöneberg und Vorhagen-Rummels-

burg weichen die Verkaufs- und Beschäftigungszeiten teilweise etwas ab.) Am zweiten Weihnachtstage finden die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe statt.

Was geben wir unseren Kindern zu lesen? Ueber diese wichtige Frage spricht heute abend der Genosse Dr. Eduard David im Saal I des Gewerkschaftshauses. Wir machen die Genossen und vor allem die Genossinnen auf diesen Vortrag besonders aufmerksam. Der Vortrag beginnt um 8 1/2 Uhr. Vorher und nachher ist Gelegenheit zur Beschäftigung der Jugendschriften-Ausstellung.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkaufsstelle für Bücher nur bis Abends 8 Uhr geöffnet ist.

Beschäftigung bei der Post haben aus Anlaß der bevorstehenden Weihnachtspostbeförderung eine Anzahl Beschäftigungslose gefunden. In einigen Zeitungen ist davon die Rede, daß 2000 Leute eingestellt worden seien und daß pro Tag 3,50 M. gezahlt würden. Das ist natürlich eine große Uebertreibung und sogar auch eine Unwahrheit. Zunächst ist die Zahl derjenigen, die angestellt wurden, eine erheblich geringere, die Hälfte der genannten Zahl wird das Richtige treffen. Dann aber erhalten die Leute auch keine 3,50 M. pro Tag, sondern nur 3 M. Die Reichspostverwaltung ist so knauserig, kaum den ortsüblichen Tagelohn zu zahlen, obwohl die Arbeit doch nur eine vorübergehende ist und sie wirklich noch keinen färslichen Lohn bewilligen würde, wenn sie über den Satz hinausginge. Zu verlangen ist das unter allen Umständen, da in der Hauptsache die Arbeit doch erst vom 21. Dezember ab geleistet wird und Feiertage über ausgeübt werden muß. Dabei wählt die Postverwaltung bei ihren Einstellungen sehr aus. Ältere Leute werden von vornherein abgewiesen; dazu kommt, daß jeder Einstellende erst ein polizeiliches Führungszeugnis beibringen muß. Und das alles, um 3 M. täglich zu verdienen.

Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen

wird jetzt vom Magistrat nach den amtlichen Feststellungen veröffentlicht. Die endgültigen Zahlen weichen nur ganz wenig ab von den vorläufigen, die nach Ermittlungen der Gewerbe-Kommission im „Vorwärts“ bekanntgegeben wurden. Die bürgerliche Presse hatte Zahlen gebracht, die von den jetzt amtlich festgestellten sehr beträchtlich abwichen. Wir wollen auch das amtliche Ergebnis noch mitteilen. An der Wahl der 70 Arbeitgeberbeisitzer beteiligten sich 7118 Wähler, doch wurden 80 Stimmen für ungültig erklärt, so daß 7088 gültige Stimmen blieben. Hier von fielen 5448 auf Liste I (bürgerliche Arbeitgeber) und 1642 auf Liste II (freie Arbeitgeber). Bei der Wahl der 70 Arbeitnehmerbeisitzer wurden 83 221 Stimmen abgegeben, 40 wurden für ungültig erklärt, es blieben also 83 181 gültige Stimmen. Hier von fielen 75 984 auf Liste I (freie Gewerkschaften), 620 auf Liste II (Wiesenthal's Gruppen), 8782 auf Liste III (Hirsch-Dundersche), 2768 auf Liste IV (Christlich-Nationale), 198 auf Liste V (technische Angestellte). Die Verteilung der Mandate bleibt auch nach den amtlichen Feststellungen so, wie sie im „Vorwärts“ angegeben worden war. Es kommen auf je 1 Arbeitgeberbeisitzer etwa 101 gültige Stimmen (7088:70), auf je 1 Arbeitnehmerbeisitzer etwa 1188 gültige Stimmen (83 181:70). Nach dem Verhältnis der gültigen Stimmen jeder Liste zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen von den 70 Mandaten der Arbeitgeberbeisitzer auf Liste I: 54, auf Liste II: 16, von den 70 Mandaten der Arbeitnehmerbeisitzer auf Liste I: 64, auf Liste II: 1, auf Liste III: 3, auf Liste IV: 2, auf Liste V: 0. Die Liste II bekommt hier ein ganzes Mandat, obwohl sie nach ihrer eigentlich nur einen Rest darstellenden Stimmenzahl (529) noch kein halbes wert ist. Sie verdankt ihren „Erfolg“ nur dem zufälligen Umstand, daß auch bei den Listen III, IV, V Reste blieben, die aber jeder für sich kleiner sind als die Stimmenzahl der Liste II. Die 64 Mandate von Arbeitnehmerbeisitzern, die auf die Liste der freien Gewerkschaften entfallen, bedeuten eine Vertrauensfundgebung der Arbeiterbevölkerung Berlins für die freien Gewerkschaften, deren beherrschende Stellung auch durch die mühselige Agitation verlogener Gegner nicht erschüttert werden konnte. Daß daneben noch 16 Mandate von Arbeitgeberbeisitzern auf die Liste der freien Arbeitgeber entfallen, das dürfte dem liberalen Bürgertum Berlins die Freude an dem Verhältniswahlverfahren, von dessen Einführung für die Gewerbegerichtswahlen eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie erwartet worden war, noch mehr verderben.

Die Ursache der Benzinexplosion in der Brunnenstr. 68, bei der, wie wir berichteten, der Sohn des Herrn Herrmann schwere Verwundungen erlitt, ist darauf zurückzuführen, daß Herr Herrmann senior beim Löten einer Säge die Lampe explodierte. Anscheinend war die Lampe, die nach einer Reparatur zum ersten Male wieder in Gebrauch war, nicht ganz dicht.

Aus der Berliner Verkehrsstatistik. Die Hoch- und Untergrundbahnen sowie die Automobilkommissen zeigen steigende Frequenzfiguren, die Große Berliner Straßenbahn fallende. Im Oktober d. J. wurden durch die Straßenbahnen insgesamt 44,8 Millionen Personen befördert, davon 35,7 Millionen durch die Große Berliner und der Rest durch andere Gesellschaften. Die Hoch- und Untergrundbahn beförderte 4,47 gegen 3,77 Millionen im Oktober v. J. Die Kraftomnibusse 2 1/2 Millionen gegen 1 1/2 Millionen Personen im Oktober v. J.

Verbotene Lose beschlagnahmt hat die Kriminalpolizei gestern vor dem Hause Wilmannsstr. 41. Dort waren Männer beschäftigt, eine Menge Wäsche- und Tragtische, Kisten und Kartons auf einen Wagen zu laden. Eine Kriminalpatrouille stellte fest, daß es sich um einen Massenverkauf verbotener Lotterielose handelte. Die gesamte Ladung mit den beiden Wächtern wurde nach dem Alexanderplatz expediert.

Im Streite erstickt ist wahrscheinlich der am 12. Oktober 1850 zu Berlin geborene Gelegenheitsarbeiter August Schlenker, der Sonntagabend kurz vor 9 Uhr in den Anlagen der Aufstiegsstraße tot aufgefunden wurde. Zwei Arbeiter, die dort des Weges kamen, fanden den blutüberströmten Mann östlich von der Friedensstraße an der Diefelmeyerstraße regungslos auf einer Bank sitzen und benachrichtigten eine Schuttpatrouille vom 41. Revier. Der Reviervorsteher ließ mit einer Droßkule den Arzt Dr. Schäfer von der Rettungswache I holen, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Die Kriminalpolizei entsandte ihre Kommission für besondere Vorkommnisse. Der Arzt entdeckte an dem Toten, dessen Kleidung mit Blut durchtränkt war, zwei Stichwunden im rechten Oberarm, konnte aber nicht bestimmen sagen, ob der Blutverlust oder etwa eine Alkoholvergiftung den Tod herbeigeführt habe. Nach den Ermittlungen ist der Mann wahrscheinlich im Streit erstickt worden. Die Leiche wurde nachts um 2 Uhr nach dem Schutthause gebracht. Die Pant in den Anlagen war noch gestern mittag an der Leiche und am Sitz mit Blut besudelt. Die Kriminalpolizei hat den Lumpenhändler Karl Kleinig und dessen Geliebte Minna Stahlberg unter dem dringenden Verdacht, den Mann erstickt zu haben, gestern nachmittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Kindesworte? Zwei spielende Knaben landeten gestern nachmittags aus dem Tiergartenweiher in der Nähe der Statuenbrücke zwischen der Charlottenburger Chaussee und dem Spreeweg ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Die Leiche war in ein weißes Stüchlein gewickelt und in Zeitung eingewickelt. Der Unterleib war in Watte eingewickelt.

Drei Stadtbahnklederer wurden am Sonntagabend auf frischer Tat ergriffen, die 35, 28 und 25 Jahre alten „Arbeiter“ Benjamin Hanneboom, Hugo Pils und Hans Schulz, die sich zu Raubzügen vereinigt hatten. Zunächst führen Hanneboom und Schulz zusammen vom Bahnhof Börje aus umher, Pils vom Gesundbrunnen aus. Dann vereinigen sich alle drei mit dem Plane, daß der erfahrene Hanneboom „fleddern“ sollte, während die beiden anderen zu beiden Seiten den Durchgang nach dem Nebenabteil besetzten und gesperrt hielten. So arbeitete es sich dann auch am leichtesten, und wiederholt mit Erfolg, bis ein Kriminalbeamter den alten Sünder Hanneboom sah und sofort erkannte. Auf der Fahrt von Berlin nach dem Savignyplatz gelang Hanneboom wiederum der Taschenschnitt. Bevor der Gefledderer munter wurde, verließ die Bande den Zug und bestieg eiligst einen anderen, der am gegenüberliegenden Bahnsteig schon hielt. Im Nebenabteil aber fuhr der Kriminalbeamte mit und nahm mit Hilfe eines Kameraden auf dem Bahnhof Alexander, die Fledderer fest. Alle drei legten gestern ein Geständnis ab und wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Hanneboom bedauerte nur, daß er gerade zu Beginn der Hauptkampagne wieder „alle geworden“ sei.

Abstempelung der Fahrscheine für das Jahr 1909.

Zur Abstempelung der Fahrscheine für das Jahr 1909 werden die Droschken- und Korkwagenfahrer aufgefordert, sich vom 2. Januar kommenden Jahres ab im Bureau des Verkehrsverwaltungsamtes am Alexanderplatz, Zimmer 76, einzufinden und zwar unter Vorlegung des Erkennungsbildes und im vorgeschriebenen Dienstanzuge. Die Abstempelung erfolgt nach alphabetischer Reihenfolge. Es sind zu diesem Zweck die Tage vom 2. Januar bis 22. Februar angesetzt.

Die Arbeitslosigkeit. Der neue Polizeibericht meldet: In seiner Schlichte im Hause Kotlitzer Straße 10 vergiftete sich mittags der 28 Jahre alte aus Oesterreich stammende Schleifer Eduard R. Nachdem ihm seine Wirtin Milch und Seifenwasser eingefloßt hatte, worauf starkes Erbrechen erfolgt war, schaffte man ihn in einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban. Lebensgefahr ist ausgeschlossen. Längere Arbeitslosigkeit und Nahrungsforgen sollen die Ursache des Selbstmordversuches bilden.

Der Kunstabend, den die Genossen des Gesundbrunnens am Sonntagabend im Pilsniederischen Lokale veranstalteten, kam im großen und ganzen als gelungen bezeichnet werden. Den musikalischen Teil des Abends bestritt in der Hauptrolle das Berliner Elite-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Herrn Fritz Blume. Als vollendete Violinvirtuosin stellte sich Frau Veder-Samolovska vor, während Herr v. Winterstein vom Deutschen Theater seine Aufgabe als Rezitator tadellos löste; sein Programm war gut zusammengestellt und wurde vom Publikum lebhaft applaudiert. Den gesanglichen Teil vertrat Fräulein Margarete Blume; ihre kleinen Liedchen, deren sie nicht weniger denn sechs hintereinander vortrug, waren ganz nett, während ihr beim Vortrag der Arie aus der Oper „Oberon“ doch noch einiges zu fehlen schien. Etwas Besonderes tat noch Herr Blume als Klavierist durch Vortrag der Viertesigen Uebertragung: La Marcellino. Die einzelnen Programmnummern fanden ein anerkennendes und auch dankbares Publikum.

Etwas bedauerlich war der Abend durch eine gewisse Ueberfüllung, welche auf die ohne Sitzplatz Gebliebenen nicht gerade angenehm wirkte. In Zukunft muß versucht werden, so schwer dies auch sein mag, dem abzuwehren. Zum Gelingen eines Kunstabends gehört, daß jeder Besucher einen Sitzplatz hat. Dann wird auch die nötige Ruhe geschaffen, die nun einmal vorhanden sein muß, will jeder Besucher von einem derartigen Abend profitieren. Daß am Buffet nach dieser Mitteilung hin zeitweise äußerst rücksichtslos verfahren wurde, ist ganz und gar zu mißbilligen und darf sich nicht wiederholen. Es war das erstmal, daß da draußen im äußersten Norden des Gesundbrunnens eine künstlerische Veranstaltung abgehalten wurde. Daß ein Bedürfnis vorhanden war, hat der Besuch und der Verlauf des Abends bewiesen.

Feuerwehrbericht. Ahermals konnte die Feuerwehr eine vorläufige Brandstiftung feststellen. Als sie in der Nacht zum Sonntag um 3 Uhr nach der Wipstr. 7 gerufen wurde, war der Zug 13 so schnell zur Stelle, daß noch festgestellt werden konnte, wo der Brand zum Ausbruch gekommen war. An zwei Stellen hatte man alten Hausrat auf dem Boden angezündet und brannte bereits das Dachgebälk. Brandmeister Tamm ließ sofort kräftig vorgehen und tüchtig Wasser geben, wodurch es gelang, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Von den Laternen fehlt noch jede Spur. Gleichzeitig kam in der Koppenstraße 47 durch Umfallen einer Petroleumlampe Feuer in einer Wohnung aus. Am Sonntag früh mußte der 18. Zug einen größeren Brand in der Laubenkolonie in der Bornholmer Straße löschen. In der Ecke der Jerusalem Straße, Kronenstr. 35, brannten nichts in einem Damenkonfektionsgeschäft Kleider, Fußböden, Schaldecken und anderes. Die Flammen konnten mit einer Schlauchleitung gelöscht werden. Die Entstehung war nicht zu ermitteln. Wegen eines Restbrandes wurde die Wehr nach der Linienstraße 2/3 gerufen und wegen eines Dachbrandes nach der Wallastr. 14, wo Teer und anderes in Brand geraten war. Kleider Gardinen etc. wurden in der Greifswalder Straße 30, Strahburger Straße 20 und anderen Stellen ein Raub der Flammen. Möbel gingen in der Curdstraße 13, Strahmann- und Koloniestraße 6 in Flammen auf. In der Curdstraße 34 brannten Stroh, Dung u. a.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte in der Neuen Winterfeldtstraße einen Hängebodenbrand zu löschen und wurde außerdem nach der Wallastrasse gerufen.

Die Charlottenburger Feuerwehr hatte mehrere Stunden am Nonnendamm zu tun. Dort war in der Laubenkolonie in einem Restaurant Feuer ausgebrochen. Das aus Fachwerk erbaute Lokal stand noch vor Anbruch der Feuerwehr vollständig in Flammen. Der Inhaber versuchte noch einen wertvollen Schäferhund aus einem Hinterzimmer zu retten, mußte aber davon absehen; die Flammen griffen mit rasender Geschwindigkeit um sich und in kurzer Zeit bildete das ganze Anwesen ein Flammenmeer. Die gesamte Einrichtung, darunter ein Deckstuhl im Werte von 9000 M., mit allem, was nicht nagelfest war, wurde ein Raub der Flammen und bildete, obgleich die Charlottenburger Wehr mit zwei langen Schlauchleitungen fündenlang Wasser gab, einen großen Trümmerhaufen. Der Gastwirt hat alles verloren, nicht einmal das bare Geld und die Schmuckstücke konnten gerettet werden. Zu Klampen geschmolzen wurden die Reste aus dem Brandschutt hervorgeholt. Außer dem Hunde ist auch noch Federvieh verbrannt. Die Entstehung des Feuers wird auf einen schadhaften Ofen bezogen, in Ofenrohe zurückgeführt. Der Gastwirt, der nur wenig versichert war, ist zu bedauern; er hat fast sein ganzes Hab und Gut eingebüßt.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Ein Schauspiel für Witter bei der vorigen Woche im Lokal zum „Seebad“ einberufene Kommunalwählerversammlung. Seit der Hauptwahl lag unter den bürgerlichen Parteien ein Konfliktstoff in der Luft, und an diesem Abend wollten sich die Herren gegenseitig die Waage vom Gesicht reichen. Um eine eventuelle sozialdemokratische Kritik zu unterbinden, machte der Versammlungsleiter gleich zu Beginn der Versammlung bekannt, daß er Rednern, die für die Sozialdemokratie propagieren wollten, das Wort nicht erteilen werde, und stützte sich hierbei auf das ihm zustehende Hausrecht.

Nach einem kurzen sachlichen Referat des mit unserem Kandidaten **Niedel** in Stichwahl stehenden Herrn Klette über Wilmerdorfer Kommunalpolitik ging der zweite Referent Herr Amtsgerichtsrat **Kadler** auf die Vorgänge ein, die sich im „Kaiserplatzspiel“ abgespielt hatten. Wie bekannt, kam nämlich am Tage der Wahl — trotz gegenseitiger Verständigung — eine bürgerliche Gruppe mit dem Namen eines ganz neuen Kandidaten heraus, und zwar wurde dem bürgerlichen Wähler anstatt Herrn Klette mit einem Male ein Herr **Dr. Sabbath** zur Wahl empfohlen. Natürlich entstand unter den Wählern eine ziemlich große Verwirrung, was nun auch eine Stichwahl zur Folge hatte. Mit dieser delikaten Kandidatengeschichte, mit ihrem Drum und Dran beschäftigte sich fast ausschließlich die erwähnte Versammlung. Es war für einen Sozialdemokraten ein Genug, zu hören, wie die Herren, die sonst nicht genügt über den angeblich toten Ton der Sozialdemokratie gesehen können, sich gegenseitig anpöbelten und Aufschneidereien austauschten, aus denen man sehen konnte, auf welche unehrliche Art bürgerliche Kandidaturen zustande kommen. — Im genannten Stadtviertel besteht außer dem „Bürgerverein Kaiserplatz“ noch ein sogenannter „Haus- und Grundbesitzerverein“, die wie Hund und Katze nebeneinander leben. Und so kam nun der letztgenannte Verein auf den wichtigen Einfall, plötzlich am Wahltag mit einem neuen Kandidaten die nichtwählenden Wähler zu überraschen, um dem Herrn Klette ein Bein zu stellen. Als die Arrangure dieses „Bluffs“ wurden die beiden Stadtverordneten Herr Maurermeister **Laage** und Kaufmann **Fischer** bezeichnet, die auch persönlich mit ihrem Anhang in der Versammlung waren. Speziell Herr Fischer wurde von seinen Gegnern arg zerschunden; ihm wurde mit den denkbar heftigsten Ausdrücken erklärt: wenn er noch einen Punkt Ehegefühle besäße, müsse er sofort sein Stadtverordnetensmandat niederlegen. Ferner wurde ihm vorgehalten, daß er sein Mandat auch dazu benutzte hätte, um für seine Person durch gewisse geschäftliche Manipulationen pekuniäre Vorteile zu erzielen. Herr Fischer suchte nun die ihn arg kompromittierende Sache damit zurückzuweisen, indem er sich auf eine Kommission berief, die diese Angelegenheit untersucht hat, und nichts Bedenkliches in seinen Finanzgeschäften gefunden hätte. Sofort ergriff Herr Klette das Wort, und gab unter großer Entrüstung der Versammlung bekannt, daß, nachdem er nachträglich auf Grund von Beweisen, die ihm nachträglich zugehen, eine bessere, einwandfreie Einsicht in diese Fischerische Sache erhalten habe, er nunmehr die zugunsten Fischers abgegebene Erklärung nicht mehr aufrecht erhalten könne. Wenn er damals schon eingehend und einwandfrei informiert gewesen wäre, so hätte er niemals für Fischer ein Vertrauensvotum abgegeben. Für die Wilmerdorfer arbeitende Bevölkerung ist es jedenfalls sehr wertvoll, was durch diese Anklagen im bürgerlichen Lager aus Tageslicht befördert wurde. Trifft das zu, was dem Stadtverordneten Fischer zur Last gelegt wird, dann ist es allerdings die dringendste Pflicht, daß er mit Schimpf und Schande aus dem Stadtparlament gejagt wird.

Der Spektakel endete schließlich damit, daß Resolutionen angenommen wurden, in denen erklärt wurde, Fischer habe als Stadtverordneter jedes Vertrauen mißbraucht und solle sein Mandat niederlegen.

Hoffentlich zieht nun die Wilmerdorfer Arbeiterschaft aus diesem bürgerlichen Skandal die Lehre und sorgt mit ganzer Kraft dafür, daß bei der Stichwahl der Sozialdemokrat ins Stadtparlament einzieht.

Rixdorf.

Die Jugendchristen-Ausstellung für Rixdorf befindet sich in der Warteipedition, Redarstr. 2. Die Ausstellung, in welcher alle vom Bildungsausschuß empfohlenen Schriften zu haben sind, ist täglich bis 8 Uhr abends geöffnet, außer Sonntag.

Charlottenburg.

Der Tod der 14jährigen Schülerin **Elisabeth Reinhold** in der hiesigen Volkshochschule wird nunmehr ein gerichtliches Nachspiel zur Folge haben. Es handelt sich um jenen höchst bedauerlichen Unfall, der sich am 6. März d. J. in dem großen Schwimmbecken der städtischen Badeanstalt in der Krummestraße ereignet hatte. Die dort als Schwimmlehrerin angestellte Frau **Anna Jürgens** hatte an dem genannten Tage die ihr vom Charlottenburger Magistrat überwiesenen Gemeindschülerinnen zu unterrichten. Die Schülerin Reinhold sprang, nachdem sie von der Schwimmlehrerin Unterricht erhalten hatte, nochmals ins Wasser. Sie hatte vorher noch zu einer Mitschwimmerin gesagt, sie solle aufpassen, wie lange sie unter Wasser bleiben könne. Diese kümmerte sich jedoch nicht mehr um die R., wurde aber stutzig, als nach einiger Zeit eine Wabellappe auf dem Wasser schwamm. Sie machte die Schwimmlehrerin darauf aufmerksam, daß die Reinhold untergegangen sei. Die J. soll, wie die Mädchen behaupteten, geantwortet haben: „Ihr seid ja verrückt!“ und sich nicht weiter darum bekümmert haben. Erst nach geraumer Zeit holte sie den Bademeister Wegener, der nach wiederholtem Tadeln die Schülerin Reinhold als Leiche an die Oberfläche brachte. Die Staatsanwaltschaft leitete sofort eine Untersuchung ein, die nunmehr zu der Erhebung einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung geführt hat. Die Angeklagte bestrittet ganz energisch, jene Aeußerung zu den Schülerinnen getan zu haben, und will vor Gericht den Nachweis führen lassen, daß sie alles getan habe, um dem ertrunkenen Mädchen noch Hilfe zu leisten. Der Unfall sei ihr auch viel zu spät gemeldet worden. Sie selbst habe auch bei der großen Anzahl Mädchen, die im Wasser herumtollten und sich zum Teil auch in den Nebenräumen aufhielten, auf die einzelnen nicht achten können, zumal sie durch den Schwimmunterricht voll in Anspruch genommen war. Die Verhandlung findet demnächst vor der Strafkammer des Landgerichts III statt.

Eines starken Andranges hatte sich am Sonntag die im **Volkshaus** eröffnete Jugendchristen-Ausstellung zu erfreuen. Die angebotenen Werke: Bücher für kleine und Große, Bilder von Meunier und Porträts der Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, fanden den lebhaftesten Beifall der Besucher. Bis zum Schluß der Ausstellung hielt der starke Besuch an. Zahlreiche Bestellungen wurden entgegen genommen.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Ausstellung auch wochentags von 5 bis 10 Uhr abends geöffnet ist.

Lichtenberg.

Zum Aktuhr-Ladenschluß.

Unsere Meldung in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ zum Zustandekommen des Aktuhr-Ladenschlusses in Lichtenberg fehlten noch 14 Stimmen an der hierzu notwendigen Zweidrittelmajorität, kann erstreulicherweise korrigiert werden. Die 14 Stimmen sind noch am Sonnabendvormittag gesammelt worden. Somit wären die Bedingungen zum Aktuhr-Ladenschluß auch für Lichtenberg erfüllt.

Das hiesige Ortsblattchen, das erst am Abend erscheint, benutzte unsere Meldung dazu, um uns eine Unrichtigkeit nachzuweisen. Das Blattchen konnte natürlich am Abend wissen, daß die für den Aktuhr-Ladenschluß erforderliche Zweidrittelmajorität erreicht sei. Es unterschlägt aber seinen Lesern, daß es noch am Sonnabend der größten Anstrengungen bedurfte, um die nötige Stimmenzahl zusammen zu bekommen. So nimmt es sich denn recht verwunderlich aus, wenn das Ortsblatt bloß mitteilt, daß die Zweidrittelmajorität vorhanden ist, aber verschweigt, seit wann. Im übrigen erhofft es sich über die anscheinend vom „Vorwärts“ erwähnte „Expressepolitik“ gegenüber den Feinden des Aktuhr-Ladenschlusses. Es hiesse dem Blatt, das mit der Futterkrippe des Reichsverbandes schon sehr

viel Bekanntheit gemacht hat, eine zu große Bedeutung belegen, wenn wir auf diesen Erguß eingehen wollten.

Französisch-Buchholz.

Reliquosiert ist nun die Leiche, welche am 30. September d. J. an der Mühlentorbrücke Grenze aufgefunden wurde. Der Tote ist der 37 Jahre alte Rieselwäcker August Reimann; er war in Franz-Buchholz wohnhaft.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung gab der Vorsteher bekannt, daß die Geschäftsordnungs-Kommission sich erst noch von anderen Städten Geschäftsordnungen erbitten wolle, um sie mit der hiesigen zu vergleichen. Obwohl diese Kommission schon im Januar d. J. gewählt worden ist, hat sie doch erst am 3. d. Mts. ihre erste Sitzung abgehalten. Schwere Herzen scheinen sich die Bürgerlichen von ihrer Geschäftsordnung trennen zu können, welche im § 8 eine Strafe von 50 Pfennig für Zutrittswahl und eine solche von 1 Mark für unentschuldigtes Fernbleiben von den Versammlungen den Stadtverordneten auferlegt. Von unseren Genossen wurde dieser Paragraph als für Stadtverordnete unwidrig erklärt und beantragt, denselben zu streichen. Ferner ist auch der § 16 abzuschaffen, welcher die Beschäftigung von Gehaltsberechtigungen der Beamten und Lehrer nur in nicht öffentlicher Sitzung vorsieht. Alsdann gab die Versammlung ihre Zustimmung zur Dringlichkeit eines Antrages des Vorstehers, welcher die Wahl der Etat- und Rechnungskommission verlangte. In dieselbe wurden unsere Genossen Helbig und Wänike wiedergewählt. Der Magistratsvorlage wegen Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 200 Mark an den vaterländischen Frauenverein gab die Versammlung ihre Zustimmung. Es wurde dann die Eintragung einer zinsfreien Hypothek vom Niederbarnimer Kreis-Kommunalverband in Höhe von 115 000 M. auf das neue Krankenhaus von der Versammlung genehmigt. Das Angebot des Eigentümers Bachstein betreffend den Verkauf seines Grundstücks zu einer projektierten Verbindungsstraße zwischen der Bahnhof- und der Börsener Straße wurde in einer Magistratsvorlage als zu hoch erachtet und beantragt, es abzulehnen. Dem stimmte auch die Versammlung zu.

Vermischtes.

Nachklänge vom Allensteiner Offiziersdrama.

Eine Nachricht, die die Erinnerung an das Offiziersdrama von Allenstein wachruft, kommt aus der ostpreussischen Garnisonstadt Allenstein, in der vor fast einem Jahre — am zweiten Weihnachtsfeiertag 1907 — Hauptmann v. Goeben den Major v. Schönebeck erschoss. Frau v. Schönebeck, die unter dem dringenden Verdacht der Anstiftung zu diesem Verbrechen verhaftet wurde, ist jetzt aus der Haft entlassen worden. Ein Telegramm aus Allenstein meldet hierüber: Wie die „Allensteiner Zeitung“ berichtet, ist der am 31. Dezember 1907 gegen Frau v. Schönebeck erlassene Haftbefehl nunmehr aufgehoben worden. Frau v. Schönebeck ist bereits aus der Haft entlassen. Sie bleibt jedoch vorläufig noch in der Provinzialirrenanstalt Kortau, wohin sie wegen plötzlich eingetretener Geisteskrankheit einige Tage nach ihrer Verhaftung gebracht wurde. Frau v. Schönebeck war noch vor einiger Zeit sehr krank, in den letzten Wochen machte ihr Befinden aber große Fortschritte, sie wird sich nach dem Verlassen der Irrenanstalt in ein außerhalb Ostpreußens gelegenes Sanatorium begeben.

Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde einer Meldung aus Hannover zufolge gestern Nacht in Seelze verübt, wo ein sechs Pfenniger schwerer Geldschrank aus der Registratur des Pfarrhauses gestohlen wurde. Die Einbrecher beförderten den Schrank durch ein Fenster nach dem Garten, von wo sie ihn auf einem gleichfalls gestohlenen Wagen auf eine Wiese brachten. Dort sprengten sie mittels einer Patrone den Geldschrank, in welchem sich für 250 000 Mark Hypothekenbriefe und 150 000 M. Obligationen befanden. Da diese Papiere für sie wertlos waren, nahmen sie nur die Zinscheine mit, aus denen ihnen aber gleichfalls kein ein Vorteil erwachsen dürfte, da die Banken sofort benachrichtigt wurden. Der Tat verdächtig erschienen drei Männer, welche nichts in der Nähe des Pfarrhauses gesehen wurden.

Explosion im Munitionslager.

Aus London wird berichtet: Den Abendblättern wird aus Calcutta gemeldet, daß sich in dem 6 Meilen nordöstlich von dieser Stadt bei Dumbum gelegenen Munitionslager eine furchtbare Explosion ereignete, durch die viele Soldaten getötet worden sein sollen.

Kunstliche Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise in Rastlöser und Hammelfleisch ansiehend, Schweinefleisch nachgebend. **Wild:** Zufuhr geringend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise etwas steigend. **Geflügel:** Zufuhr nicht ganz gerätend, Geschäft lebhaft, Preise steigend. **Fisch:** Zufuhr sehr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft etwas lebhaft, Preise nachgebend. **Gemüse, Obst und Süßfrüchte:** Zufuhr geringend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand min.	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. d. Luft in °C	Stationen	Barometerstand min.	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. d. Luft in °C
Emmende	766 G		2 bedekt	-1	Dabrunsa	748 SH	bedekt	-7			
Damburg	765 G		2 Regen	-4	Petersburg	757 SH	3 Schnee	-1			
Berlin	767 SH		2 bedekt	-2	Seilly	767 SH	4 halb dd.	8			
Frankf. a. M.	767 SH		1 bedekt	-2	Aberdeen	762 SH	1 halb dd.	3			
Königsberg	770 G		3 bedekt	-1	Paris	764 G	2 bedekt	9			
Wien	773 SH		2 bedekt	-7							

Wetterprognose für Dienstag, den 8. Dezember 1908.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; später wieder zeitweise aufklarend und ein wenig kühler.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 12. 5. 12.		Wasserstand	am 6. 12. 5. 12.	
	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾
Nemel, Mühl	374	-26	Saale, Großh.	79	0
Regel, Jüterburg	74	-4	Havel, Spandau	57	-4
Weichsel, Thorn	76 ¹⁾	+2	Havel, Spandau	40	+14
Oder, Rasthof	98	-8	Spreew., Spremberg	74	+2
Kroffen	70	-4	Preßlau	72	-2
Frankfurt	92	+4	Beser, Witten	-83	+3
Bartbe, Schrumm	66 ¹⁾	+1	Witten	-17	-1
Landberg	45	+3	Rhein, Maxmillandau	311	-3
Rebe, Borsdamm	12	-4	Raub	105	-3
Eibe, Zeitzmerg	-3	-2	Röhl	95	-5
Dresden	-174	-1	Redar, Heilbronn	31	-10
Barba	54	-7	Main, Wertheim	111	-1
Magdeburg	65	+2	Wosel, Trier	46	-4

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterpeel. — ³⁾ Ufstrand. — ⁴⁾ Grundwasserstand. — ⁵⁾ Schwaches Ufströben. — ⁶⁾ Grundgang.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit der Vorrat reicht

6 Waggon Konserven

Hervorragend preiswertes Angebot, besonders für Hotels, Restaurateure und Pensionate geeignet

Riesenstangenspargel .. 1 ⁷⁰ 93 Pf.	Stangenspargel mittel-stark 1 ¹⁸ 64 Pf.	Mirabellen 63,37 Pf.	Sauerkirschen ohne Stein . 90, 50 Pf.
Prima Stangenspargella 1 ⁵⁵ 83 Pf.	Leipzig. Allerlei mittel-fein .. 45 Pf. —	Birnen, weiss 1/2 Frucht 65 Pf. —	Reineclauden 75, 43 Pf.
Riesenbruchspargel ... 1 ¹⁰ 70 Pf.	Pfefferlinge 42,26 Pf.	Aprikosen ganze Frucht 85 Pf. —	Stachelbeeren extra 68, 39 Pf.
Prima Bruchspargel ... 1 ¹⁵ 63 Pf.	Spinat ... 36,23 Pf.	Gem. Marmelade ca. 5 Pfd. 1 ¹⁵ 10 Pfd. 2 ¹⁵	Pflaumen 1/2 Frucht süsse ... 52, 31 Pf.
Bruchspargel mittelstark .. 1 ⁰⁰ 55 Pf.	Wirsingkohl 28 Pf. —	Orangen-Marmelade Topf 85 Pf	Preisselbeeren 5 Pfund 1.65 10 Pfd. 3.20 68, — Pf.
Kaiserschoten extra fein... 1 ²⁵ 68 Pf.	Kohlrabi in Schelben, mit Grün .. 24 Pf. —	Div. Jams Grosse & Blackwell, London Topf 1 ¹⁰	Apfelmus tafelfertig 58, — Pf.
Feine junge Erbsen ... 85, 48 Pf.			Kaiserkirschen rot, extra ohne Stein 1 ¹⁵ 63 Pf.
Junge Erbsen mittelfein ... 55, 33 Pf.			Pfirsiche 1/2 Frucht geschält . 1 ³⁰ 70 Pf.
Leipziger Allerlei fein ... 75, 43 Pf.			Aprikosen 1/2 Frucht 1 ³⁰ 70 Pf.
Pariser Karotten 60, 35 Pf.			Erdbeeren la role Ananas .. 1 ³⁵ 73 Pf.
Teltower Rüben 68, 39 Pf.			Melange-Früchte extra ... 1 ¹⁵ 63 Pf.
Schoten und Karotten 58 — Pf.			Znaimer Gewürz-Gurken Glas 75 Pf.

2 Waggon pa. Tyroler Aepfel 5 Pfd. 75 Pf. 10 Pfd. 145

Pa. Apfelsinen Dtz. 30, 40, 50 Pf.	Schalenmandeln Pfd. 75 Pf.	Feinste Bratgänse . Pfd. 57, 63 Pf.	Pa. Fasanenhähne Stck. 2 ²⁵ bis 2 ⁶⁰
Pa. Mandarinen . Kiste 55 mm 90 Pf.	Haselnüsse lange Pfd. 40 Pf., runde Pfd. 33 Pf.	Beste Oderbr. Fettgänse Pfd. 60, 64 Pf.	Starke Schneehühner Stück 1 ⁰⁵
Pa. Almeria-Trauben Pfd. 35, 45 Pf.	Walnüsse Pfd. 28, 35 Pf.	Pa. Steyer. Mastputen Pfd. 80 Pf.	Prima Hirschwild
Trauben-Rosinen Pfd. 55 Pf.	Paranüsse Pfd. 52 Pf.	Jg. Brathühner st. 85, 95 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁵⁰	Ragout Blatt Keule Rücken
Datteln Karton 43 Pf.	Kranzfeigen Pfd. 25 Pf.	Junge Brathähne grosse, Stck. 1 ⁷⁵ 2 ⁰⁰	Pfund 30 Pf. 60 Pf. 80 Pf. 90 Pf.
Tafeifeigen Kiste 34 Pf.	Grosse Kochäpfel .. 10 Pfd. 95 Pf.	Suppenhühner ... Stck. 1 ⁶⁰ 1 ⁹⁵ 2 ²⁰	Starke Wildenten Stück 1 ⁵⁰ bis 2 ⁰⁰

2 Waggon hoch-prima bayr. Waldhasen gestreift Stück 2⁵⁰ 3²⁰

Strassburger Gänseleber-Pasteten Terrine No. 15 14 13 12 11 10 1 ¹⁰ 1 ⁴⁰ 1 ⁸⁰ 2 ⁶⁰ 3 ⁰⁰ 3 ⁸⁰	Präsent-Körbe von 3 ⁰⁰ an Zusammenstellung nach Wahl	Kaviar Stör-Malossol Pfund 9 ⁵⁰ Ship-Malossol Pfund 13 ⁰⁰ Beluga-Malossol Pfund 18 ⁰⁰
--	---	--

Fleisch- u. Wurstwaren

Prima Cervelat und Salami .. Pfd. 1 ¹⁰
Feinste Tee-Wurst Pfd. 1 ²⁰
Prima Gänseleberwurst Pfd. 1 ⁷⁰
Feinste Kalbsleberwurst ... Pfd. 95 Pf.
Feinste Landleberwurst ... Pfd. 85 Pf.
Feinste Hallesche Leberwurst Pfd. 1 ⁰⁰
Delikatessleberwurst Pfd. 70 Pf.
Zwiebelleber- u. Rotwurst Pfd. 45 Pf.
Delikatessfleischwurst Pfd. 90 Pf.
Delikatessrotwurst Pfd. 65 Pf.
Feinste Mettwurst Braunschw Art Pfd. 95 Pf.
Westfälische Bauernwurst Pfd. 95 Pf.
Ochsenmaulsalat in Tönchen Tonne 90 Pf.

Prima Nusschinken 2-3 Pfund schwer Pfd. 1 ¹⁵
Feinste Prager Schinken Prager Art Pfd. 1 ¹⁵
Geräucherte Gänsebrust ... Pfd. 1 ⁴⁵

Kolonialwaren

Täglich frisch gebrannter Kaffee
Mischung I II III IV V VI
Pfund .. 80 Pf. 88 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ¹⁵ 1 ³⁵ 1 ⁵⁵
Tee, unsere Spezial-Mischungen,
Mischung I II III IV V VI
Pfund .. 1 ¹⁵ 1 ⁸⁰ 2 ²⁰ 2 ⁷⁰ 3 ⁵⁰ 4 ²⁰
Deutscher Kakao ... Pfd. 80 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ¹⁰
Haushalt- u. Bruchschokolade Pfd. 70 Pf.
Cakes-Mischung „Marke Tietz“ Karton netto 1 Pfd. 50 Pf.
Prima Weizenmehl 5 Pfd. 90 Pf. 10 Pfd. 1 ⁷⁵
Pa. Kais.-Auszugsmehl 5 Pfd. 1 ⁰⁰ 10 Pfd. 1 ⁹⁰
Pa. Budapester Mehl 5 Pfd. 1 ²⁰ 10 Pfd. 2 ³⁰
Feinstes Backpulver 4 Stück 20 Pf.
Fix u. Famos fertige Kuchenmasse, Paket 55 Pf.
Feinstes Backobst Pfd. 33, 45, 65 Pf.
Franz. Pflaum. Pfd. 28, 35, 45, 55 Pf.

Mandeln, Sultaninen, Rosinen, Corinthen, Zitronat, Orangeat, div. Kuchengewürze zu billigsten Tagespreisen

Fisch- u. Räucherwaren

Frühstückssardinen Dose 32 Pf.
Oelsardinen „Marke René“ ... Dose 42 Pf.
Oelsardinen „Marke Perrier“ 1/4 Dose 65 Pf. 1/2 Dose 1 ²⁰
Oelsardinen „Marke Concord“ 1/4 Dose 75 Pf. 1/2 Dose 1 ³⁰
Sprotten in Tomaten. Dose 60 Pf.
Lachskoteletts Dose 98 Pf. 1 ⁵⁵
Ia. Kronenhummer 1/2 Dose 2 ¹⁰ 1/3 Dose 1 ²⁵
Ia. Nordseekrabben 1/2 Dose 3 ³⁸ 1/3 Dose 1 ¹⁵
ff. Delik.-Bismarckheringe Dose 42 Pf.
Ostsee-Delikat. Heringe 1/2 Dose 50 Pf., 1/3 Dose 80 Pf.
Feinste Granaten in Asp. ... Dose 60 Pf.
Apetit-Sild Dose 28, 38, 48 Pf.
Aal in Gelee Dose 80 Pf.

Pa Neunaugen Dose 90 Pf., Riesen, Dose 1 ⁴⁵
Räucherlachs prima Pfd. 80 Pf.
Räuchertachs in ganzen Seiten, Pfd. 75 Pf.

